PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH

KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

KOMMUNISTISCHER BUND SALZBURG/HALLEIN KB

NR. 7 SEPTEMBER 1975 S. 3,-

Immer weniger Lehrstellen

FÜR DIE ARBEITERJUGEND ÖSTERREICHS

In Österreich klafft ein "Loch" von rund 10.000 fehlenden Lehrstellen - dieses Loch wird jetzt im Herbst noch größer werden. Die Zahl der Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen, steigt, während die Zahl der Lehrplätze sinkt. Im Juni fehlten allein in Oberösterreich 2.200 Lehrstellen, in Niederösterreich über 1.700, in Tirol und Vorarlberg ist die Lage ähnlich.

Hier sind aber nur die Jugendlichen gerechnet, die sich zum Warten auf das Freiwerden einer Lehrstelle angemeldet haben. Nicht gerechnet sind all diejejenigen, die sich nach der Schule eine Hilfsarbeiterstelle suchen müssen und so zeitlebens ohne ausreichende Berufsausbildung bleiben.

Ebensowenig sagen die offiziellen Zahlen darüber etwas aus, ob die Jugendlichen auch tatsächlich die Berufe erlernen können, die sie erlernen wollen, oder ob sie nur das nehmen müssen, was die Kapitalisten zur Zeit gerade anbieten.

Diese "Reserve" jugendlicher Arbeitsloser ermuntert die Kapitalisten noch zu einer weiteren Verschlechterung der ohnehin desolaten Ausbildung: Von drei Unternehmern geben es zwei offen zu, daß die bei ihnen beschäftigten Lehrlinge Arbeiten verrichten müssen, die mit ihrer Berufsausbildung nichts zu tun haben, daß sie zu Akkordarbeit und Überstunden herangezogen werden.

Die Regierung aber tut alles, um die Lage schönzufärben und zu behaupten, daß alles gar nicht so schlimm sei. Es ist zu erwarten, daß sie bald auf dieselbe Idee kommt wie die westdeutschen "Experten", die kürzlich behauptet haben, daß am Fehlen von 125.000 Lehrstellen die Eltern der Lehrlinge schuld seien: Die Lehrplätze würden nur deswegen fehlen, weil die Eltern "doppelt buchen".

WEITERE ARTIKEL ZU DIESEM THEMA AUF DEN SEITEN 14 UND 15

Alle versprechen das Blaue vom Himmel, aber

Keine wahlwerbende Partei

kann der Arbeiterklasse eine gesicherte Zukunft garantieren. In dieser Gesellschaft herrscht die Kapitalistenklasse. Sie verfügt über die Fabriken und Maschinen, sie eignet sich allen gesellschaftlichen Reichtum an, den die Arbeiter schaffen. Dieses Profitsystem ist wieder in eine Krise geraten.

Der Ausweg der bürgerlichen Parteien:

Sanierung der Wirtschaft.
Durch Lohnverzicht, Steuererhöhungen, Subventionen an die Unternehmer, bis hin zum Ausbau des Osthandels.
Ihr Ausweg heißt:
Abwälzen der Krisenlasten auf die Werktätigen.

Dafür wollen sie Eure Stimme.

Arbeiter, Werktätige

Unser Ausweg muß heißen:

Kampf gegen Lohnabbau und Rationalisierungen!
Für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes!
Für den Sieg der sozialistischen Revolution!

Sagt NEIN! zu allen wahlwerbenden Parteien. Wählt ungültig!
Auf den Stimmzettel:

Vorwärts zur sozialistischen Revolution!

Was heißt da "weiterhin Vollbeschäftigung"?

Die SPÖ betont das immer wieder, die ÖVP verspricht das für die Zukunft - damit machen sie Wahlwerbung. Und auch die ÖGB-Führung stellt fest: "wir haben die Vollbeschäftigung sichern können." Was verstehen Regierung und Gewerkschaftsführung unter Vollbeschäftigung ? Benya hat kürzlich erklärt, daß 50-60 000 Arbeitslose unter 2% liegen und international gesehen eine "gute Marke" darstellen würden.

Man sieht also, daß SPÖ und ÖGB-Spitze den Begriff Vollbeschäftigung" auch noch gebrauchen für einen Zustand, indem schon 10 000de mit ihren Familien auf Grund des katrastrophal niederen Arbeitslosengeldes in ihrer Existenz bedroht sind.
Dazu kommt, daß nur ein Teil der beschäftigungslos gewordenen Arbeiter in der Statistik aufscheinen. Aus-

Forts. Seite 2

Mit dem Stimmzettel können die Arbeiter- und Volksmassen ihre Lage nicht verbessern und die politische Macht nicht erobern !

VERANSTALTUNG

des KB zu den Nationalratswahlen.
29. SEPTEMBER 1975, 19.30 UHR
GASTHAUS STERN, STEINBRUCHSTR.1
(HINTER DEM NEUTOR)

PORTUGAL:

HUNDERTTAUSENDE DEMONSTRIERTEN FÜR RÄTE, NATIONALE UNABHÄNGIGKEIT UND SOZIALISMUS

Ausführlicher auf den Seiten 2, 27 - 3o



Lissabon. Etwa 100 000 Menschen - überwiegend Arbeiter, Soldaten und Bauern aus den umliegenden Kooperativen - folgten am 20. 8. dem Aufruf der Arbeiter- und Stadtteilräte von Lissabon. Sie demonstrierten unter den folgenden Forderungen: "Gegen den Faschismus, gegen das Kapital - die Offensive des Volkes!", "Tod dem ELP und denen, die es unterstützen!" (ELP ist die faschistische 'Widerstandsorganisation', die sich in Spanien formieft hat), "Gegen alle Spielarten des Imperialismus - nationale Unabhängigkeit!", Gegen die Supermächte - für das Bündnis mit der 3. Welt!", "Gegen die Arbeitslosigkeit - für das Recht auf Arbeit!", "Es leben die Bauern - Brüder der Arbeiter!", "Schluß mit dem Elend der Bauern!", "Schluß mit den Latifundien und den Ausbeutern der Bauern!", "Revolutionäre Streitkräfte an die Seite des arbeitenden Volkes!", "Sofortige Verwirklichung des COPCON-Dokuments!", "Arbeiter und Bauern, Soldaten und Matrosen, vereint werden wir siegen!", "Soldaten für immer an der Seite des Volkes!", "Auflösung der verfassunggebenden Versammlung - jetzt!" und "Arbeiter-, Bauern-, Volksversammlungen!"

NAH-OST ABKOMMEN

Die USA wollen sich am Sinai festsetzen

Aufgabe der Kissinger-Mission war es, ein "Interimsabkommen" zwischen Israel und Ägypten zustandezubringen. Dies ist das Ergebnis von Beratungen zwischen US-Präsident Ford und seinem Außenminister.

Bereits im März dieses Jahres hatte Kissinger sich längere Zeit im Nahen Osten aufgehalten, um Israel unter die Arme zu greifen, und ihm Luft zu verschaffen. Auch diesmal wird von den Spitzenpolitikern des US-Imperialismus diese Reise hingestellt als eine Reise, die dem "Frieden und der Entspannung" im Nahen Osten dienen soll. Sie selber behaupten, daß sie zwischen Ägypten und Israel "vermitteln". Lügen werden durch zahlreiche Wiederholungen nicht glaubwürdiger.

Die "Entspannung" des US-Imperialismus sieht so aus, daß er Israel ermuntert und darin unterstützt, daß es jede Woche auf den Libanon, einen souveränen STaat, Angfiffe durchführt, auf die palästinensischen Flüchtlingslager und die libanesischen Bauern Bomben hageln läßt und Terrorüberfälle durchführt. Ohne die Unterstützung des US-Imperialismus wäre das nicht möglich, und diese fließt reichlich: "Der Sprecher (des Außenministeriums) teilte mit, seit dem vergangenen April hätten die Vereinigten Staaten Waffen im Wert von mehr als 100 Millionen Dollar (ca. 1,8 Mrd ÖS) nach Israel geliefert. Im allgemeinen laufe die Versorgung Israels mit Waffen weiter." (Frankfrter Rundschau vomö 7. August)

Der "Frieden": der US-imperialismus tut so, als ob die eventuelle Rückgabe eines kleinen Teils der von Israel Ägypten in einem Raubkrieg genommenen gebiete eine "Friedenstat" sei. Die gesamte Sinai-Insel und nicht nur die Pässe Mitla und Gidi sowie die Erdölfelder von Abu Rodeis sind Ägypten geraubt worden und werden von dem Zionistenstaat widerrechtlich besetzt gehalten. Während diese über die mögliche Rückgabe eines kleinen Teils große Worte verlieren, wollen sie von dieser Tatsache ablenken.

Gleichzeitig mästen die USA den Agressor, den Besatzerstaat Israel, weiter: "Israel hat 2,8 Mrd. Dollar als Wirtschafts- und Militärhilfe gefordert und 350 Mill jährlich als Entschädigung für den Verlust des Öls. Außerdem sollen sich die USA finanziell an dem Bau einer neuen Verteidigungslinie im Sinai beteiligen deren Kosten auf 150 Mill. Dollar geschätzt werden. (Süddt. Zeitung vom 18. August) Diesen Forderungen soll jetzt stattgegeben werden. Diese Unterstützung soll es dem Zionistenstaat ermöglichen, seine Existenz auf Kosten der Nationalen Rechte des Palästinensischen Volkes aufrechtzuerhalten, weiter aufzurüsten und seine Aggression gegen die arabischen Staaten und das Palästinensische Volk fortzuführen.

Die "Vermittlung": Nicht vermitteln will der Us-Imperialismus, sondern er will seine Einmischung im Nahen Osten verstärken. Kissinger will unbedingt erreichen, daß auf den Pässen Mitla und Gidi ein "Frühwarnsystem" errichtet wird. dieses soll von amerikanischen "Zivilisten" bedient werden. Er denkt an hundert Offizielle (Süddt.Zeitung 19.8.). Offensichtlich eine neue Aufgabe für den CIA.

..."Vollbeschäftigung"

länder werden abgeschoben, verheiratete Frauen nicht registriert, und viele Beschäftigungslose Jugendliche nicht der Kategorie der Arbeitslosen zugezählt. So gesehen gibt es schon an die 100 000 Arbeitslose.

Die wichtigst Folge dieser Entwicklung: die Kapitalisten verstärken vor dem Hinterfrund wachsender Arbeitslosigkeit den Druck auf die beschäftigten Arbeiter. Vor noch zwei Jahren war es für den einzelnen Arbeiter relativ leicht, mit der Androhung eines Arbeitsplatzwechsels eine Verbesserung zu erzwingen. Heute geht das kaum meht weil die Produktion nicht mehr ausgeweitet wird und die Anzahl der überschüssigen Arbeitskräfte ansteigt. Dies nützen die Kapitalisten aus. Schon viele Arbeiter haben selbst erfahren oder Miterlebt, wie Kapitalisten den Widerstand gegen Verschlechterungen mit der Drohung entgegen getreten sind, daß man ja gehen könne, es würden genügend andere auf die Arbeitsstelle warten.

Über den wachsenden Druck in den Betreiben schweigen sich bürgerliche Politiker und Gewerkschaftsführung aus oder versuchen sie als unvermeidlich hinzustellen angesichts der weltweiten Krise.

Unvermeidlich ist aber nur die Krise, die es immer wieder geben wird, solange die kapitalische Produktionsweise existiert. Nicht unvermeidlich ist es jedoch, daß die Arbeiterklasse die Folgen dieser Krise wehrlos hinnimmt.

Lohnverzicht und kampfloses Schlucken aller Verschlechterungen sollen die Werktätigen praktizieren - das sind die Vorstellungen der Kapitalisten. Geäußert werden diese Vorstellungen von den Parteien wie auch von der ÖGB-Spitze. Die Arbeiter können daran kein Interesse haben. Warum sollten sie auch die Krise ausbaden, die sie nicht verursacht haben? (b.o.)

So ein Abschluß tritt dem Lohnraub nicht entgegen

2.60,-- IN ZWEI RATEN FÜR TEXTILARBEITER

Für etliche Gruppen der Textilarbeiterschaft wurde im August ein neuer Kollektivvertrag ausgehandelt. Sie werden ab 1. September 1975 um S 1,80 mehr bekommen. Die Kapitalisten konnten auf Grund der Niederlagenpolitik der Gewerkschaftsführung einen Abschluß für sich herausschlagen, der für die Textilarbeiter Lohnabbau bedeutet.

Relativ früh ist die Textilbranche in die Krise geraten; die Kapitalisten verschärften den Druck auf die Arbeiter, wobei sie sich die Spaltung in Ausländer und Österreicher, Frauen und Männer zunutze machten. Bei den Bauarbeitern und Textilarbeitern sieht man am deutlichsten, wie leicht sich die Kapitalisten beim Lohnabbau angesichts des schwach entwickelten gewerkschaftlichen Kampfes tun.

LINEARE ABSCHLÜSSE JA - ABER IN AUSREICHENDER HÖHE !

In den früheren Lohnrunden waren vor allem die unteren Lohngruppen wegen der prozentuellen Abschlüsse immer schlechter gefahren. Sie erhielten nicht einmal die Teuerung voll abgegolten. Die logische Konsequenz daraus sind lineare Lohnforderungen, die allen gleich viel bringen. Die Lohnerhöhung der Textilarbeiter ist eine solche lineare Erhöhung, S 2,60 für jeden, auf den Ist- wie auf den Tariflohn. Aber was herauskommt, wenn es nach dem Willen der Kapitalisten geht und wenn die Gewerkschaftsführung die Arbeiterinteressen an denen der Unternehmer festmacht, ist: gleich wenig für alle.

Man braucht sich nur auszurechnen, was 1,80 Schilling jetzt und S 0,80 ein halbes Jahr später dazu bringen. Wenn man diese ratenweise Erhöhung auf ein ganzes Jahr umlegt und den Durchschnitt für den einzelnen Monat ausrechnet, so ergibt das S 400,-- brutto monatlich mehr. Vergleichen wir diese Lohnerhöhung mit der Preissteigerungsrate. Die Preissteigerungsrate schwankt um 9 %. Eine Lohnerhöhung von S 400,-- brutto erhöht den Durchschnittslonn der Textilarbeiter (S 28,-- = ca. S 5000.- brutto) um 8 %. Bei einem Stundenlohn von S 30,-- beträgt die Erhöhung 7,4 %; bei einem von S 26,-- 8,6 %. Also nicht einmal bei den ganz niedrigen Löhnen reicht die Lohnerhöhung an die offizielle Preissteigerungsrate heran. Dazu kommt noch die (steigende) Lohnsteuer, die Sozialversicherung - und nach all dem schaut für den Durchschnittslohn lediglich eine Erhöhung von ca. 6 Prozent heraus! Von einer durchschnittlichen Erhöhung von 12 %, wie es in einem Informationsblatt der Textilarbeitergewerkschaft heißt, keine Spur. Unter dem Deckmantel der "Sicherung der Arbeitsplätze" will die Regierung, gestützt durch die ÖGB-Führung, den Arbeitern diese Lohnraubpolitik schmackhaft machen. Doch gerade in der Textilindustrie sieht man nur zu deutlich, wohin das führt, wenn sich die Arbeiter den wirtschaftlichen Interessen der Kapitalisten unterordnen. Zu immer stärkerem Lohndruck und Rationalisierungen, die erst wieder zu Kündigungen und verstärktem Lohnraub führen.

Im Hinblick auf die kommenden Kollektivvertrags-Verhandlungen geht es darum, dieser Politik energisch entgegenzutreten, in der Gewerkschaft ausreichende Forderungen aufzustellen und die Kampfkraft der Arbeiterklasse zu stärken. Dies ist umso notwendiger, je mehr die Kapitalisten in ihre Krise hineinrutschen und nun versuchen, einen Ausweg daraus auf Kosten der Arbeiter zu finden.

K.Th./Red.

Werkzeugmacher bei Eumig lehnen Schichtarbeit ab

Im Werk Wien, Buchengasse, soll nach dem Willen der Firmenleitung im Werkzeugbau Schichtbertieb sowie ein akkordähnliches Lohnsystem eingeführt werden. Die Werkzeugmacher haben durch ihre geschlossene Ablehnung der Schichtarbeit vorerst erreicht, daß der Zeitpunkt der geplanten Einführung vom ersten Juli auf den ersten September verschoben werden mußte. In den letzten Tagen legte die Firmenleitung nun jedem Einzelnen einen Zettel vor, wo er unterschreiben sollte, daß er mit der Einführung des neuen Lohnsystems einverstanden sei. Der Zettel wurde von keinem der Werkzeugmacher unterschrieben. Im Werk Wr. Neudorf wurde ebenfalls vor etwa einem halben Jahr die Einführung von Schichtarbeit verhindert, weil die Firmenleitung nicht riskieren konnte, daß ihr alle Werkzeugmacher kündigen.

Die EUMIG ist nicht eine jener Firmen, die bereits ohne Schuhe daherkommt. Die Eumig-Kapitalisten planen ihren Umsatz in diesem Jahr um 20 % zu steigern und ziemlich sicher wird diese Steigerung noch mehr ausmachen. Im Werk Deutsch-Altenburg wird Eumig erheblich erweitern und der Umsatz soll auch auf 3 Milliarden ge- →

Weitere Entlassungen bei Puch-Graz!



Noch einmal 300-500 Puch-Arbeiter wurden im August gekündigt. Damit sind es heuer schon fast 1 000. Die restliche Belegschaft muß nun noch mehr schuften. Der Betriebsratsobmann betreibt Sozialpartnerschaft mit der Werksleitung und läßt die Kollegen über bevorstehende Kündigungen meist im Unklaren. Ein Arbeiter, der seit 1945 im Betrieb ist sagte, so arg sei es in den ganzen 30 Jahren nicht gewesen.

Forts. von Seite 3

Werkzeugmacher bei Eumig lehnen die Schichtarbeit ab

schraubt werden. Deshalb versuchen sie, aus den Arbeitern und Angestellten das Allerletzte herauszupressen. So sind auch in den Akkordabteilungen im Werk Buchengasse für den Herbst bereits ganz entscheidende Verschärfungen des Arbeitstempos geplant.

EXPANSION AUF UNSERE KOSTEN

Alles natürlich auf dem Buckel der Arbeiter. Deshalb die Einführung der Schichtarbeit , die ständigen Neustoppungen. 20% soll der Umsatz steigen. Deshalb unmenschliche Rücksichtslosigkeit der Gesundheit der Arbeiter gegenüber, die fehlenden Schutzvorrichtungen und deshalb auch keine Maßnahmen gegen den ewigen Dreck, Gestank und Lärm. Wer schichten muß, hat zu den Schlafstörungen und Magenleiden noch die verringerte Lebenserwartung. Außerdem keine Zeit für Frau und Kinder, oder keine Möglichkeit für kulturelle Betätigung oder an Veranstaltungen teilzunehmen. Der Mensch geht dabei drauf. Aber der Profit der Kapitalisten steigt, weil er die Maschinen und Gebäude doppelt so lang ausnützen kann.

WENN MAN NICHTS MACHT, KANN ES NUR NOCH SCHLIMMER WERDEN !

Wenn die Eumig- Kapitalisten ihren "Erfolgskurs" auf Kosten der Belegschaft fortsetzten wollen, werden sie aber vor allem eines brauchen: willige Arbeiter und Angestellte, die sich zur "Eumig-Familie" bekennen und die Augen verschliessen vor den Rabeneltern.

Handelsumsatz EUMIG
3 MILLIARDEN
2,4 MILL.
1 MILL
Beschäftigte EUMIG
4.000
4.3oo
5.000
1969 1971 1973 1974 1975

Damit schauts nicht so gut aus. Die beiden besitzer betreiben zwar in ihrem Sinne eine kluge Politik. Indem sie Teile der Belegschaft ständig auswechseln, die Spaltung unter den Arbeitern fördern, wo es geht, und kleine Vorteile (wie z.B. Übernahme aller Arbeiter ins Angestelltenverhältnis) mit radikalen Verschärfungen abwechseln. Aber immer klarer kommt in der Belegschaft die Stimmung auf: So kann es n nicht weitergehen, wenn man nichts dagegen macht, wird es nur noch schlimmerwerden!

Den geplanten Einführungen im Werkzeugbau, war bereits vorausgegangen, daß den "Extraleistungen" der Werkzeugmacher keine der früher üblichen "Extrabezahlungen" folgten. Die Einführungen des neuen Lohnsystems würde nach Berechnungen ziemlich sicher eine direkte Lohnkürzung bedeuten. Das zeigt, was man von oben zu erwarten hat. Verschlechterung des Lebensstandards, zwei schwere Arbeitsunfälle, Arbeitshetze. Das öffnet einem die Augen.

Je mehr jedoch der Wunsch auftauchte, etwas zu machen, desto mehr zeigte sich, wie groß die Spaltung ist, und welch ein schwerer Bremsklotz sie an den Füßen der Arbeiter ist. In manchen Abteilungen ist es oft kaum möglich, überhaupt ein Gespräch über notwendige Forderungen zu führen. Jeder weiß z.B., daß Schutzvorrichtungen an den Maschinen so manchen schweren Arbeitsunfall verhindern können, aber keiner traut dem anderen so recht. Im Werkzeugbau ist das besser. Akkord- und Schichtarbeit haben da die Einheit der Belegschaft noch nicht zerrissen.Im Werkzeugbau kommt man auch während der Arbeit noch eher dazu, das eine oder andere Wort zu wechseln. Für Akkordarbeiterinnen ist das fast unmöglich. Darüber hinaus sind die Werkzeugmacher auch kampfstärker, weil sie - als qualifizierte Facharbeiter - nicht so beliebig austauschbar sind. Auch heute noch nicht. "Wem'snicht paßt, der kann ja gehen" - das wird heute aber bereits zum wichtigsten Argument seitens der Firmenleitung.

DER BETRIEBSRAT MUSS TÄTIG WERDEN !

Aber auch im Werkzeugbau wird alles davon abhängen, ob sich die Kollegen aufspalten lassen oder nicht und zu welchen Handlungen sie den Betriebsrat veranlassen werden. Zweimal hat die Abteilung bisher gezeigt, daß sie zusammenhält. Der Betriebsratsobmann, selbst ein Werkzeugmacher, hat bisher von sich aus nichts unternommen. Sollte die Firmenleitung die geschlossene Ablehnung der Werkzeugmacher übergehen und mit der Einführung von Schichtarbeit und eines akkordähnlichen Lohnsystems trotzdem ernstmachen, werden gegenwärtig vielleicht noch viele den individuellen Ausweg suchen undkündigen. Dieser Ausweg geht aber wieder nur auf Kosten des Einzelnen, weil jeder Arbeitsplatzwechsel Nachteile mit sich bringt Das ist kein Ausweg, Der andere Weg ist: daß sich der Werkzeugbau mit den anderen Abteilungen verständigt und so den Druck verstärkt.
Wenn die Firmenleitung einmal den Rigel verspürt, wird sie sich weitere Maßnahmen auch in anderen Abteilungen überlegen.Aber dazu muß der Betriebsrat seiner Tätigkeit nachkommen und die gerechten Forderungen der Werkzeugmacher vertreten und verbreiten und die Verbindung unter den Abteilungen herstellen.

B.B. (Wien)

„Gewohnten Lebensstil aufrechterhalten"

Ein Beispiel dafür, wie diejenigen leben, die der arbeitnehmenden Bevölkerung den Lohnverzicht empfehlen.

Die Ehefrau des Inhabers des Kleenex-Taschentuch-Imperiums hat dem Gericht in ihrem Ehescheidungsverfahren die Unterhaltsforderungen an ihren Mann vorgelegt.

Um ihren *"gewohnten Lebensstil aufrechterhalten zu können"*, benötigt sie monatlich unter anderen folgende Beträge:

– 210 DM für ihren Zwergpudel (davon allein 100 DM für Hundespielzeug);
– 10 000 DM für Gästebewirtung;
– 4 700 DM für Delikatessen und Lebensmittel für sich selbst;
– 3 850 DM für Kleider;
– 1 600 DM für Blumen;
– 825 DM für Friseur und Schönheitssalon;
– 6 000 DM für Arzt und Zahnarzt.

Für ihre Freizeitgestaltung benötigt sie unter anderem noch **monatlich** folgende Summen:

– 1 160 DM für ihr Hobby Fallschirmspringen (plus jährlich 4 000 DM für einen neuen Fallschirm);
– 1 000 DM für tägliche Tennisstunden;
– 6 000 DM für tägliche Flugstunden;
– 220 DM für Schießunterricht.

Damit sie auch genügend Zeit hat, um ihre Hobbys täglich zu pflegen, benötigt sie noch das Gehalt für zwölf Dienstboten. Ein Dienstboy ist ständig damit beschäftigt, ihren Swimmingpool zu pflegen, während ein anderer Boy sich nur damit zu beschäftigen hat, die Autos ihrer Gäste zum Parkplatz zu rangieren.

Da sie sich bei dieser niedrigen Unterhaltszahlung wohl allein kein Auto leisten kann, hat ihr König Hussein einen Ferrari-Sportwagen geschenkt.

Wer in solchen Verhältnissen lebt, dem fällt es sicherlich leicht, diejenigen, die für ihren Unterhalt arbeiten müssen, zum Verzicht auf eine Lohnerhöhung zu bewegen.

Angaben aus: Bild-Zeitung, Hamburger Ausgabe, vom 26. Juli 1975

Post: Aufnahmesperre – aber ständig Überstunden!

Seit dem 22. Mai gilt für den Bereich des Post- und Telegrafendienstes eine völlige Personalaufnahmesperre. Die Postdirektion hat sie im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler verhängt. Neueinstellungen dürfen jetzt nur mehr in Ausnahmefällen mit zentraler Genehmigung und "lediglich zur unbedingten Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs" vorgenommen werden.

Inzwischen haben die Postbediensteten an allen Ekken und Enden die Auswirkungen dieser Maßnahme zu spüren bekommen. Der Staat will beim Postbetrieb "rationalisieren", will Kosten sparen, und er tut das auf die für ihn einfachste Art : Weniger Beschäftigte sollen in der gleichen Zeit mehr als bisher leisten.

Diese Absicht steht auch deutlich im Unternehmensplan der Post: "Auf dem personellen Sektor sind alle Möglichkeiten organisatorischer und technischer Nautr zur weitgehenden Stabilisierung des Personalstandes im Planungszeitraum auszuschöpfen."

Vor kurzem hat die Direktion mit einer Dienstanweisung an sämtliche Bedienstete noch einmal deutlich gemacht, daß die Aufnahmesperre beinhart und mit allen Konsequenzen durchgepeitscht werden soll. In diesem empörenden Schreib haben wir zu lesen bekommen, es werde zu Schwierigkeiten kommen, besonders, weil nicht einmal Abgänger durch Krankheit und Pensionierung ersetzt werden sollen. Weiters werden darin alle Postler aufgefordert, selbst zu sehen, wo sie vielleicht mehr Arbeit übernehmen könnten um dadurch Posten einzusparen. In der Öffentlichkeit wurde das zeitweise so dargestellt, als bedeuteten die Rationalisierungen die Einsparung von "überflüssigen Kräften", die anderswo besser eingesetzt werden sollten. Das ist aber nicht richtig, und mit der Dienstanweisung hat die Gneraldirektion das auch selbst zugegeben.

VON 4224 POSTEN SIND 530 UNBESETZT

Im Bereich des Telegrapheninspektorates Salzburg waren Anfang Mai 530 der ca 4224 vorgesehenen Systemposten nicht besetzt. Am größten ist der Fehlbestand beim Telegraphenbauamt, wo 884 Systemposten vorgesehen sind, aber nur 612 Kollegen arbeiten.
Aber auch in allen anderen Bereichen, im Postbetriebsdienst, beim Fernmeldebetriebsamt, beim Postautodienst fehlen Leute. Der einzige Bereich, der am Stichtag voll besetzt war,war das Inspektorat selbst. In der Schreibstube saß sogar einer mehr als vorgesehen!

Die angeführten Zahlen sagen nicht alles, bedenkt man,daß trotz Arbeitszeitverkürzung und trotz steigender Leistungen in allen Bereichen der Systempostenplan von 1974 auf 75 nicht erhöht, sondern erheblich verringert worden war! Nach dem Plan von 1974 wäre der Fehlstand über 800.

NIEDERER LOHN ZWINGT ZU MEHRARBEIT

Das wichtigste Mittel in der Hand der Postdirektion sind die miserablen Gehälter. Besonders in den unteren Lohngruppen - und über die Hälfte der Postler sind in den untersten Entlohnungsgruppen D und E, - wird es immer weniger möglich, damit sein Auslangen zu finden oder gar eine Familie zu ernähren. Die 11,8%ige Erhöhung vom 1.Juli machte da ca 350 bis 450 S aus.
Die schlechte Entlohnung zwingt die meisten Postler, Überstunden zu schinden. Die 40-Stundenwoche kennen viele nur vom Hörensagen. In den Dienstplänen sind Überstunden vielfach schon fix eingeplant.
Der Drang der Postdirektion, aus den Postbediensteten das Lezte herauszupressen, führt zu äußerst niderträchtigen Auswüchsen. Es kommt z.B. vor, daß Kollegen offiziell Urlaub nehmen, dabei aber weiter arbeiten und dies als Überstunden verrechnet bekommen. Freilich bedeutet soetwas eine beträchtliche Aufbesserung des Gehalts, was ja jeder bitter nötig hat. Aber auf Kosten der Gesundheit und Erholung des Kollegen, die dabei flöten geht. Der Gesundheitszustand vieler Kollegen, besonders bei Nachtarbeit und ständig wechselndem Turnus, ist ohnehin miserabel.

Urlaub auf Raten

Aber unsere Gesundheit ist dem Staat bei seinen Rationalisierungsmaßnahmen ziemlich egal. Das ist auch bei der Urlaubsabwicklung in diesem Sommer spürbar geworden. Schon im Frühjahr war die Rede davon, daß heuer weniger Ferialarbeiter als Urlaubsvertretungen aufgenommen werden sollen, was auch tatsächlich dann der Fall war. Das hat zu zahllosen Erschwernissen und Behinderungen für die Kollegen geführt. Nur wenige haben sich ihren Urlaub nach ihren Vorstellungen und nach den Möglichkeiten der Familie auswählen können. Man mußte froh sein, überhaupt einen Teil seines Urlaubsanspruches im Sommer bewilligt zu bekommen. Manche Kollegen

weiter auf S.12

„Unter Umständen einzelne Arbeitsplätze gefährdet"

FREIWILLIGER LOHNVERZICHT VOM BORROMÄUS-ANGESTELLTEN GEFORDERT

Im Österreichischen Borromäuswerk sind mehrere Buchhandlungen, z.B. die Salzburger Dom- und die Artisbuchhandlung und die Tennengauer Buchhandlung in Hallein zusammengefaßt. Für die Angestellten dieser Betriebe brachten die letzten "ÖBW-Hausmitteilungen" eine empörende Überraschung: es wurde festgestellt, daß sich die Firma einschränken würde, daß z.B. das Bauprojekt in der Friedensstraße storniert und das Druckhaus Biblios "ausgeschieden wird". Diese Maßnahmen, die offensichtlich deshalb gesetzt werden, weil die Firma sich mit diesen Käufen einfach übernommen hat, sollen nach Meinung der "Hausmitteilungen" dadurch ergänzt werden, daß die Angestellten auf den 15. Monatsgehalt verzichten.Der 15. Monatsgehalt ist aber ein Teil des gesamtem Gehaltes, mit dem jeder rechnet, denn bei den ÖBW-Betrieben wird kaum über den Kollektivvertrag bezahlt. Das war schon 15 Jahre lang so.

Jetzt kann er nicht einfach so gestrichen werden, das wissen die Herren genau. Deshalb appellieren sie an die Angestellten, auf das Geld, auf das sie ein Anrecht haben, selber und "feiwillig" zu verzichten. Denn kein Unternehmer kann solche Überzahlungen über den Kollektivvertrag (kollektivvertraglich sind 14 Gehälter vorgeschrieben) einfach streichen. Auf das KV-Niveau kann sich nur der Angestellte selbst seinen Gehalt heruntersetzen. Dies können die Unternehmer aber nicht offen sagen, denn sonst fällt auf die Drohung mit der Arbeitslosigkeit niemand mehr herein. Der Angriff auf das Gehaltsniveau erfolgt deshalb verdeckt. Bei den ÖBW heißt es dann so:

"Im Rahmen eines Sanierungsplanes hat der Vorstand des ÖBW beschlossen, an jeden Gehalts- bzw. Lohnempfänger des ÖBW das Ersuchen heranzutragen, als Unterstützung der bereits ergriffenen Sanierungsmaßnahmen bis auf weiteres auf den 15. Monatsbezug zu verzichten. Aus formalen Gründen wird jeder Mitarbeiter des ÖBW in diesem Zusammenhang ersucht, seine Bereitschaft zu dieser Maßnahme auf einer beim Leiter seiner Abteilung aufliegenden Verzichtserklärung mit seiner Unterschrift zu bestätigen und diese Erklärung spätestens im September beim Abteilungsleiter abzugeben. Jeder Mitarbeiter leistet damit einen persönlichen Beitrag für die Sicherung der Arbeitsplätze im ÖBW."

Gesagt wird in dieser Aufforderung zum Lohnverzicht, daß dies nur "bis auf weiteres" sei. In Wirklichkeit will die ÖBW-Leitung freie Hand beim Lohnabbau, die sie dann hat, wenn sie die Verzichtserklärungen der Angestellten bekommen sollte.

-b.o.

8. ÖGB BUNDESKONGRESS:

Mit Sozialpartnerschaft kann man gegen die Krisenfolgen nicht ankämpfen

Vom 15. bis 19. September findet der 8. Bundeskongreß des ÖGB statt. Gerade heute wird die gewerkschaftliche Organisation für die Werktätigen immer wichtiger. Die grundlegende Aufgabe der Gewerkschaften ist es, die Konkurrenz unter den Arbeitern aufzuheben, damit sie den Kapitalisten auf dem Arbeitsmarkt geschlossen gegenübertreten können. Der einzelne Arbeiter ist ein Spielball in den Händen der Kapitalisten. Schließen sich die Arbeiter zusammen, bilden sie eine Kraft. In der wirtschaftlichen Krise vertieft sich die Konkurrenz unter den Arbeitern; es droht eine Spaltung in Arbeiter, die eine Arbeit haben und solche, die arbeitslos sind. Aber auch andere Teile der Arbeiterklasse werden durch den wachsenden Druck in erhöhte Konkurrenz gegeneinander getrieben: ausländische und österreichische Arbeiter, Regie- und Akkordarbeiter und andere Gruppen.

Die gewerkschaftliche Organisierung ist jetzt notwendiger denn je, aber sie wird nur auf dem Boden des Kampfs gegen die Kapitalisten Früchte tragen, nicht aber auf dem Boden der Aussöhnung mit den Kapitalisten.

Rücksicht auf die Wirtschaft?

Die Kapitalisten erklären laufend, daß die "unvertretbar hohen Lohnerhöhungen" ein Ende haben müßten, soll die Wirtschaft nicht noch tiefer in die Krise geraten. "Hohe Löhne", so sagen sie, "schmälern die Gewinne und damit gehen die Investitionen zurück. Investitionen aber muß es unbedingt geben, sonst sind die Arbeitsplätze gefährdet."

Daß die Unternehmer in dieser Tonart reden, nimmt nicht weiters wunder, denn sie wollen auch in der Krise ihre Profite machen und wo das nicht mehr möglich ist, sperren sie einfach zu, um ihr Kapital anderweitig einzusetzen. Egal, ob die Arbeiter vorher niedere oder hohe Löhne gehabt haben. Das macht gerade die Textilindustrie deutlich, wo trotz Hungerlöhnen etliche Betriebe zugesperrt wurden. Zugesperrt wird da, wo der Unternehmer dem Konkurrenzdruck unterliegt und für seine Waren am Markt keine Käufer mehr findet. Die Schuld für diesen im Kapitalismus typischen Vorgang wird dem Arbeiter in die Schuhe geschoben.

Daß aber auch die ÖGB-Führung den gleichen Ton anschlägt, wirft ein bezeichnendes Licht auf ihre Fähigkeit, den Kapitalisten zu dienern. Leute wie Benya haben nur das Wachstum der kapitalistischen Wirtschaft im Kopf, von dem sie die Höhe der Lohnforderungen abhängig machen wollen. Sie haben nur eine Sorge: "daß die Wirtschaft läuft". Da "die Wirtschaft" im Kapitalismus aber nur läuft, wenn die Gewinne stimmen, sollen die Arbeiter "vorübergehend" zugunsten der Gewinne zurückstecken und mit niedrigeren Löhnen zufrieden sein.

Beispiel Textilarbeiter-Lohnabschluß

Hier wurde Rücksicht auf die Lage der Branche genommen - zum Nachteil der Kollegen. Die Textilarbeiter bekommen ab September S 1,80 mehr und ab Februar 1976 noch keinmal 80 Groschen. Man braucht sich nur auszurechnen, was S 1,80 jetzt, und S 0,80 ein

Akkordarbeit bei AEG/Braunau

Die Juli-Nummer der "Solidarität", in der im Forderungskatalog für die nächsten 4 Jahre Gewerkschaftsarbeit u.a. solch untaugliche Phrasen wie "Vermenschlichung der Arbeitswelt", "Schaffung einer höheren Qualität der Arbeitsplätze" etc. breitgetreten werden, bringt auch einen Bericht über Frauen-Akkordarbeit im AEG/Telefunkenwerk Braunau, wo 15o Frauen beschäftigt sind. Darin wird klar, daß 1) die Kapitalisten mit der Akkordarbeit am meisten aus der Arbeitskraft herausholen können und daß 2) diese bis an die Grenzen der Belastbarkeit gehende Ausbeutungsmethode keineswegs durch Phrasen, sondern durch das allgemeine Verbot jeder Akkordarbeit nur beseitigt werden kann.

Warum die ÖGB-Führung nicht daran denkt, diese Forderung aufzustellen, kommt in den letzten Zeilen des Artikels (die hier nicht abgedruckt sind) heraus, wo der "Solidarität"-Redakteur um Verständnis für die Lage der Firma, die "unter Druck steht", wirbt. Und weil auch die ganze ÖGB-Führung von der Konkurrenzfähigkeit in der (Profit-)Wirtschaft ausgeht, darf man nicht erwarten, daß sie von sich aus eine Forderung aufstellen wird, die die Profitgier der Kapitalisten einschränkt.

o

Der Werksleiter schwärmt von der sauberen und leichten Arbeit. Von Sozialleistungen wie Werksküche und Firmenbus, der die Arbeiterinnen bis zu einer Entfernung von 30 km vom Wohnort in den Betrieb bringt. Und von der sehr guten Bezahlung.

Es ist wirklich eine saubere Arbeit. Ohne körperliche Anstrengung. In hellen, im Sommer ein wenig warmen, großen und luftigen Arbeitsräumen. Eine Maschine neben der anderen. Arbeiterin neben Arbeiterin. Im gleichen Takt. Zack — zack — zack — zack.

Die Augen sind an das Binokular gepreßt, die Füße geben den Takt dazu, der die Zeit bestimmt, den Akkord festlegt, die Hände



links und rechts an den Handgriffen. Eins — eins, zwei, drei.

Man muß nur einmal die zusammengepreßten Lippen der Frauen gesehen haben, die im Takt des Transportmechanismus zucken, das nervöse Zwinkern der Augen, wenn sie sich eine Sekunde lang vom Binokular lösen, um ihre Anspannung verstehen zu können.

Den Akkord zu schaffen ist Ziel und Wille jeden Mädchens und jeder Frau, damit die gebotenen Verdienstchancen so gut als möglich genützt werden.

Viel darf jedoch beim Arbeitsablauf nicht passieren. Denn jede Veränderung der Arbeitsstellung geht ins Geld. Nur wenige Zentimeter Abstand vom Binokular, wenn die Augen tränen, eine kleine Änderung der Sitzhaltung, wenn das Kreuz schmerzt, der Fuß durch die einförmige Schaltbewegung „einzuschlafen" droht, führt zu Fehlleistungen. Damit aber auch zur Verdienstminderung. Und das können sich diese Frauen und Mädchen, die in Braunau arbeiten, am wenigsten leisten. Denn Arbeitsstellen sind im Augenblick wieder rar im Grenzgebiet.

Der Stundenverdienst bei 135 Prozent Akkordleistung ist bei AEG-Telefunken in Braunau nicht schlecht: Der Werksdurchschnitt beträgt 34,50 Schilling pro Stunde.

Für viele ein Grund, die Zähne zusammenzubeißen und die tränenden Augen noch weiter anzustrengen.

Unsichtbar festgeschmiedet. Acht Stunden, mit einer Viertelstunde Pause.

Auch bei AEG-Telefunken in Braunau steht die Sorge um den Arbeitsplatz mit an der Maschine. Die Angst, als Nächste den „blauen Brief" zu erhalten, entlassen zu werden. Und als vor kurzem das „Prüffeld" aufgelassen wurde (wegen Rationalisierungsmaßnahmen wurde ein neuer, leistungsfähiger Computer angeschafft), biß der Großteil dieser Abteilung ins Gras.

Und diese Furcht treibt an, höhere Leistungen zu erbringen, auf Kompromisse einzugehen, die früher unannehmbar schienen. Diese Angst erfüllt sowohl die Gastarbeiterinnen als auch die österreichischen Arbeitskräfte.

Sieben Jahre Beschäftigung ist das höchste der Gefühle. Und nur wenige haben dieses Dienstalter seit der Eröffnung des Werkes erreicht. Ältere Arbeitnehmerinnen, denen die Umstellung von einem Arbeitsplatz auf den anderen naturgemäß schwerer fällt als jüngeren, haben selten Chancen.

Dazu der Werksleiter: „Für uns zählt ausschließlich die Arbeitsleistung."

(gekürzt)

halbes Jahr später dazu, bringen. Wenn man diese ratenweise Erhöhung auf ein ganzes Jahr umlegt und den Durchschnitt für den einzelnen Monat ausrechnet, so ergibt das S 400,-- brutto monatlich mehr.

Vergleichen wir diese Lohnerhöhung mit der Preissteigerungsrate. Die Preissteigerungsrate schwankt um 9 %. Eine Lohnerhöhung von 400,-- brutto erhöht den Durchschnittslohn der Textilarbeiter (S 28,-- = ca. 5.000,-- brutto) um 8 Prozent. Bei einem Stundenlohn von S 30,-- beträgt die Erhöhung 7,4 %; bei einem von S 26,-- 8,6 %. Also nicht einmal bei den ganz niedrigen Löhnen reicht die Lohnerhöhung an die offizielle Preissteigerungsrate heran. Dazu kommt noch die (steigende) Lohnsteuer, die Sozialversicherung - nach all dem schaut für den Durchschnittslohn lediglich eine Erhöhung von ca. 6 Prozent heraus - von Teuerungsabgeltung keine Rede. Im Gegenteil! Wo bleibt angesichts dieser Tatsachen der vielzitierte Benya-Schilling, die 3prozentige Reallohnerhöhung?

Wurden die Reallohnerhöhungen in der Hochkonjunktur mit steigender Arbeitshetze, Schichtarbeit, Akkord- und Prämienarbeit erkauft, arbeiteten oft beide Elternteile usw., so gibt es jetzt schon keine Reallohnerhöhungen mehr, sondern Reallohnabbau und als Steigbügelhalter für die Angriffe der Kapitalisten funktionieren Benya & Co.

Keine Super-Bilanz...

"80 % von dem, was vor vier Jahren gefordert wurde, sind erfüllt", schreibt die September-Nummer der "Solidarität".

Ja, aber was wurde gefordert? und erreicht? Allem voran werden die wirtschaftlichen "Erfolge" genannt. Benya: "Als der ÖGB 5 bis 5,5 Prozent Wirtschaftswachstum für möglich hielt, erklärten manche das vorerst für utopisch. Tatsächlich haben wir jedoch in den vergangenen vier Jahren im Durchschnitt ein jährliches reales Wachstum von fast 6 Prozent erzielt... Und wir haben erreicht, daß mehr als eine Viertelmillion Menschen zusätzlich in Arbeit steht." ("Solidarität", Sept. 75)

Wer ist dieses "wir"? Ist es etwa "Verdienst" der ÖGB-Führung, daß 268.000 Beschäftigte mehr arbeiten und daß die Wirtschaft um 5,9 Prozent jährlich gewachsen ist, oder haben nicht vielmehr die Kapitalisten in der Hochkonjunktur auf der Jagd nach Profiten die Produktion gewaltig ausgeweitet und zusätzliche Arbeitskräfte (v.a. Frauen und ausländische Arbeiter) in den Produktionsprozeß gezogen? Und sind es nicht die Kapitalisten, die, wenn der Profit nicht mehr stimmt, die Arbeiter auf die Straße setzen? Benya und andere hohe ÖGB-Funktionäre erwekken ja geradezu den Eindruck, als hätten sie als Chefs von Exportabteilungen österreichischer Betriebe oder als Fremdenverkehrsmanager die Hochkonjunktur der kapitalistischen Wirtschaft herbeigeführt!

Die Hochkonjunktur kam dadurch zustande, daß die Kapitalisten stets neue Märkte für ihre Waren fanden und ungehemmt drauflosproduzierten, und die Produktivität der Anlagen und Arbeitskräfte steigerten. Um sich dieses Fest nicht stören zu lassen, machten sie einige vorbeugende Zugeständnisse (z.B. schrittweise Einführung der 40-Stunden-Woche) an die Arbeiter, auf deren Kosten gefeiert wurde. Diese Zugeständnisse konnten auch deswegen leicht gemacht werden, weil die österreichische Bourgeoisie aus der Ausbeutung von Rohstoffquellen und Arbeitskräften in den Ländern der Dritten Welt erhöhte Profite zog.

Die ÖGB-Führung reklamiert nun diese Zuckerln für sich. "Wir haben die vorgesehene Arbeitszeitverkürzung ohne Schwierigkeiten für die Wirtschaft durchziehen können" - Benya unterstreicht mit solchen Worten, daß die 40-Stunden-Woche keine Reform gewesen ist, die den Kapitalisten weh getan hat. Eine 40-Stunden-Woche ist selbstverständlich besser als eine 42-Stunden-Woche. Doch muß man gleichzeitig sehen, daß, solange die Überstundenarbeit nicht generell verboten ist, die Unternehmer die Arbeiter weiter im alten Ausmaß ausbeuten können. So gesehen schrumpfen die "Erfolge" auf ein Minimum zusammen.

... sondern unvorbereitet in die Krise

Gegenwärtig ist es so, daß die Kapitalisten versuchen, aus weniger Arbeitern immer mehr herauszuholen und dabei gleichzeitig die Reallöhne zu senken. Dabei kommen ihnen die Beschränkungsappelle der ÖGB-Führer an die Werktätigen gerade recht. Zur Grundlage ihrer Angriffe auf die Belegschaften machen sie die Tatsache, daß es die Arbeitslosigkeit gibt. →



ZWEI FÜNFTEL DER INDUSTRIEARBEITER IM LEISTUNGSLOHN

42,9% der Industriearbeiter in der Steiermark stehen im Leistungslohn - das ist Ergebnis einer Umfrage der stmk. Arbeiterkammer. 21.058 Akkordarbeiter und 16.698 durch Prämien bezahlte Arbeiter kämpfen täglich acht und mehr Stunden gegen die Zeit und das Nachlassen der Konzentration. 42,9%, das sind 2 von 5 Industriearbeitern, die draufhauen müssen, um mehr Lohn nach Hause nehmen zu können, während die anderen 3 schauen müssen, daß ihnen nicht ständig mehr Arbeit aufgeladen wird. Diese Spaltung kann nur überwunden werden, wenn sich die Arbeiterklasse ein Gesetz erkämpft, das Akkord-und Prämienarbeit verbietet. Mit der Durchsetzung solch eines Verbots hat die Arbeiterklasse einen wichtigen Hebel zur Aufhebung ihrer Spaltung gewonnen und damit ein Mittel, den Kampf für die Abschaffung des ganzen Lohnsystems voranzutreiben.

VERBOT DER AKKORDARBEIT UND ALLER AKKORDÄHNLICHEN SYSTEME !

»Humanisierung« auf kapitalistisch

Einen Akt 'unternehmerischer Menschlichkeit' setzte die Leitung der Firma SCHRACK im Relais-Montagewerk Dimling-Waidhofen. Hinter dem Aushängeschild "Humanisierung des Arbeitsplatzes" wurden gewaltige Rationalisierungen durchgeführt. Ergebnis: die Arbeiterinnen müssen 20-25% mehr leisten. Die Belegschaft des Schrack-Betriebes Weinheidling wurde um 55 Arbeiterinnen veringert. Die Kündigungen erfolgten am Anfang des Betriebsurlaubes, wo die Kapitalisten am wenigsten Widerstand zu erwarten hatten. Gleichzeitig wird jedoch das dritte Werk in Waidhofen a.d. Thaya weiter ausgebaut.

Die Entlassungen in Wien und der Ausbau von Betriebsstätten in Niederösterreich deuten darauf, daß sich auch Schrack darauf verlegt, die billigeren Arbeitskräfte auf dem Land auszubeuten. Meistens ist es so, daß sich dann die Kapitalisten als besonders human ausweisen wollen, weil sie "neue Arbeitsplätze in unterentwickelten Regionen" geschaffen haben. ■

Osteuropa-Institut Wien:

Erstmals einen Betriebsrat gewählt

Im Jänner dieses Jahres wählte die Belegschaft des Ost- und Südeuropa-Institutes das erste Mal in seiner Geschichte einen Betriebsrat. Die fortschreitende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, erhöhtes Arbeitstempo und verschärfte KOntrollen hatten zu immer größerem Unmut der Belegschaft geführt. Zusätzlich verstärkte sich immer mehr die Angst um den Arbeitsplatz, da das Ministerium für 1975 Budgetkündigungen angekündigt hatte. Die Einsicht, daß man im Alleingang nichts erreicht, führte nach langen Diskussionen schließlich zu dem Beschluß, einen Betriebsrat zu wählen.

Die Abneigung der Institutsleitung gegen diesen selbständigen Schritt der Belegschaft war von Anfang an offensichtlich. Die ersten Versuche, ihn zu schwächen, ließen auch nicht lange auf sich warten. Mitte Februar wurden zwei Kolleginnen gekündigt. Als Begründung wurden Einsparungsmaßnahmen angegeben. Doch indem sich alle geschlossen dagegen stellten und der Betriebsrat sich sofort an die Gewerkschaft wandte, konnte die Kündigung der beiden Kolleginnen rückgängig gemacht werden. Die Wiedereinstellung wurde zu den gleichen Bedingungen, das heißt ohne Unterbrechung des Dienstverhältnisses, erreicht.

Einheitliche Betriebsversammlung

Anfang Mai fand eine Betriebsversammlung statt, auf der als Hauptanliegen eine Arbeitszeitverkürzung gefordert wurde. Ausgehend von der Argumentation der Institutsleitung, wir hätten zwar relativ niedrige Gehälter, aber dafür "besondere Sozialleistungen" (z.B. schon seit längerem eine 40-Stunden- Woche), forderten wir ab Jänner 1975 eine weitere Arbeitszeitverkürzung. Einstimmig wurde eine Resolution verabschiedet und der Betriebsrat beauftragt, zwei Vorschläge zur Verhandlung zu bringen: 1. Freitag Früh Schluß oder 2. täglich bezahlte Mittagspause von einer halben Stunde.

Die Institutsleitung zeigte sich zunächst durch diese erste einheitliche Willenskundgebung der Belegschaft völlig verstört. Dann versuchte man, die einheitliche Front aufzubrechen, indem die einzelnen Chefs an das bisher so gute Verhältnis mit ihren Untergebenen appelierten, daß durch diese Frontalan-

weiter auf S.12

FORTS. ÖGB-KONGRESS

Schon viele Arbeiter haben selber erfahren oder miterlebt, daß die Unternehmer damit drohen, daß genügend andere auf Arbeitsstellen warten würden, und man jederzeit gehen könne. Das weiß weiters jeder Arbeiter, der vergleicht, wie die Arbeitssuche heute ausschaut und wie sie noch vor zwei Jahren ausgeschaut hat. Heute muß man wesentlich länger von Firma zu Firma rennen, bis man endlich einen meist schlechter bezahlten Arbeitsplatz gefunden hat. Und in manchen Branchen ist es überhaupt unmöglich, noch was zu finden. Nur Benya & Co. scheinen über diesen Zustand nicht informiert zu sein oder tun jedenfalls so, und machen weiterhin auf Vollbeschäftigung. Oder sie erklären eine Arbeitslosenrate von 2 % als gute Marke (!), weil international gesehen niedrig. Auf wenig Gegenliebe wird Benya mit dieser seiner Ansicht bei einem Arbeitslosen stoßen, dessen Lage mies ist, egal ob er einer von 2 % oder einer von 4 % ist.

Vor allem hat die Gewerkschaftsführung noch nie die völlig unzureichende Höhe des Arbeitslosengeldes (maximal 2.886,-- S) kritisiert und die Forderung nach Erhöhung des Arbeitslosengeldes und die Auszahlung für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit aufgestellt. Den Blick richten die Gewerkschaftsführer nach Deutschland und anderen Ländern und stellen befriedigt fest: "Bei uns gibts keine Massenarbeitslosigkeit". Darüber, wie ein Arbeitsloser in Österreich mit dem Almosen von Arbeitslosenunterstützung auskommen soll, und daß die Zahl der Arbeitslosen ansteigen wird mit der Vertiefung der Krise, schweigen sie sich aus. Das liegt nun nicht an einer manchenorts zitierten besonderen "Mentalität" des Österreichers, sondern an der klassenversöhnlerischen Haltung der Gewerkschaftsführung!

Ziel der Kapitalisten ist es, die Arbeitslosen in ein Heer von Lohndrückern und Streikbrechern zu verwandeln, um jeden Widerstand in den Betrieben gegen die wachsende Ausbeutung abwürgen zu können. Der Arbeitslose wird umso eher bereit sein, Arbeit um jeden Preis anzunehmen oder sich gegen streikende Kollegen einsetzen zu lassen, je niedriger das Arbeitslosengeld ist, von dem er sich und oft auch noch eine Familie erhalten muß. Hier muß klassenbewußte Gewerkschaftspolitik ansetzen, soll die Arbeiterklasse nicht in zwei Teile gespalten werden.

Überall dort müssen einheitliche Forderungen aufgestellt werden, wo die Kapitalisten die Arbeiter hinabdrücken wollen, indem sie sie in Gruppen aufspalten: Sei es die Forderung für ein Arbeitslosengeld in der Höhe von 80 Prozent des Lohns während der gesamten Dauer der Arbeitslosigkeit und bezahlt durch die Kapitalisten, seien es ausreichende Lohnforderungen in Schilling und Groschen für alle gleich, seien es Forderungen gegen Entlassungen sowohl der österreichischen wie auch der ausländischen Arbeiter usw.

Der ÖGB-Kongreß wird am brennenden Problem, wie die Einheit der Werktätigen gegen die immer heftiger werdenden Angriffe seitens der Unternehmer herzustellen ist, vorbeireden. Stattdessen werden Phrasen gedroschen über Verbesserung der Mitbestimmung, stabilitätsgerechte Gewerkschaftspolitik, Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand und dies alles als nützlich und erstrebenswert für die Arbeiterklasse hingestellt werden.

Keine Realpolitik im Sinne der Arbeiterinteressen wird betrieben, sondern die Versöhnlichkeit mit der Kapitalistenklasse gepredigt.

Beim "versöhnlichen Zusammenstehen" zwischen Arbeiter und Kapitalisten zahlen immer die Arbeiter drauf. Das Kapital ist eine Macht, der die Arbeiter nur organisiert und im Kampf wirkliche Verbesserungen abtrotzen können. Das gilt besonders heute, wo die Zeit der Brotkrumen, die die Kapitalisten unter ihren Festtagstisch der Hochkonjunktur fallen ließen, vorbei ist. Der ÖGB ist die elementare Organisation der österreichischen Arbeiterklasse, die dann voll zum Tragen kommt, wenn sie als Kampfinstrument gegen die Kapitalistenklasse gebraucht wird. Eine solche Linie schlägt der Bundeskongreß nicht ein. Aber die Gewerkschaft besteht nicht nur aus Benya und einigen höheren Funktionären, sondern vor allem aus der Masse der Mitglieder und die müssen auf die Partnerschaft zwischen ÖGB-Führung und Unternehmerverbänden pfeifen und eine Strategie und Taktik des Kampfes unter klaren Forderungen einschlagen, wollen sie gegen Lohnabbau und Rationalisierungen erfolgreich auftreten.

-B.O.-

Ebreichsdorf NÖ:

Schärfere Auswirkungen der Krise auf dem Lande

"Es ist schon arg! Da gibts die Fabrik, da gibts die Maschinen und da gibts die Menschen, die was arbeiten wollen - aber es geht net. Weil es sich für die Kapitalisten net auszahlt, da was zu erzeugen", sagt ein älterer Ebreichsdorfer Textilarbeiter. Er hat Glück, er arbeitet noch in der Textilfabrik "Viennaline". Nicht so die meisten der Belegschaft. Sie sitzen zu Hause und müssen stempeln geben. Bei der letzten Kündigungswelle ist ein großer Schub, hauptsächlich Frauen, auf die Straße geflogen - die restlichen erwarten die Kündigung jeden Tag.
Der Besitzer, Baron Drasche, hat aus den beiden Werken nichts rausholen können, die Konkurrenz auf dem Textilmarkt war zu scharf - er verkauft und die Arbeiter fliegen auf die Straße. In dem einen Werk wurden bereits 130 der 180 Beschäftigten gekündigt, in dem zweiten Werk etwa "erst" die Hälfte der Belegschaft. Dieser Tage entscheidet sich, ob sich ein Kapitalist findet, der glaubt, etwas aus diesem Betrieb für sich rausholen zu können. Zur Zeit laufen noch Verhandlungen mit dem Textilkapitalisten Schöps. Doch dieser will, wenn er überhaupt zugreift, die Werke vorerst nur "zur Probe" für 3 Monate übernehmen. Schöps ist bekannt für die Methode, bankrotte Firmen samt Lagerbeständen aufzukaufen, alles aus den Betrieben herauszupressen und dann abzustoßen. Er hat damit bis jetzt ziemliche Erfolge erzielen können.
Nicht so die Arbeiter. Sie bleiben weiter im Ungewissen. Die Frauen sitzen sowieso schon zu Hause und in der ganzen Gegend gibt es keine freien Arbeitsplätze. Im Gegenteil gibt es dort immer neue Meldungen von Produktionseinstellungen und Kündigungen. Jetzt gerade hat die Metallwarenfabrik "Thormetall" bekanntgegeben, daß sie die Produktion einstellen wird.
Was die Arbeiter machen werden, wissen sie noch nicht. Notgedrungen werden sie als Pendler nach Wien gehen müssen. Das heißt für sie aber täglich etwa dreieinhalb Stunden unbezahlte Fahrzeit zu der normalen Arbeitszeit dazu. Das heißt aber auch höhere Ausgaben für Fahrt und Verpflegung unterwegs. Für die Frauen schaut es da noch trister aus. Denn wenn sie Kinder haben, können sie doch nicht jeden Tag von der Früh um 5 bis am Abend um 7 Uhr von zu Hause weg sein - vorausgesetzt, sie finden in Wien überhaupt einen entsprechenden Arbeitsplatz.
Von dort wegzuziehen, kommt für die wenigsten in Frage. Denn sie haben sie in Ebreichsdorf unter größten Anstrengungen und Mühen nach der Arbeitszeit ihre kleinen Einfamilienhäuser gebaut. Zum größten Teil haben sie auch noch Schulden für das Bauen abzuzahlen.
Nicht so schaut es für den "Herrn von Ebreichsdorf", für den Baron Drasche, aus. Er sitzt in seinem Schloß, das er mit einem Aufwand von Dutzenden Millionen Schilling aufpolieren hat lassen. Für ihn war die Pleite kein so schwerer Schlag - er probiert es jetzt halt woanders - in Brasilien zum Beispiel.
Das "Experiment" mit den Ebreichsdorfer Textilwerken war halt nur eine Spielwiese für ein Geldschwein, das einmal zur Abwechlung in "seinem" Ort Unternehmer spielen wollte. Auf Kosten der Arbeiter wurde herumexperimentiert, eine Menge Angestellte aufgenommen und jetzt, wo dies - noch beschleunigt durch die allgemeine Krise in der Textilindustrie - schief gegangen ist, zieht er sich vornehm zurück. Seit er gemerkt hat, daß er dort keinen entsprechenden Profit herausziehen kann, zieht es ihn wieder auf seine Jagden, häuseigenen Sprintturniere oder auf seine in einschlägigen Kreisen bekannten Feste.
Er und die Spitzen der österreichischen Bourgeoisie samt ihrem Anhang von faulen Schmarotzern lassen sich's dort auf Kosten des Volkes gut gehen. Für die Bevölkerung von Ebreichsdorf besteht nur eine Möglichkeit der "Teilnahme" daran: als Dienstboten, die ihm seine erlesenen Tafeln und seine geschmackvollen Blumenarrangements herrichten. Oder auch als Pfleger seiner exquisiten Sprungpferde.
Für die Arbeiter von Ebreichsdorf heißt es jetzt den Gürtel enger schnallen. Sie sind von zwei Seiten in die Zwickmühle geraten. Einerseits können die letzten Kollektivvertragsabschlüsse in keiner Weise die immer stärkeren Teuerungen ausgleichen. Schon der alte Lohn, der bei den Frauen höchstens auf 29.- pro Stunde stieg und bei den Männern zwischen 30 und 36.-S lag, reichte auch nur, wenn beide arbeiteten. Doppelverdiener sind in Ebreichsdorf jetzt selten geworden und der letzte Abschluß kann die Teuerung überhaupt nicht auffangen.

Eine Zeit lang wird noch die Arbeitslose der Frauen irgendwie über die Runden helfen. Doch was dann ist, das will man sich jetzt noch nicht überlegen.
An der Notlage des ganzen Industriegebietes südlich von Wien setzen die größeren Haie, die Kapitalisten, die sich auf Kosten der Kleineren durchsetzen konnten, jetzt an. Der Eumig-Konzern stellte in seinem Zweigwerk in Wr.Neudorf die Fließbänder auf Schichtarbeit um. War es ihm früher nicht gelungen, genug Frauen zu bekommen, denn keine wollte sich von vornherein durch die Schichtarbeit das normale Familienleben zusammenhauen lassen, so ist dies jetzt nicht mehr der Fall. Wie die Besitzer der Eumig selbst erklären, hat ihnen die "entspannte Lage am Arbeitsmarkt" die Einführung der Schichtarbeit ermöglicht. Früher oder später wird auch für einen Teil der Ebreichsdorfer Frauen nichts anderes übrigbleiben, als schichten zu gehen. Denn wer soll die noch fälligen Raten zahlen, wie sollen die Kinder entsprechend versorgt werden? Der Alleinverdienst des

Die Einfamilienhäuser der Textilarbeiter. Nach der Arbeit mit den eigenen Händen erbaut, sind sie der ganze Stolz, aber auch die Sorge der Textilarbeiter. Da die Schulden für die Baustoffe noch lange nicht abgezahlt sind, können sie nicht im Traum daran denken, von hier wegzuziehen. ——— Bild unten: Das Schloß des "Herrn von Ebreichsdorf", des Baron Drasche. Von der Bevölkerung durch hohe Mauern abgeschirmt, widmet er sich seinen Reitturnieren und Festen. Das Schicksal der gekündigten Arbeiter kümmert ihn nicht.



Forts.: SCHÄRFERE AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DEM LANDE...

Mannes reicht dafür auf keinen Fall! Obwohl die Empörung unter den Arbeitern die ganze Zeit sehr groß war, ist es bis zuletzt zu keinen Kampfmaßnahmen gekommen, wie vor einiger Zeit bei den Teppicharbeitern. Mit der Taktik der schönen Reden und Hoffnungen gelang es, alle Ansätze zu einheitlichen Kampfmaßnahmen zu ersticken. Als die Filzhutfabrik pleite ging, setzte man alle Hoffnungen auf die Lederveredelung Edlinger. Als es mit der bergab ging, kam der Baron Dzasche mit einer Fülle toller Pläne und Ideen daher. Dies wurde immer wieder bei den Betriebsversammlungen von den erschienenen Gewerkschafts-Sekretären in den Vordergrund gerückt: Die Hoffnung darauf zu richten, daß ein Kapitalist daherkommt und hier eine günstige Möglichkeit findet, seinen Profit zu machen. Was da rausgekommen ist, spüren die Arbeiter deutlich am eigenen Leib. Immer grössere Arbeitshetze, es konnte nie schnell genug gehen, niedriger Lohn, da man ja auf die Firma Rücksicht nehmen mußte - und am Schluß die Kündigungen. All das hat die Arbeiter sehr geschwächt. Denn heute, wo faktisch nur noch ein Drittel der Belegschaft im Betrieb ist, wo es zum Teil nur noch um Instandhaltungsarbeiten geht und wo die Waren und Lager abverkauft werden, ohne daß neu produziert wird, ist ein Kampf faktisch aussichtslos. In Gesprächen erklären immer mehr Arbeiter, daß sie jetzt erst sehen, daß es falsch war, auf einen Unternehmer zu setzen und zu hoffen, daß der sich um die Arbeiter kümmert. "In der Gewerkschaft hätten wir Dampf dahintersetzen müssen, dann würden wir heute anders dastehen.

- R -/Wien

Was Swarovski macht, wenn ihm fad ist

Brief eines Swarowski-Arbeiters

Daniel Swarovski, seines Zeichens einer der beiden Seniorchefs der Swarovski-Werke in Wattens, hat offensichtlich ein neues Hobby. Da er anscheinend momentan nicht viel zu tun hat, hat er den Nachlaß eines seiner Ahnen durchstöbert und dabei den Plan für ein Windkraftwerk gefunden. Der Dani hat sich unheimlich gefreut, ist gleich in eine seiner Schlossereien gerannt und hat sich von den Schlossern einen Prototyp bauen lassen. Natürlich hat er den ganzen Tag dabeistehen müssen, um zuzuschauen. Wie man ja weiß, geht nichts ohne Unternehmer!

Endlich war das Wunderding fertig. Mit Spannung erwartete der gute Dani den ersten Probelauf. Und siehe da - es funktionierte! Der Wind blies und das große Windrat drehte sich einmal rundherum - und blieb wieder stehen. Natürlich wurde auch die Leistung gemessen: 5o Volt bracht das Kraftwerk und Nullkommaetwas Ampere. Damit kann der Dani nicht einmal seine elektrische Zahnbürste betreiben, geschweige denn der Energiekrise Herr werden.

Aber der Herr Unternehmer hat seinen Arbeitern wieder einmal Arbeit geben können! Bravo, Dani! Auch eine zweite Schlosserei bekam eine neue Arbeit. Ein Altölverbrennungsofen wurde entwickelt. Es wurde mit Eifer gebaut und jeder hat seinen Spaß daran gehabt. Der neue Ofen wurde schön silber-schwarz angestrichen und mit der Aufschrift "SU 11" versehen. Ein Gerät wurde ausgeliehen, das man unbedingt dazu brauchte, das aber um die Hälfte mehr kostet als der eigentliche Ofen. Am 25. 6. wurde er ausprobiert. Alle standen dabei und schauten. Das Öl im Ofen wurde angezündet - man wartete - plötzlich tat es einen gewaltigen Krach, eine Explosion gab dem Ofen ein ganz anderes Aussehen - alles war jetzt schwarz und der Trichter in zwei Teile zerfetzt.

Für die Arbeiter sind diese Spielchen ihres Kapitalisten aber eher makaber. Denn für sie heißt es, daß sie rausfliegen, wenn dem Swarovski das Spielen auch zu fad wird!

"Swarovski-Optik erreicht das Ziel." Unter diesem Titel brachten kürzlich die bürgerlichen Zeitungen neueste Meldungen von Swarovski. Welches Ziel Swarovski erreicht hatte, darüber kann man sich genau im "Kurier" informieren: "...Auch die Ertragslage wird bei Swarovski-Optik heuer wesentlich besser sein als in den vergangenen Jahren. Rationalisierungsmaßnahmen haben die Wertschöpfung pro Mitarbeiter um etwa 20% gesteigert." Wie die Swarovski-Kapitalisten trotz der schlechten Auftragslage ihr Ziel, die Erhaltung der Profite, erreichen konnten, haben sie uns im vergangenen Jahr vorgeführt. Massenentlassungen im Oktober 1974 und April 1975, Kurzarbeit von Jänner bis April dieses Jahres. Damit wurde die Belegschaft des Konzerns um über 1.300 gesenkt. Aber damit hatte die Firmenleitung auch das Mittel in der Hand, die im Betrieb verbliebenen Kollegen mit der Drohung der Kündigung zu immer größeren Anstrengungen zu zwingen, - und zu der"Wertschöpfung von 20% mehr" zu gelangen.

Wie dies in einem Teil des Betriebes, bei den Schlossern genau aussieht, berichten unsere Tiroler Genossen:

Swarovski Tirol Umstrukturierung

In jeder Schlosser-Werkstätte wurde bis jetzt radikal abgebaut. Unter den Entlassenen befinden sich Maschinschlosser, die schon jahrzehntelang in dieser Branche tätig waren. Andere Arbeiter müssen deren Arbeit nun erledigen, sie müssen praktisch von vorne neu angelernt werden

Die Kollagen wurden rücksichtslos gespalten, beste Mitarbeiter und Freunde entlassen. Die Arbeiter leiden unter der Brutalität, die der Swarovski auf sie auswirken läßt. Keiner traut mehr dem anderen über den Weg, weil er nicht weiß, ob der nicht ein Spitzel ist. Die Kollegialität und das Zusammenhalten unter den Arbeitern ist auf ein Minimum gesunken.

Wenn einer zum Betriebsrat geht, schleicht er sich heimlich durch die Hintertüre zum "Belegschaftsvater" Leo hinauf. Fast jeder hat Angst, zum Doktor oder in den Krankenstand zu gehen, weil er sonst für immer gehen kann. Genauso ist es mit dem Urlaub.

Jeder versucht, dem Meister ja alles recht zu machen, um gut und sicher dazustehen. Der Unwille steigt und die Arbeiter spüren nun deutlich auf der eigenen Haut und an einer Menge von Beispielen, was für große Macht ein Unternehmer in einem "demokratischen" Staat besitzt, wenn das Arbeitervolk sich ihm nicht entgegensetzt.

M./J.M.

So wurden die Schlossereien bei Swarovski "umstrukturiert":

Werkstätte	früher	jetzt
Reiter	Maschinenreparaturen, z.T. neue Maschinen 65 Arbeiter	fast keine Reparaturen mehr 10-12 Arbeiter, davon 2 Lehrlinge
Steinlechner	Formen, Stempel, Matrizen und Halterungen für die Glas-Schmucksteine ca. 30-35 Arbeiter	Versuche für neue Formen ca. 10 Arbeiter
Krassnig	Bauschlosserei 15 Arbeiter	Versuchsarbeiten (z.B. Altölofen) 6 Arbeiter
Sexl	Bauschlosserei ca. 10 Arbeiter	wird voraussichtlich mit Krassnig zusammengelegt 5 Arbeiter
Witting	Reparaturen für Schleifsäle (Schleifapparate) 28 Arbeiter	Bauteile für kleinere Versuche für die Optik 4 Arbeiter, davon 2 Lehrlinge
Vötter	Maschinenreparaturen 30 Arbeiter	Maschinenreparaturen 14 Arbeiter

Die Werkstätten sind nach dem Abteilungsleiter benannt

Wie sich Baukapitalisten in NÖ auf einen Streik vorbereiteten

Die Baukapitalisten hatten sich bei den heurigen Kollektivvertragsverhandlungen mit der Bauarbeitergewerkschaft Ende April auf einen Streik eingestellt und entsprechende Maßnahmen ins Auge gefaßt, um ihn sofort nach Beginn niederschlagen zu können.

Einige Methoden dazu sind im nebenstehenden Brief der Landesinnung der Bauunternehmer an die einzelnen Kapitalisten abgedruckt. Diese Methoden sind zwar diesmal nicht angewandt worden, gehören aber genauso wie beispielsweise das Einkaufen von Gewerkschaftsfunktionären zum Repertoir e der Kapitalisten im Lohnkampf.

DER BAU- UND HOLZARBEITERKOLLEKTIVVERTRAG

In der Nacht auf den ersten Mai 1975 stimmte die Führung der Bau-und Holzarbeitergewerkschaft einem Lohnangebot der Baukapitalisten zu, das den Bauarbeitern Lohnerhöhungen unter der Teuerung der Laufzeit des letzten Vertrages bringt: 12,72% für die nächsten12 Monate, dann 11,66% für die folgenden 11 Monate.Das alles nur auf den Mindestlohn. Das bedeutet für den tatsächlich ausbezahlten Lohn eines Bauarbeiters um einige Prozente weniger, weil die Überzahlungen überhaupt nicht erhöht wurden. Überdies werden die Überzahlungen immer öfter von Kapitalisten ganz gestrichen, wodurch die Arbeiter die völlig unzureichenden Mindestlöhne voll zu spüren bekommen.

Ausgegangen ist die Führung der Bauarbeitergewerkschaft von einer Forderung von 16,8% auf den Mindestlohn. Davon hat sie einen Abstrich von über einem Viertel zugelassen und hat den Kollegen die 12,72% als Erfolg "angesichts der schlechten Lage der Baubranche" verkaufen wollen.

An alle
Mitglieder
der Landesinnung NÖ
der Baugewerbe für N.Ö.

Betrifft: Kollektivvertragsverhandlungen 1975 — Verhalten im Streikfall

Die Verhandlungen zwischen der Bundesinnung der Baugewerbe und dem Fachverband der Bauindustrie mit der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter hat bis zur Stunde noch zu keinem Ergebnis geführt. Ein letzter Einigungsversuch zwischen den Vertragspartnern wurde für Mittwoch, den 30. April 1975, in Aussicht genommen. Sollte dieser Verhandlungstermin vor dem Auslaufen des derzeit geltenden Kollektivvertrages vom 1. April 1974 ebenfalls erfolglos sein, hat die Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter massive Arbeitskampfmaßnahmen angedroht. Ein Streik würde durchaus im Bereich der Möglichkeiten stehen.

Die Bundesinnung der Baugewerbe hat nun Richtlinien für das Verhalten der Mitgliedsfirmen im Streikfall erarbeitet.

Folgende Maßnahmen wären zu treffen:

1. Informierung aller verantwortlichen Vorgesetzten (vom Polier aufwärts)
2. Anschlag am schwarzen Brett des Betriebes über **die Folgen der Arbeitsniederlegung im Streikfall (sofortige Abmeldung bei der Gebietskrankenkasse, fristlose Entlassung mit Verlust verschiedener gesetzlicher und kollektivvertraglicher Ansprüche, wie beispielsweise Abfertigung, Weihnachtsremunerationen, Verlust des Anspruches auf Arbeitslosenunterstützung, Schadenersatzpflicht wegen Vertragsbruches)**
3. Eingeschriebene Aufforderung an **alle Dienstnehmer**, die Arbeit spätestens am Tag nach Erhalt des Schreibens aufzunehmen, Androhung der fristlosen Entlassung und des damit verbundenen Verlustes gesetzlicher und kollektivvertraglicher Ansprüche, Androhung der Schadenersatzpflicht.
4. Eingeschriebene Aufforderung an die Betriebsräte die Arbeit spätestens nach dem dem Erhalt des Schreibens folgenden Tag wieder aufzunehmen. Androhung der Antragstellung beim Einigungsamt auf Zustimmung zur Kündigung des betreffenden Betriebsrates
5. Bei Nichtbeachtung des unter Punkt 3 angeführten Verwarnungsschreiben, eingeschriebenes Entlassungsschreiben, womit die Lösung des Dienstverhältnisses **gem. § 82 f Gew.-O. ausgesprochen wird.** Aufrechnung des noch ausständigen Lohnes mit dem durch den schuldhaften Vertragsbruch des Dienstnehmers entstandenen Schadens.
6. Bei Nichtbeachtung des **Verwarnungsschreibens** nach Punkt 4, Antragstellung beim **Einigungsamt gem. § 120 Absatz 1** Arbeitsverfassungsgesetz auf Zustimmung zur Kündigung des betreffenden Betriebsratsmitgliedes wegen Verstoßes gegen die aus dem Arbeitsverhältnis erwachsenden Pflichten zur Leistung vereinbarter Dienste.
7. Durchführung der in dem Warnschreiben angekündigten Abmeldung bei der Gebietskrankenkasse.
8. Verständigung der zuständigen Landesinnung von Streikmaßnahmen.

Im Falle von strafrechtlichen Tathandlungen, die von streikenden Dienstnehmern im Betrieb gegen Personen oder Sachen gesetzt werden, ist **die zuständige Sicherheitsbehörde zu verständigen und Strafanzeige zu erstatten.** Delikte, die bei der Durchführung von Streiks möglicherweise vorkommen könnten, **sind Gewalttätigkeit, boshafte Sachbeschädigung, Einschränkung der persönlichen Freiheit, Erpressung und Nötigung, Körperverletzung und Ehrenbeleidigung.** Insbesondere steht auch die Behinderung von Arbeitswilligen, zu arbeiten oder zur Arbeit zu gehen, unter Strafdrohung (§ 3 Koalitionsgesetz).

Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß genaue Auskünfte im Streikfall von Landesinnung und Bundesinnung eingeholt werden können.

Gemäß § 13 Arbeitsverfassungsgesetz bleibt der bisher in Geltung befindliche Kollektivvertrag auch nach seinem Erlöschen für Arbeitsverhältnisse, die unmittelbar vor seinem Erlöschen durch ihn erfaßt werden, so lange aufrecht, als für diese Arbeitsverhältnisse nicht ein neuer Kollektivvertrag wirksam oder mit **den betroffenen Arbeitnehmern nicht eine neue Einzelvereinbarung abgeschlossen wird** (Fernwirkung).

Wir hoffen, mit unserem Schreiben gedient zu haben und verbleiben mit dem Ausdruck

vorzüglichster Hochachtung
Für die Landesinnung der Baugewerbe für Niederösterreich

Geschäftsführender
Innungsmeister
Ing. Ernst Veit e. h.

Nicht ins Auge gefaßt hat die Führung der Bauarbeitergewerkschaft, die Belegschaften schon Wochen davor zu mobilisieren und hinter einer höheren Forderung zu vereinen. So gab es zwar am 25.April Warnstreiks in Wien, Niederösterreich und Kärnten gegen das Kapitalistenangebot von 10,8% (auf 11 Monate), im großen und ganzen wurden jedoch die Kollegen draußen gelassen und die Verhandlungen hinter verschlossenen Türen geführt und plötzlich zum Abschluß gebracht.

Mit der Kraft der ganzen Branche hatten die Gewerschaftsführer nichts im Sinn. Die Kap italisten rechneten aber mit ihr und trafen entsprechende Vorkehrungen. Die Landesinnung der Bauunternehmer in Niederösterreich verschickte diese Richtlinien für das Verhalten im Streikfall. Der geschäftsführende Innungsmeister in Niederösterreich war zugleich auch Verhandlungsleiter der Bundesinnung der Baukapitalisten, und somit über den Stand der Verhandlungen direkt informiert.

> **Der Arbeitskonflikt der Bauarbeiter hat gezeigt, daß für Organisationen der Unternehmer die Sozialpartnerschaft keineswegs ein Hindernis ist, vor drastischen Methoden zurückzuschrecken.** *Fritz Klenner*
>
> Richtig! doch selbst solche offenherzig eingestandenen Tatsachen sind für die ÖGB-spitze kein Hindernis, weiterhin als Partner der Kapitalisten aufzutreten.

Überzahlungen gestrichen

Bei den Auseinandersetzungen anläßlich der letzten KV-Verhandlungen der Bauarbeiter wurde eine Taktik der Baukapitalisten immer deutlicher sichtbar: die Streichung der"freiwilligen" Überzahlungen über den kollektivvertraglichen Mindestlohn. Doch nicht nur bei den U-Bahn-Baustellen, sondern immer mehr bei kleineren Firmen setzt sich diese Methode des direkten Lohnraubs durch. So zahlt z.B. eine mittlere Baufirma im 8. Wiener Bezirk heute nur mehr 30,- in der Stunde, - also keinen Groschen über den Mindestlohn, Die Arbeiter haben diesen Lohnraub hingenommen, da sie Angst um ihren Arbeitsplatz hatten. Genützt hat dies nichts, dann jetzt soll erst recht ein großer Teil der Belegschaft gekündigt werden.

VON DER TAKTIK DER KAPITALISTEN KÖNNEN DIE ARBEITER FÜR KÜNFTIGE AUSEINANDERSETZUNGEN LERNEN

Aus den Maßnahmen, welche der NÖ-Unternehmerverband den einzelnen Unternehmern anrät, kann man ersehen, welcher Art ihre Manöver sind, im Falle die Arbeiter für eine Forderung streiken.

Das Register dieser Maßnahmen reicht von Drohung bis Erpressung, wobei sie sich nicht scheuen, auch Lügen zu verbreiten. (z,B. daß der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung verlustig geht).

FORTS. VON SEITE 5

Post: Aufnahmesperre — aber Überstunden

wurden auch mehr oder weniger dazu gedrängt,ihren Urlaub ratenweise,je nach Möglichkeiten des Dienstplanes, zu nehmen.
Dabei gab es im Mai noch ca 18 000 Tage Urlaubsrest von 1974 (in Salzburg), das ist ein Fünftel des gesamten Urlaubsanfalles.

Nicht nur ausreichend Dieststposten beantragen — auch Druck hinter die Forderungen setzen!

Bezüglich des Personalstandes wird von der Postgewerkschaft schon seit längerem gefordert, daß die Dienstposten ausreichend besetzt werden sollen. Die Forderung nach Anhebung des Personalstandes ist auch wieder am Gewerkschaftstag der Postbediensteten beschlossen worden,"um ohne zusätzliche Überstundenleistungen die Arbeitszeit bewältigen zu können."

Zuletzt hieß es im Zusammenhang mit der Wiederaufnahme der Samstagzustellung der Zeitungen, der Gewerkschaftsvorstand erwarte, daß"in Zukunft das berechtigte Verlangen auf Auffüllung des dauernd in diesem großen Dienstleistungsbetrieb vorhandenen Personalunterbestandes unterstützt wird und vor allem die zu geringe Dotierung des Dienstpostenplanes nach Einführung der 40-Stundenwoche bei der PTT-Verwaltung einer Revision unterzogen wird. Damit wäre für die Zukunft gegeben, durch wechselnden Personaleinsatz nicht nur die 40-Stundenwoche, sondern auch die 5-Tagewoche vermehrt den Bediensteten zugute kommen zu lassen."

Das ist schon eine gute Sache und eine wichtige Forderung, es fragt sich nur, was bisher unternommen wurde, um die Postler zu deren Druchsetzung zu mobilisieren. Vor allen fehlt eines: daß es die schlechte Entlohnung ist, die viele Postler zu Überstunden zwingt, und deshalb für sie die 40-Stundenwoche nur auf dem Papier steht.
Gerade darum drückt sich der Gewerkschaftsvorstand herum und es scheint sogar, als würde er mit dem Start eine weitere Verlängerung des Stillhalteabkommens, was das Gehaltsgesetz ja praktisch ist, zu planen.
Dazu darf es nicht kommen, es muß im Gegenteil bei den Verhandlungen eine ausreichende Bezugserhöhung kommen, die die Teuerung tatsächlich auffängt, im Mittelpunkt stehen. Gleichzeitig muß die Aufnahmesperre fallen und der Personalstand so angehoben werden, daß wir ohne Überstunden und gesteigerte Arbeitsleistung durchkommen.
Um diese Forderung durchzusetzen, wird es freilich nicht genügen, wenn der Gewerkschaftsvorstand es "erwartet". Dazu wird schon die gemeinsame Kraft der geamten Bediensteten in die Waagschale geworfen werden müssen. Da offensichtlich der Vorstand von sich aus nicht aktiv wird, müssen die Postler selber die Initiatíve setzen.
In diesem Zusammenhang ist verschiedentlich schon darüber gesprochen worden, daß "Dienst nach Vorschrift" ein gutes Mittel wäre, unsere Forderungen durchzusetzen.

M./Postkollektiv

ERSTMALS BETRIEBSRAT GEWÄHLT ...

griffe sicher leiden würde. Warum hatte man sich nicht vertrauensvoll an ihn gewendet? Er hätte sicher etwas tun können, es war ja bisher auch so gegangen. Aber es gelang nicht. Diese Forderung ging von der gesamten Belegschaft aus; und jeder einzelne war bereit, darauf zu beharren. Nach langen Verhandlungen gab die Institutsleitung nach: Wir hatten eine halbstündige bezahlte Mittagspause erreicht.
Doch das ließ den Vorstand nicht ruhen.
Knapp danach wurde dem Betriebsratsobmann "freundschaftlich" nahegelegt, doch aus dem Institut auszuscheiden. In einer schnell einberufenen Betriebsversammlung, bei der auch ein Sekräter der Privatangestelltengewerkschaft dabei war, forderten wir eine sofortige Rücknahme der Kündigungsdrohung. Von den 14 Anwesenden stimmten 13 mit Ja. Sollte dies nicht innerhalb von 14 Tager erfolgen, wuden von uns gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen in Aussicht gestellt.

Obwohl dann noch auf einer weiteren Betriebsversammlung von uns ein Beharrungsbeschluß gefaßt wurde, entglitt uns das immer mehr aus der Hand. Die Verhandlungen wurden für uns immer undurchsichtiger und nahmen immer mehr die Form von persönlichen Aussprachen zwischen Betriebsratsobmannund der Institutsleitung an. Die Verhandlungen wurden zum Teil immer mehr ein Aushandeln von persönluchen Verbesserungen für den Betriebsratsobmann für den Fall, daß er sein Amt freiwillig abgibt.

Dies zeigt gerade die Schwierigkeiten, die bei jedem Kleinbetreib oder gar Institut da s sind. Jeder ist mehr oder weniger eng in einem persönlichen Kontakt mit den Chefs. Ein Apell an die "früher ach so gute Zusammenarbeit" auf der einen Seite und eine kleine Vergünstigung auf der anderen 1Seite können auch den ehrlichsten Kollegen korrumpieren,,wenn er nicht eng und in jeder Frage mit der gesamten Belegschaft zusammenarbeitet und deren vollste Unterstützung und Vertrauen hat. Auf einer Betriebsversammlung Ende Juli stellten wir den Betriebsratsobmann vor die Entscheidung: entweder sich auf die belegschaft stützen und deren Interessen vertreten - oder Abwahl. Denn unsere Erfahrungen in den letzten Monaten hatten gezeigt, daß wir nur geschlossen trotz aller Einschüchterungsversuchen der Institutsleitung etwas erreichen konnten.
Immer mehr Kollegen schlossen sich dieser Meinung an und der Betriebsratsobmann ging kanpp an einem Mißtrauensantrag vorbei..

Ziemlich einhellig hat sich die Meinung gefestigt, daß es keine Intrigen und Packeleien mit der Institutsleitung auf unsere Kosten gehen darf. Geschieht das doch, so werden wim nicht zögern, dem Betriebsrat das Vertrauen zu entziehen und andere Kollegen zu wählen. Denn ohne konsequente Vertretung geht es nicht - das haben wir gelernt.

E.C./R.(Wien)

BAUUNTERNEHMER ...

Andererseits enthüllt der Brief in krasser Form die Rechtlosigkeit, welche die bürgerliche Gesetzgebung für die Arbeiterklasse vorsieht, wenn diese sich in direkter Konfrontation gegen die Kapitalisten durchsetzen will. Dies beginnt schon damit, daß die Arbeiterklasse in Österreich kein Streikrecht hat. Diese Rechtlosigkeit wird gegenwärtig durch eine Gewohnheitsregelung verdeckt, die den durch Gewerkschaftsführungen ausgerufenen Streiks Straffreiheit einräumt. An dieser Rechtlosigkeit darf man sich keinesfalls orientieren. In der Praxis entscheidet immer die Einigkeit und Kampfentschlossenheit der Belegschaft oder der Arbeiter einer ganzen Branche, ob die Kapitalisten ihre Drohungen wahr machen können. Die 13 000 Böhler-Arbeiter konnte im Sommer 1973 die Geschäftsleitung mit Androhung des Abmeldens von der Krankenkassa etc. nicht bezwingen, ihr Streik wurde erst durch die Intervention der Gewerkschaftsführung, sozusagen durch Zersetzung von innen her, mit faulem Kompromiß zu Fall gebracht.
Für die Bauarbeiter wäre die Ausgangslage wesentlich schwieriger gewesen. Denn vertreten und kaum informiert wurden sie von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern, die von Anfang an davon ausgegangen sind, bei der schlechten Situation inder Bauwirtschaft zugunsten der Kapitalisten bei den Löhnen zurückzustecken und nicht davon, wieviel erkämpft werden kann, wenn die Kraft der Bauarbeiter eingesetzt wird.

-b.o.-

Puch-Graz
Entlassungen reißen nicht ab

Im Laufe des August sind zwischen 3oo und 5oo Kollegen der Steyr-Daimler-Puch AG in Graz gekündigt worden. Genaue Zahlen können nicht einmal die Arbeiter der Fahrrad- und Mopedfabrik selber nennen, denn ihr sozialdemokratischer Betriebsratsobmann schweigt sich ebenso aus wie die Werksleitung. Seit der ersten Entlassungswelle im heurigen Frühjahr werden die Vorgänge in dieser Fabrik immer mehr zu einem Lehrstück für alle österreichischen Arbeiter, wie sie durch eine Politik der Sozialpartnerschaft den Kapitalisten ans Messer geliefert werden.

Nun erreichen die Entlassungszahlen für dieses Jahr allein im Grazer Werk bald 1ooo, und der Druck auf die um ungefähr ein Viertel verringerte Belegschaft steigt gewaltig an. Wie lange werden sich die Puch-Arbeiter das noch gefallen lassen?

o

Vor 3 Jahren frohlockte der Vorstandsvorsitzende der Steyr-Daimler-Puch AG, Rabus:

"In den USA verkaufen wir in erster Linie Fahrräder, und da steigt unser Absatz so rapide an, daß wir mit der Fertigung kaum nachkommen! In diesem Jahr produzieren wir etwa 400.000 Fahrräder; wir könnten ohne weiteres die doppelte Anzahl absetzen. In gewissen Bereichen haben wir Lieferzeiten bis zu zwei Jahren. Bis 1975 wollen wir rund 600.000 Fahrräder produzieren." (aus: "West-Ost-Journal, 5,72)

Mittlerweile ist das Geschäft auf Grenzen gestoßen, und die Direktoren suchen nach neuen Wegen zur Absatz-und Profitvermehrung.

Seit Anfang dieses Jahres setzt die Werksleitung Schritt für Schritt ihr Sanierungsprogramm gegen die Arbeiter durch. Wurde vorher der Akkord hinaufgesetzt und die analytische Arbeitsplatzbewertung bei den Regiearbeitern eingeführt mit der Begründung, daß dann mehr produziert würde und auch die Arbeiter mehr bekommen könnten, so wurde dann die Akkordschraube angezogen mit der Erklärung, daß nur so die Arbeitsplätze gesichert werden könnten. Ebenso wurde die 40-Stunden-Woche seit Inkrafttreten zu einer 41 1/4 Stunden-Woche gemacht unter Androhung von 200 Entlassungen, falls die Arbeiter dies nicht akzeptieren.

Für SP-Betriebsratsobmann ist Widerstand „geschäftsstörend"

Der Betriebsrat hat das alles hingenommen mit der Rechtfertigung, dadurch Ärgeres zu verhindern. Auch die übliche innerbetriebliche Lohnerhöhung fiel zuletzt mit 10-40 Groschen recht mager aus. Und schließlich wurden immer häufiger Versetzungen einzelner Kollegen bekannt, die dadurch bis zu 3.S Lohnverlust in der Stunde hinnehmen mußten.

Solange es noch einigermaßen geht, muß man halt zufrieden sein, dachten damals trotz allem noch viele Pucharbeiter. Aber das Straffen der Ausbeuterzügel ist niemals eine harmlose Angelegenheit, auch wenn es anfangs nur kleinere Angriffe gegen einen Teil der Arbeiter sind. Bei Puch waren die kleinen Angriffe, das sehen wir heute, nur wegbereitende Signale für einen Generalangriff auf die Belegschaft. Bereits wurden 800 Entlassungen angedroht und der Betriebsrat rühmt sich, auf 440 "heruntergehandelt" zu haben. Außerdem seien unter den Entlassenen 250 Ausländer. "Eh nur Gastarbeiter" ließen sich die meisten Kollegen einreden.

Zu Pfingsten wurden 2 500 Beschäftigte auf 2 Wochen in Zwangsurlaub geschickt. Die Fabrik sparte sich die Hälfte der Lohngelder, der Rest auf 80 % wurde aus staatlichen, d.h. letztlich Steuergelder, zugeschossen. Die Unruhe unter den Arbeitern stieg an. Dieses Klima war den Direktoren gerade willkommen, um noch mehr die Arbeiter untereinander auszuspielen und zu noch größerer Leistung anzutreiben. Seither werden auch still und leise einmal in dieser, einmal in jener Abteilung einzelne Kollegen hinausgeschmissen - insgesamt werden das bis Anfang August 100 bis 150 gewesen sein. Der BRO Hümerl rührte zwar seine Finger, aber nicht gegen die Werksleitung, sondern nur zur Unterschrift unter all die blauen Briefe. Die Kollegen selber informieren und zum geschlossenen Widerstand auffordern hält Hümerl für geschäftsstörend!

Diese Haltung erleichtert den Kapitalisten ihre Rationalisierungsmaßnahmen, die im August in der Entlassung von 400-500 Arbeitern gipfelte, ungemein!

J.R.

KURZARBEIT IN JUDENBURG

650 von den 1500 Arbeitern des Gußstahlwerkes Judenburg müssen ab September mit Lohneinbußen von 40 bis 50 % in Kurzarbeit gehen. Begründet wird das damit, daß bis Dezember keine Besserung der Auftragslage zu erwarten sei. Ab Oktober wird die Kurzarbeit auf den gesamten Betrieb ausgedehnt. (31.8., Knittelfelder Gen.)

---

3 müssen jetzt schaffen, was früher 5 machten

In den verstaatlichten Betrieben wird genauso rationalisiert wie in den anderen auch. Nur daß dort eben ein vom Staat eingesetzter Generaldirektor dirigiert. Die "internationale Konkurrenzfähigkeit der VÖEST-Alpine", mit der Kreisky so gerne prahlt, wird laufend auf dem Rücken der Arbeiter weiter ausgebaut. Die nachfolgende Korrespondenz hat ein VÖEST-Arbeiter für die erste Nummer des "KLASSENKAMPF" des KB Linz geschrieben. Mit ihrem Erscheinen sind es jetzt Zeitungen, die in mehr als 10 Städten verkauft werden und von lokalen kommunistischen Organisationen herausgegeben werden zu dem Zweck, einen Beitrag zur Vereinigung der Arbeiterklasse zum Kampf gegen das kapitalistische System zu leisten und eine revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen.

"Zirka seit einem halben Jahr werden die Bedingungen in der Abteilung, in der ich arbeite, von Tag zu Tag immer schwerer und unerträglicher. Nicht nur an meinem Arbeitsplatz wird jetzt mehr und mit weniger Arbeitern produziert. In unserer Halle ist das fast überall so.

Seit 4 Monaten machen wir zu dritt die Arbeit, die vorher fünf gemacht haben - das alles aber bei gleichbleibendem Lohn. Eine Folge von dieser Arbeitshetze bei uns sind natürlich Unfälle, die vermehrt passieren. Die Arbeit ist sowieso schon gefährlich genug, wenn aber auch noch schneller gearbeitet werden muß, dann ist unsere Gesundheit und oft auch unser Leben gefährdet.

Vor ein paar Tagen habe ich von einem Kollegen aus einer anderen Abteilung gehört, daß dort weniger gearbeitet wird und daß sie auch Arbeiter hinausschmeißen wollen. Solche Gerüchte hört man bei uns jeden Tag, und die meisten von uns haben echt Schiß, daß sie auf die Straße gesetzt werden. Gerade gestern ist bei uns wieder über eine "geplante Entlassung von mehreren hundert Arbeitern" gemunkelt worden. Wenn man jemand fragt, dann bekommt man entweder keine Antwort, oder es wird einem gesagt, daß das Ganze nicht stimmt. Tatsache ist aber, daß durch all dies Gerede die Arbeiter sich noch einschüchtern lassen. Es gibt bei uns in der VÖEST Werkszeitungen von den Verschiedenen Parteien. Aber keine dieser Zeitungen schreibt über unsere echten und dringenden Probleme jetzt, oder informiert uns zumindest über den Stand der Dinge. Ich finde es aus diesem Grund sehr gut, wenn es in Linz endlich wieder einmal eine Zeitung gibt, in der ein Arbeiter über seine Probleme, die die Problme der ganzen Klasse sind, schreiben kann.

(aus: "Klassenkampf" Linz)

Jugendarbeitslosigkeit — nur ein Wahlkampfthema?

Wenn sich die bürgerlichen Parteien in ihrem Buhlen um die Gunst der Wähler gegenseitig beschimpfen, kommt ihnen so manches aus, was sie sonst nicht sagen würden. So glaubte die ÖVP, den "SPÖ-Skandal Nr. 1" aufgedeckt zu haben: "Diese Regierung kann nicht einmal die Arbeitsplätze für Lehrlinge sichern!" Sofort schoß die SPÖ zurück: Es sei erstens gar nicht so schlimm und wenn, dann sei das die Schuld der Unternehmer, die der ÖVP nahestehen. Die Kapitalisten wieder protestierten, sie hätten noch nie so viele Lehrlinge beschäftigt wie derzeit. Was aber steckt hinter dem Wahlgeplänkel um die Jugendarbeitslosigkeit?

Mit dieser Frage hat die ÖVP ein so heißes Eisen angegriffen, daß sie sich daran beinahe selbst die Finger verbrannt hätte. Denn wie so oft, wenn die bürgerlichen Parteien in Vorwahlzeiten öffentlich ihre schmutzige Wäsche waschen, steckt hinter den Beschimpfungen ein wahrer Kern: Im Juni kamen durchschnittlich auf vier Jugendliche, die eine Lehrstelle suchten, drei freie Lehrplätze; die Zahlen haben sich in der Zwischenzeit noch verschlechtert.
Das aber betrifft nur den Durchschnitt: Denn was hat ein Jugendlicher in Vorarlberg davon, daß im Burgenland viele freie Stellen für Bürstenbinderlehrlinge sind, wenn er Textilmechaniker werden will?

Die Statistiken lassen jedoch auch einen Blick auf die Wirklichkeit zu - sie ist schlecht. Und sofort bemühen sich die Spitzen der bürgerlichen Parteien, diese Fragen wieder zum Verstummen zu bringen - die Mißstände könnten dazu führen, daß die Wähler keiner der bürgerlichen Parteien mehr ihr Vertrauen schenken.

Als die Frage der Jugendarbeitslosigkeit aufgerollt wurde, waren sich die Vereinigung der Industriellen und die SPÖ sofort einig: Es stünden ausreichend Lehrplätze zur Verfügung und außerdem sei das Ganze kein Wahlkampfthema. Wie aber steht es mit den "ausreichenden" Lehrplätzen?
Nach Angaben der Arbeiterkammer besteht derzeit ein "Loch" von über 10.000 Lehrstellen. Allein in Oberösterreich sind derzeit 2.200 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz, in Niederösterreich 1.700.

Ähnlich sieht es in Tirol und Vorarlberg aus. Hier sind aber diejenigen noch nicht mitgezählt, die deshalb, weil sie keine Lehrstelle gefunden haben, eine Hilfsarbeiterstelle annehmen mußten und so wahrscheinlich zeitlebens ohne Berufsausbildung bleiben werden, nur weil sie ihren Eltern nicht länger auf der Tasche liegen konnten.

Bei den ÖBB in Innsbruck bewarben sich bereits im März (!) für die 30 zur Verfügung stehenden Lehrstellen 100 Jugendliche, in der Elektroindustrie kommen sogar auf eine Lehrstelle fünf Bewerber.

Nach Angaben der Arbeiterkammer gäbe es derzeit in Salzburg noch keinen Mangel an Lehrstellen. Doch auch sie muß zugestehen: Das sei ein Erfolg der "Umberatung", das heißt, daß viele Jugendliche den Beruf nicht erlernen können, den sie ursprünglich wollten - was aber bleibt einem übrig, als das zu nehmen, was vorhanden ist. Auch in Salzburg ist also die Lage nicht rosig.

DAS REFORMKONZEPT DER ÖGJ

1. Die Qualität der allgemeinbildenden Pflichtschulen ist zu überprüfen und inhaltlich sowie methodisch modernen Anforderungen anzupassen.
Der polytechnische Lehrgang darf kein Wiederholungsjahr für den Lehrstoff der allgemeinbildenden Pflichtschulen sein.
Der polytechnische Lehrgang soll in enger Verbindung mit der Berufsschule geführt werden.

2. Spätestens ab der 6. Schulstufe soll berufsorientierender und berufskundlicher Unterricht in den Lehrplänen Platz finden und so eine ausreichende Vorbereitung für eine individuelle, den modernen Anforderungen entsprechende Berufsberatung schaffen.

3. Der Anteil der Berufsschule an der Berufsausbildung wird verstärkt werden müssen (2. Berufsschultag).
Die Lehrlingsausbildung darf keine Bildungssackgasse sein.

4. Sowohl im Betrieb als auch in der Berufsschule zeitgemäße Bildungsinhalte und Unterrichtsmethoden! Die derzeit bestehenden Lehrberufe sollen zu Grundberufen zusammengefaßt werden.

5. Gleichmäßige Qualität der Ausbildung, Unabhängigkeit von Konjunkturschwankungen und keine Produktionsorientiertheit!
Die einzelnen Betriebe sollen einen Berufsausbildungsbietrag in einen zu schaffenden Berufsausbildungsfonds einzahlen. Aus diesem Berufsausbildungsfond sollen anerkannte Lehrbetriebe durch eine finanzielle Förderung mit einem weitestgehenden Ersatz ihrer Ausbildungskosten rechnen können.
Höchstens 3 Jahre Lehrzeit!

6. Überwachung der Berufsausbildung und Überprüfung durch Berufsausbildungsinspektoren.

7. Loslösung der bestehenden Verwaltungseinrichtungen aus dem organisatorischen Zusammenhang mit der gesetzlichen Interessensvertretung der Arbeitgeber, Einrichtung unabhängiger, paritätisch besetzter Organe. (Im Sinne der Sozialpartnerschaft)

8. Die wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiet der Berufsausbildung ist umgehend zu intensivieren. Die Veränderung der Anforderungen in den einzelnen Berufen muß untersucht werden.

9. Bei der Reform der Berufsausbildung darf nicht auf jene Gruppe jugendlicher Arbeitnehmer vergessen werden, die noch immer aus den verschiedensten Gründen ohne Berufsausbildung ins Berufsleben treten. Für sie sind besondere Bildungsmaßnahmen notwendig.

WAS SIND DIE GRÜNDE FÜR DAS SINKEN DES LEHRSTELLENANGEBOTS ?

Viele kleinere Betriebe sind in der Konkurrenz, die sich in der Krise noch verschärft, bereits zugrunde gegangen. Die Lehrstellen, die in diesen Betrieben angeboten wurden, fallen also weg.

Viele Großbetriebe nehmen weniger Lehrlinge auf, weil die früher so oft beschworene "Gefahr der Abwanderung" nach der Abschlußprüfung nicht mehr so groß ist wie früher. Die Jugendlichen sind froh, wenn sie von der Firma weiterbeschäftigt werden, für die sie jahrelang billigste Arbeitskräfte abgaben: Man wird die Lehrlinge nach der Lehrzeit also nicht mehr so leicht los wie früher.

Die Ursache des Lehrstellenmangels ist also nicht die Unfähigkeit der Regierung oder der einen oder anderen Partei. Die Ursache ist die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus. Das aber können die bürgerlichen Parteien nicht zugestehen, da ihnen der Kapitalismus heilig und verteidigenswert ist. Deshalb versucht man, die Lage zu beschönigen und die Jugendarbeitslosigkeit zu verschweigen.

Hier aber zeigt sich deutlich die Überholtheit des Systems: Viele Jugendliche sind gezwungen herumzulungern, sie werden gar nicht in die Produktion eingegliedert. Es geht ihnen da genauso wie den erwachsenen Arbeitslosen. Sie wollen arbeiten, das kapitalistische Profitsystem aber läßt das nicht zu. Das wird so sein, solange es dieses System gibt.

nms

ÖGJ-REFORMKONZEPT:

Kein Rezept gegen Lehrstellenmangel

Die Jugendarbeitslosigkeit brennt vielen unter der Haut. Die Demonstrationen von Jugendlichen in Linz und Nettingsdorf (siehe KAZ Juni 1975) sind noch in bester Erinnerung. Seither hat sich die Lage nicht gebessert, sondern verschlechtert. Was haben die Funktionäre der Gewerkschaftsjugend für Antworten auf die Jugendarbeitslosigkeit?

Ihre Forderungen sollen beim ÖGJ-Kongreß im September zur Sprache kommen. Je näher dieser Zeitpunkt rückt, umso mehr Abstriche werden gemacht, umso verschwommener werden sie formuliert. Ihr wesentlicher Inhalt ist, für die Kapitalisten noch mehr Steuergelder bereitzustellen:

- So häufen sich die Appelle an die Behörden, Aufträge aus Steuermitteln an jene Kapitalisten zu vergeben, die die Schaffung zusätzlicher Lehrstellen zusagen.
- Es häufen sich auch die Appelle an die zuständigen Stellen, auf die Unternehmer einzuwirken, zwischenbetriebliche Lehrwerkstätten einzurichten.
- Man fordert die baldige Schaffung eines "Berufsbildungsfonds" zur Subventionierung von Lehrstellen.

Die ÖGJ-Führer hatten früher die alleinige Finanzierung durch die Kapitalisten für diesen Fonds gefordert. Inzwischen sind sie dazu übergangen, eine Stützung durch die öffentliche Hand zu verlangen.

DIE AUSBILDUNG DER ARBEITERJUGEND DARF NICHT PRIVATSACHE DER KAPITALISTEN BLEIBEN !

Es liegt im privaten Entscheidungsrecht der Kapitalisten, wie groß die Zahl der Jugendlichen ist, die eine Ausbildung über die Pflichtschule hinaus erhalten. Diese Entscheidung aber hängt vom Bedarf der Kapitalisten an Lehrlingen ab. Das sieht auch die ÖGJ. Was aber sind ihre Vorschläge?

Sie wollen den Kapitalisten die Lehrlingsausbildung durch Subventionen und Aufträge der öffentlichen Hand schmackhaft machen. Ihre Vorschläge eignen sich nicht zum Kampf gegen diese Zustände, sondern laufen darauf hinaus, daß sich die Arbeiterjugend in den Vorzimmern von Behörden und Betriebsleitungen versammelt, um um Lehrstellen zu betteln.

Sind wenigstens die Forderungen nach "zwischenbetrieblichen Lehrwerkstätten" (die laut "Glück auf!" 6/75 ebenfalls subventioniert werden sollen) oder nach Subventionierung "anerkannter Lehrwerkstätten" zielführend? Keineswegs! Denn dadurch ist in keiner Weise gewährleistet, daß es auch nur eine einzige Lehrstelle mehr gibt.

Wir Kommunisten sagen, daß die Arbeiterklasse auf die Misere im heutigen Volksbildungswesen mit der Forderung nach polytechnischer Einheitsschule und nach BESTIMMUNG DES VOLKES ÜBER DIE AUSBILDUNG antworten muß. Daß der Weg dorthin über den Kampf gegen den momentanen Zustand geht, wo die Ausbildung der Willkür der Kapitalisten unterworfen ist. So ist auch das einzig Zielführende gegen die Jugendarbeitslosigkeit und den Zwang zum Hilfsarbeiterdasein die Forderung nach

RECHT AUF BERUFSSCHULBESUCH (IN EINER KLASSE FREIER WAHL) FÜR JUGENDLICHE ARBEITSLOSE UND HILFSARBEITER!

RECHT AUF UNTERRICHT IN EINEM SOLCHEN AUSMASS, DASS SIE DIE LEHRABSCHLUSSPRÜFUNG ABLEGEN KÖNNEN !

Mit der Durchsetzung dieser Rechte ist die Ausbildung nicht mehr der Willkür der Kapitalisten unterworfen. Das ist der bessere Weg, als den Kapitalisten Steuergelder zuzuschanzen, wo es nur geht.

Hinter den Forderungen des ÖGJ-Reformkonzeptes kann sich die Arbeiterjugend nicht gegen die Folgen des Lehrstellenmangels zusammenschließen. Hinter diesen Forderungen kann weder die Arbeiterjugend noch die gesamte Arbeiterklasse gegen die herrschenden Zustände kämpfen.

Je mehr die ÖGJ-Führung aber an ihrem verwässerten Konzept hängen bleibt, umso klarer wird der Arbeiterklasse und auch den Arbeiterjugendlichen, daß auch in der Politik der ÖGJ die radikalen Kampfforderungen der Arbeiterklasse zum Tragen kommen müssen.

Die Ausbildung der Lehrlinge ist schlecht, von allseitiger Qualifikation ist keine Rede. Meist sind die Lehrlinge nur billige Ausbeutungsobjekte, die für berufsfremde Arbeiten herangezogen werden.

ARBEITSLOSENUNTERSTÜTZUNG AUCH FÜR JUGENDLICHE!

Nach der derzeitigen Rechtslage steht jugendlichen Schulabgängern, die keine Lehr- oder Arbeitsstelle finden, keine Unterstützung zu, weil sie keine Versicherungszeiten nachweisen können. Dadurch wird es über kurz oder lang zum Kampf bis aufs Messer um die Lehrstellen kommen. Das ist günstig für die Kapitalisten, um die Qualität der Ausbildung zu drücken und die Lehrlingsentschädigung niedrig zu halten. Auch werden dadurch die Jugendlichen zu Konkurrenten für die älteren Arbeiter, weil sie dann unbedingt Anlern- und Hilfsarbeiterstellen annehmen müssen.

ANERKENNUNG DER JUGENDLICHEN, DIE KEINE ARBEIT FINDEN, ALS ARBEITSLOSE!

ARBEITSLOSENUNTERSTÜTZUNG IN EINER HÖHE, DASS SIE SICH SELBST ERHALTEN KÖNNEN (WIE SIE AUCH FÜR DIE LEHRLINGSENTSCHÄDIGUNG DURCHGESETZT WERDEN SOLL)!

ÖGJ-Gruppe gegen Programm '75

In einer Gewerkschaftsjugendgruppe im 8. Wiener Gemeindebezirk gibt es seit längerer Zeit intensive Diskussionen über die Reform der Berufsausbildung.

Die Jugendlichen dieser Gruppe haben gegen das "Programm 75" gestimmt, weil sie der Meinung sind, daß es nichts an der Misere der Berufsausbildung ändert. Nur eine Aufhebung des "dualen Systems" (4 Tage Betrieb, 1 Tag Berufsschule) und die völlige Trennung der Lehrlingsausbildung vom Gewerberecht könnten eine Ausbildung im Interesse der Arbeiterjugendlichen bringen.

Die Gewerkschaftsführung ist jedoch nicht bereit, diese grundsätzlichen Forderungen gegenüber den Kapitalisten zu vertreten, im Gegenteil, auch Forderungen zur teilweisen Verbesserung der Berufsausbildung, wie etwa zwei Berufsschultage, sollen im Interesse der Kapitalisten auf die lange Bank geschoben werden.

Trotz aller Schwierigkeiten wollen die Jugendlichen aus Wien ihre Vorstellungen in der Gewerkschaftsjugend weiter verbreiten und auch gleichzeitig dafür kämpfen, daß kompromißlerische Bonzen keinerlei Abstriche vom Minimalprogramm der "Aktion 75" machen.

"RECHT AUF ARBEIT"- nur Betrug, solange eine Minderheit das Recht auf den Arbeitsertrag der Mehrheit hat !

FPÖ: 'Recht auf Arbeit' soll in die Verfassung

Auch die künftige Regierung wird dem arbeitenden Menschen dieses Recht nicht geben. Arbeitslosigkeit - während SPÖ-Plakate beruhigen: "für vier weitere gute Jahre - SPÖ", heißen die Wahlkampfschlagzeilen der ÖVP: "Diese Regierung kann nicht einmal mehr die Arbeitsplätze für Lehrlinge sichern." Putscht man die öffentliche Meinung damit nicht auf? Spielt man hier nicht mit dem Feuer? SP-Zentralsekretär Marsch hat ÖVP-Parteiobmann Taus bereits einen "Brandstifter" genannt. Nun hat die FPÖ über ihren Abgeordneten Hanreich einen Vorschlag gemacht, der beruhigend auf die Öffentlichkeit wirken soll: Er hat gefordert, daß das Recht auf Arbeit in der Verfassung verankert werden soll.

Machen sich die bürgerlichen Politiker Sorgen um die Zukunft der arbeitenden Menschen? Keineswegs. Sorgen macht ihnen, daß diese Menschen zu überlegen anfangen, was es mit der Arbeitslosigkeit auf sich hat und was sie gegen Entlassungen und gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit unternehmen könnten. Deshalb schlagen sie einen Ausweg vor, bei dem es ihnen vor allem um die "psychologischen Auswirkungen" geht. Hanreich begründet seinen Vorschlag auf verfassungsmäßiges Recht auf Arbeit nämlich so: "Der Mensch muß aus der Leibeigenschaft der Angst um den Arbeitsplatz entlassen werden." Schön und gut, soll ich keine Angst vor Entlassungen haben, muß ich mein Recht auf Arbeit jederzeit durchsetzen können. Wohin gehe ich also? Zum Verfassungsgerichtshof! Bin ich einmal dort, so klärt mich der Verfassungsdienst auf und ermahnt mich über folgende Problematik nachzudenken: "Erwächst dem Staatsbürger daraus ein Recht gegen die einzelnen Unternehmen oder gegen die Regierung? Auch würde man dann jedes einzelne Gesetz daraufhin überprüfen, ob es nicht in irgendeiner Weise arbeitsplatzgefährdend ist." ("Presse", 12,8.75) Also überprüfe ich auch noch die einzelnen Gesetze. Vielleicht bin ich jetzt schon längst entlassen, aber ich bin immerhin so weit gekommen, daß mir klar wird: Theoretisch kann ich das Recht auf Arbeit zwar einklagen, aber praktisch wird es mir auf Schritt und Tritt verwehrt in einer Gesellschaft, in der eine Minderheit von Ausbeutern das Privateigentum an Produktionsmitteln, an Fabrikanlagen und Maschinen garantiert ist.
Hier ist nämlich jedes Gesetz arbeitsplatzgefährdend, das von der Sicherung des Privateigentums an Produktionsmitteln ausgeht. Und keine der bürgerlichen Regierungen, keine der bürgerlichen Parteien würde daran denken, ein solches Gesetz abzuschaffen.

Die arbeitenden Massen haben, solange es den Kapitalismus gibt, kein Recht auf Arbeit. Denn die Unternehmer besitzen das Recht, die Arbeitskraft der Arbeiter zu kaufen, wenn sie sie brauchen, oder sie brach liegen zu lassen, wenn sie sie nicht brauchen. Sie haben dieses Recht, solange die Fabriken ihr Privatbesitz und noch nicht im Besitz der Arbeiter sind. Das beweist die Tatsache, daß heute in der Krise in den USA und in Europa die Arbeitslosenzahlen über 15 Mill. liegen, in Österreich nach offizieller Statistik bei 73.000.

Diese Tatsachen kennen auch die bürgerlichen Politiker. Und trotzdem ist ihnen das verfassungsmäßige "Recht auf Arbeit" etwas wert. So auch dem Sozialsprecher der ÖVP, Kohlmaier: "Der Gewinn für den einzelnen Staatsbürger wäre nicht sehr groß. Niemand wird jedoch gegen die Einführung eines sozialen Grundrecht-Katalogs sein." Die arbeitenden Menschen, die im Oktober zur Wahl gehen, sollen ruhig an ihr theoretisches "Recht auf Arbeit" glauben, wenn es sie nur davon abhält, gegen Entlassungen den Kampf zu führen. Wenn es sie nur davon abhält, eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung zu fordern, die es den Unternehmern erschweren würde, die Arbeiter untereinander auszuspielen. Das ist die wirkliche Logik der bürgerlichen Politiker, die hinter dem Vorschlag des verfassungsmäßigen Rechts auf Arbeit steht.

HÖCHSTE ARBEITSLOSIGKEIT IN DEN KAPITALISTISCHEN LÄNDERN SEIT 40 JAHREN!

Nach der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), einer Unterorganisation der Vereinten Nationen, hat die Arbeitslosigkeit in der Welt derzeit den höchsten Stand seit 40 Jahren, das heißt seit der Weltwirtschaftskrise 1929 erreicht. In den entwickelten kapitalistischen und imperialistischen Ländern hat sich die Arbeitslosenquote in den letzten Jahren verdoppelt. Allein 15 Millionen Arbeiter sind in den USA, Kanada, Westeuropa und Australien ohne Stellung, weitere 5 bis 6 Millionen müssen kurzarbeiten. Ein großer Teil dieser Arbeitslosen sind Jungarbeiter unter 25 Jahre. Allein in den Ländern der EWG sind 1,5 Mill. Arbeiter unter 25 Jahren arbeitslos, das sind ein Drittel aller Arbeitslosen in diesen Ländern.

g.r.

SPÖ: 'Österreich vor Arbeitslosigkeit schützen'

Eine andere Variante, die arbeitenden Menschen davon abzuhalten, die Sichtweise der Dinge von ihren eigenen Interessen leiten zu lassen, präsentiert die SPÖ. In einer Wahlbroschüre erklärt sie unter der Schlagzeile: "Jetzt haben wir Vollbeschäftigung", daß nur die Konjunkturbelebungspolitik der SP-Regierung eine tiefergreifende Arbeitslosigkeit verhindert hat. Man muß nur diese Regierung weiterarbeiten lassen, dann kann schon nichts Schlimmes kommen. Denn die Regierung pumpt "allein im Jahre 1975 47 Milliarden Schilling aus Budgetmitteln in die Wirtschaft. Dadurch werden 130.000 Arbeitsplätze erhalten - von der Bauwirtschaft bis zur Textilindustrie" steht in der Broschüre. Die statistisch erfaßten 73.000 Arbeitslosen, die statistisch nicht erfaßten entlassenen und/oder teilzeitbeschäftigten Frauen, aber auch die übrige Arbeiterklasse muß sich gut überlegen, ob das ein Argument ist, das dafür spricht, die SPÖ zu wählen und Vertrauen in ihre Politik zu setzen.

Die Budgetmittel, von denen die Broschüre spricht, sind nichts anderes als Steuermilliarden der Werktätigen selbst. Sie werden den Kapitalisten in den Rachen geworfen. Vielleicht bleibt der eine oder andere Arbeitsplatz dadurch eine gewisse Zeit erhalten, wenn für einen Staatsauftrag gearbeitet wird. Keineswegs aber die 130.000, von denen die SPÖ spricht. Insgesamt aber ändert das nichts am Steigen der Arbeitslosenzahlen. Gerade in der Bau- und der Textilindustrie, die in der SPÖ-Broschüre erwähnt werden, wird ständig entlassen. Ein zeitweiliger Aufschub der Kündigung ist das einzige, was für den Arbeiter bei den Milliardeninvestionsspritzen herausschaut.

Forts. nächste Seite

Forts.
Recht auf Arbeit

Es ändert aber nichts daran, daß den Kapitalisten im allgemeinen der Profit zu wenig ist in der Krise, und sie aus diesem Grund Arbeitskräfte entlassen. Deshalb werden sie die Gelder aus Budgetmitteln fürRationalisierungsinvestitionen verwenden, um aus weniger Arbeitern noch herauszuholen, um gegen die in- und ausländischen Konkurrenten besser bestehen zu können. Diese Gelder werden also direkt dazu verwendet, den Druck auf die Arbeiter zu erhöhen und die Freisetzung von Arbeitskraft vorzubereiten. Weiters wird ein Teil dazu verwendet, den Unternehmern bei Kurzarbeit eine Unterstützung zu zahlen. Die Gelder werden dazu gebraucht, den Kapitalisten die Exporte mit Prämien zu belohnen.

Ebensowenig wie eine Klage auf "Recht auf Arbeit" beim Verfassungsgerichtshof wird es der Arbeiterklasse nützen, wenn sie glaubt, durch die Wahl der SPÖ den Auswirkungen der Krise vorzubeugen oder sie doch in gewissen Grenzen zu halten. Die Milliarden-Profitspritze der SPÖ-Regierung oder einer anderen Regierung bürgerlichen Regierung bietet genausowenig Schutz vor Arbeitslosigkeit wie das theoretische Recht auf Arbeit praktisch irgendeinen Arbeitsplatz garantiert.

Die bürgerlichen Politiker haben eine große Findigkeit entwickelt, das Volk zu betrügen. Das muß man sehen. Darin besteht ihre Kunst. Die Zukunft der Werktätigen sichern, das können sie aber nicht, weil sie sich samt und sonders der Profitwirtschaft und der Verteidigung des Reichtums der besitzenden Klassen verschrieben haben. Die Zukunft der Arbeiterklasse liegt in ihrer Einheit gegenüber der Kapitalistenklasse und ihren Verteidigern. Ihre Zukunft liegt im Sturz der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft

Wählt nicht den Volksbetrug!
Schreibt am 5. Oktober auf den Stimmzettel:
VORWÄRTS ZUR SOZIALISTISCHEN REVOLUTION! G.H.

Das Volk muß gegen den staatlichen Raubzug auftreten !

Das vergangene Jahr brachte den Werktätigen in Österreich neben der wachsenden Unsicherheit ihres Arbeitsplatzes, neben verschärfter Ausbeutung im Betrieb, neben Preissteigerungen und steigenden Mieten auch empfindliche Erhöhungen bei Gebühren und Tarifen und wachsende Steuerlasten.

In nahezu allen Bundesländern wurden die Tarife und Gebühren für Strom, Gas, Müllabfuhr usw., und vor allem für die öffentlichen Verkehrsmittel empfindlich erhöht.

In den ersten zwei Monaten 1975 ist - verglichen mit dem Vorjahr - das Steueraufkommen der Werktätigen beträchtlich gestiegen, das der Kapitalisten um einiges gesunken (bei der Lohnsteuer kamen in den ersten zwei Monaten trotz Lohnsteuerreform um 626 Millionen Schilling mehr herein als im Vorjahr, bei der Einkommensteuer war ein Rückgang von 327 Millionen Schilling zu verzeichnen.)

Mit Beginn 1976 werden die Postgebühren um durchschnittlich 50 % hinaufgesetzt. Die Erhöhung der Fernsprechgebühren ist durchgeführt und die Anhebung der Rundfunkgebühren wurde nur vorläufig aufgeschoben.

Im selben Zeitraum, in dem Tarife und Gebühren hinaufgesetzt werden, plant der bürgerliche Staat, die Sozialleistungen zu kürzen. So soll im Rahmen eines "Sozialstopp-Programms" die Wohnungsbeihilfe gestrichen und die staatlichen Zuschüsse für die Sozialversicherungsbeiträge gekürzt werden, was zur Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge durch die Versicherungen führen wird.

Und da damit für den bürgerlichen Staat die Staatsfinanzen noch immer nicht saniert sind, soll die Mehrwertsteuer nach den Vorstellungen der SPÖ-Regierung am 1.1.1976 auf 18 % angehoben werden. Außerdem überlegt man sich in SPÖ-Kreisen auch die Einführung neuer indirekter Steuern. Bürgermeister Gratz erwägt z.B. für Wien die Möglichkeit einer Verkehrssteuer.

Dies alles wäre noch durch die Erhöhung der Organstrafmandate auf S 300,-- und durch einzelne Erhöhungen von Gebühren und Tarifen in den verschiedenen Bundesländern zu ergänzen.

Dieser massive Ausplünderungsfeldzug des bürgerlichen Staates hat seine Ursache in der Verschärfung der kapitalistischen Krise. Um die Milliardenbeträge hereinzubekommen, die durch Subventionen und Steuergeschenke an die Kapitalisten abgeführt werden müssen und um die steigenden Lasten zu decken, die zur Stabilisierung des gesamten kapitalistischen Systems zu Zeiten der Krise notwendig sind, ist der bürgerliche Staat (Bund, Land und Gemeinde) dazu gezwungen, dem Volk noch größere Lasten aufzubürden. Den Kapitalisten müssen in dieser Situation Lasten abgenommen werden. Ihnen soll ja der kapitalistische Staat den Weg aus der Krise ebnen.

Gleichzeitig führt die sinkende Konsumkraft der Massen zum Rückgang der staatlichen Einnahmen, beispielsweise aus der Mehrwertsteuer. Dies macht bei den gleichzeitig steigenden Kosten zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems für den bürgerlichen Systems für den bürgerlichen Staat den kommenden Raubzug gegen die Volksmassen zwingend notwendig.

Forts. nächste S.

Die großzügigste Investitionsförderung, die es je gab ...

In den "Salzburger Nachrichten" vom 20. Juni 1975 habe ich den nachfolgenden Zeitungsausschnitt gefunden. Dieser war Teil einer ganzseitigen bezahlten Anzeige des Finanzministeriums im Rahmen der Propagandakampagne für die Steuerreform, die erhöhte Mehrwertsteuer, die Lohnsteuerreform usw.

Nicht genug damit, daß die SPÖ die Werktätigen für dumm verkaufen will mit der Lohnsteuerreform, wo wir doch schon bei den heurigen nominalen Lohnerhöhungen die stärkere Progression der Lohnsteuer spüren werden. Nein! Sie brüstet sich in derselben Anzeige auch noch damit, was sie alles für die Kapitalisten geleistet hat, hier am Beispiel der Einkommenssteuerreformen 1973 und 1975: Die hier angegebenen Zahlen sind allerdings imposant für die Geldsäcke und Profiteure! Den Werktätigen werden sie die Augen öffnen über diese "Sozialistische Partei"! G.R.

Während in Österreich im Jahre 1969 die privaten Investitionen 67,1 Mrd S ausmachten, betrugen sie 1974 143,3 Mrd S, das ist eine Steigerung um 113,6%. Eine Rekordsumme, die zu erreichen sicherlich die steuerliche Förderung wesentlich mit beigetragen hat.

Vor allem haben die großen Einkommensteuerreformen von 1973 und 1975 den Selbständigen die großzügigen Investitionsförderungsmaßnahmen gebracht, die es je in Österreich auf dem steuerlichen Sektor gab. Hier eine Übersicht.

	1970	1975
Vorzeitige Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter	45%	75%
(in bestimmten Sondergebieten	60%)	
für betriebliche Arbeitnehmer-Wohngebäude	20%	50%
für Küchen-, Heizungs- und sanitäre Anlagen im Fremdenverkehrsgewerbe	20%	50%
Investitionsrücklage (vom Gewinn)	20%	25%
Investitionsfreibetrag	0	20%
Steuerfreiheit für nicht entnommenen Gewinn bis zur Höhe von	10%	15%
Steuerfreiheit für aufgelöste stille Reserven beim Anlagenverkauf notwendige Betriebszugehörigkeit	10-20 Jahre	7-15 Jahre

...gegen die staatliche Ausplünderung

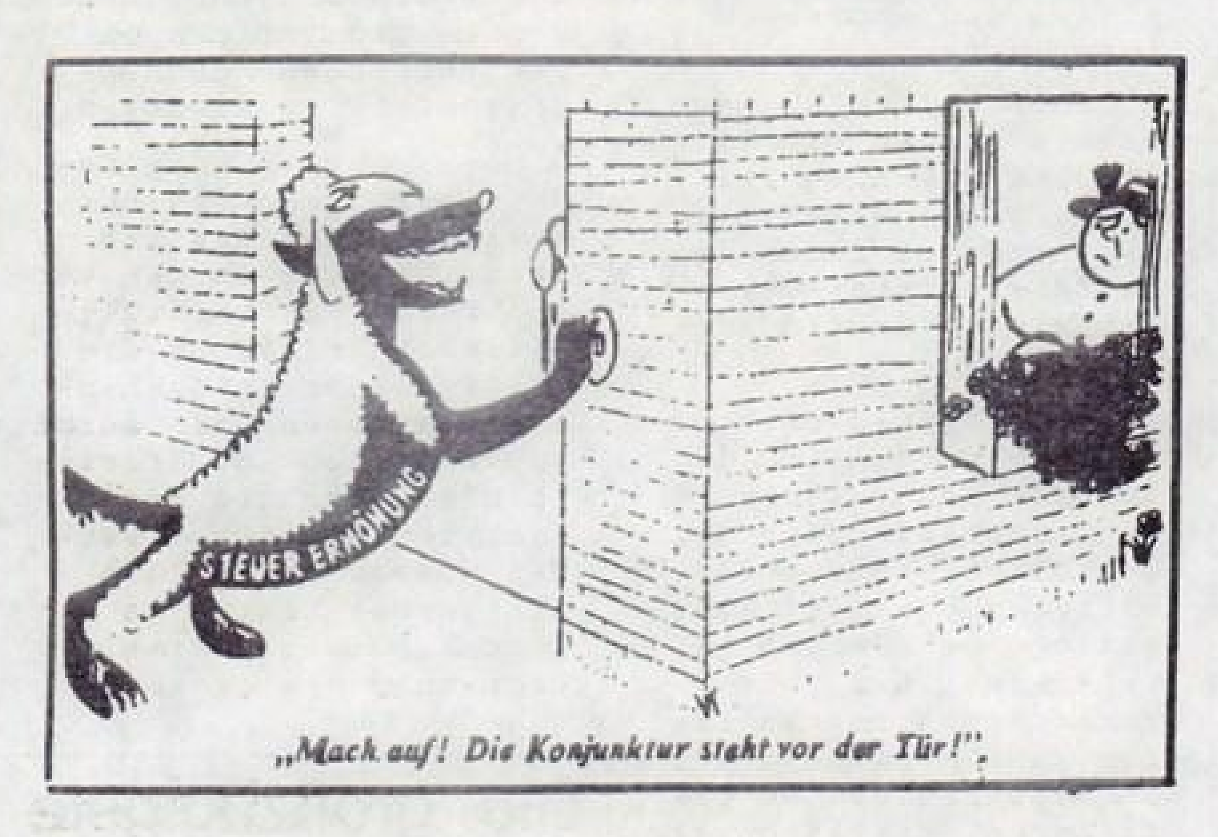
STEUERGESCHENKE AN DIE UNTERNEHMER: NICHT ZUR SICHERUNG DER ARBEITSPLÄTZE, SONDERN ZUR SICHERUNG DER KAPITALISTEN UND IHRER PROFITE

Bundeskanzler Kreisky erklärte zur geplanten Erhöhung der Mehrwertsteuer: "Die Bevölkerung wird die Erhöhung der Mehrwertsteuer als vernünftigen wirtschaftspolitischen Schritt zur Sicherung der Arbeitsplätze werten." Das Kapitalistenorgan "Industrie" offenbart mit seinen Aussagen dagegen, was von dieser Sicherung der Arbeitsplätze durch den Staat zu halten ist. Die Industrie schreibt: "Die Stützungen der öffentlichen Hand werden vor allem zu 'Strukturbereinigungen' verwendet."

In den vergangenen Jahren wurden eine Menge Steuermillionen, die in die Wirtschaft gepumpt wurden, für umfassende Rationalisierungsmaßnahmen verwendet. Das Ergebnis dieser Maßnahme war, daß viele Arbeiter "wegrationalisiert" wurden. Unter dem Druck der drohenden Arbeitslosigkeit wurde gleichzeitig in den Betrieben der Akkord hinaufgesetzt, die Löhne gedrückt. Es mußten Überstunden gemacht werden, während in anderen Abteilungen die Arbeiter kurzarbeiten mußten.

Jetzt vor der Wahl wollen sich die bürgerlichen Politiker mit Versprechungen überbieten, wer nach den Wahlen besser die Arbeitsplätze sichern wird. Sichern wird aber die Arbeitsplätze keine bürgerliche Partei, weil in der kapitalistischen Profitwirtschaft die Arbeitsplätze nur solange sicher sind, wie die Profite der Kapitalisten. Außerdem wollen die bürgerlichen Parteien alle dasselbe, nämlich unter dem Deckmantel "Sicherung der Arbeitsplätze" den Kapitalisten mehr Subventionen hineinstekken, die diese für Rationalisierungszwecke verwenden werden. Von diesen Maßnahmen aber haben die Werktätigen nichts zu erwarten.

Die bürgerlichen Politiker haben außer der Drohung mit der Arbeitslosigkeit noch ganz andere Argumente auf Lager, wenn sie den Werktätigen Maßnahmen unterjubeln wollen, die deren schmalen Geldbeutel noch mehr schmälern sollen. So sagt z.B. Androsch: "Wir stehen vor der Alternative: Mehr Steuern oder Arbeitslosigkeit, weniger Sozialleistungen, weniger sozialen Wohnbau."



„Mach auf! Die Konjunktur steht vor der Tür!"

Aber wie sieht es denn wirklich aus mit dieser Alternative? Mußten nicht vor einiger Zeit Androsch und Häuser zugeben, daß die SPÖ für 1976 das Sozialbudget kürzen will? Und daß mit der Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge zu rechnen ist, weil der Staat nicht mehr so viel zuschießen will? Und das, obwohl die Werktätigen schon heuer empfindlichere Steuerlasten zu tragen hatten?!

Haben die Steuermillionen, die den Kapitalisten in den Rache geworfen wurden, die Arbeitsplätze gesichert? In der Steiermark wurden seit 1967 bis April 1975 1,746 Milliarden staatliche Förderung den Kapitalisten hineingesteckt. Demgegenüber standen im April um die 12.000 Arbeitslose in der Steiermark.

DER BÜRGERLICHE STAAT ERHÄLT UND SCHÜTZT DIE AUSBEUTERORDNUNG DER KAPITALISTEN

Die Steuerspritzen, die der bürgerliche Staat den Kapitalisten zukommen läßt, dienen also nicht der Sicherung der Arbeitsplätze, sondern der Sicherung der Profite einer Handvoll Kapitalisten, die auf Kosten der Werktätigen aus der Krise herauskommen wollen. Und der bürgerliche Staat hilft ihnen dabei nach Kräften. Nicht nur bei den wirtschaftlichen Schwierigkeiten greift er ihnen unter die Arme. Er sorgt auch dafür, daß alle gesellschaftlichen Bereiche (vom Ausbildungswesen bis zum Gesundheitswesen) so organisiert werden, daß sie den Interessen der Kapitalisten entsprechen. Und weil ganz klar ist, daß sich die Werktätigen die Ausbeutung auf die Dauer nicht gefallen lassen werden, baut der bürgerliche Staat auch den Unterdrückungsapparat aus. Natürlich versucht er auch hier, das ganze als "Stützung der heimischen Industrie zur Sicherung der Arbeitsplätze" hinzustellen. So verpaßte Androsch der Bauindustrie eine Finanzspritze und für 300 Millionen Schilling entstand in Wien ein neues Polizeipräsidium während es bei der Fertigstellung des Allgemeinen Krankenhauses noch Jahre dauern wird. Alle diese Verschlechterungen ihrer Lebensbedingungen bringen die Massen natürlich immer mehr in Wut. Alle bürgerlichen Parteien, besonders aber die SPÖ, benutzen diesen Unmut als Vorwand, um gegen die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst (Postler und Eisenbahner z.B.) Verschlechterungen ihres Lohnniveaus und ihrer Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Die SP-Regierung spricht von den hohen Kosten, die die öffentlichen Bediensteten verursachen und daß Rationalisierungen, "bessere Zeiteinteilung" (das heißt schnelleres Arbeitstempo) und Aufnahmestopp im öffentlichen Dienst notwendig seien.

DIE MASSEN HABEN KEIN INTERESSE, DEN BÜRGERLICHEN STAAT ZU FINANZIEREN

Mit solchen Argumenten versucht die Regierung die Werktätigen gegeneinander auszuspielen und von den wirklichen Ursachen der ständig steigenden Steuer-, Gebühren- und Tariflasten abzulenken: Davon, daß das Volk mit seinen Steuern herhalten muß, für die ständig steigenden Ausgaben zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeuterordnung, damit auch in Zeiten der Krise alles so bleibt wie es ist, nämlich im Interesse der Kapitalisten.

Und gerade weil die Interessen der Kapitalisten, dieser kleinen Minderheit der Ausbeuter immer durchgesetzt werden, werden die Zustände für die Volksmassen immer chaotischer.

Nehmen wir z.B. das Verkehrswesen:
Da stopft der bürgerliche Staat Millionen und Abermillionen in eine Städteplanung, die im Interesse der Kapitalisten die Städte in ein Handels- und Bankzentrum und in Wohnsiedlungen am Stadtrand zersiedelt. Jeden Tag müssen nun tausende Menschen quer durch die Stadt zum Arbeitsplatz. Jeden Tag ersticken dann die Städte zu den Stoßzeiten im Chaos. Gleichzeitig versucht der bürgerliche Staat das durch so eine Städteplanung verursachte Chaos im Nahverkehrswesen in den Griff zu bekommen. Und obwohl er immer mehr Mittel aufwenden muß, werden die Zustände immer ärger für die Massen, während sie immer kräftiger zur Kasse gebeten werden.

Mit den Kapitalisten und ihrem Staat können die Massen gar nichts gemeinsam haben. Das ganze System ist fehlerhaft und zu ungunsten der Massen. Weder können in einem solchen System durch den bürgerlichen Staat die Arbeitsplätze gesichert werden, noch können sich

die Massen die Erfüllung ihrer sozialen Bedürfnisse erwarten. Diese können erst erfüllt werden, wenn die Arbeiterklasse die Produktionsmittel in ihre Hand gebracht hat, damit sie planmäßig die Produktion organisieren kann nach den Bedürfnissen der Massen und nicht für die Profite einer Minderheit von Ausbeutern. Dazu muß die Arbeiterklasse den Staat der Kapitalisten zerschlagen und selbst die Macht ergreifen.

ALLE BÜRGERLICHEN PARTEIEN BEFÜRWORTEN DIE AUSPLÜNDERUNG DES VOLKES DURCH DEN BÜRGERLICHEN STAAT

SPÖ, ÖVP und FPÖ schlagen für die staatliche Ausplünderung der Massen nur verschiedene Formen vor, keine dieser Parteien stellt sie aber prinzipiell in Frage. Die SPÖ-Regierung tritt offen für die Erhöhung von Steuern, Gebühren und Tarifen auf und geht dann noch mit ihrer Offenheit und Ehrlichkeit hausieren. Die ÖVP und FPÖ sind aus wahltaktischen Gründen z.B. gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer, haben aber noch niemals den Finger gegen die Fülle von Erhöhungen bei Tarifen, Gebühren und Steuern gerührt.

Die ÖVP verspricht nur: "Wir wirtschaften besser". Woher sie das Geld zur Aufrechterhaltung der Kapitalistenherrschaft, die immer kostspieliger wird, nehmen will, deutet sie nur grob an: "Wir müssen alle Opfer bringen". Bei einiger Überlegung sieht man, daß hier dasselbe angepeilt wird: Ausplünderung des Volkes durch den bürgerlichen Staat.

Die KPÖ tritt jetzt gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf. Sie äußert sich aber nirgends prinzipiell gegen das kapitalistische Steuersystem. Sie will nur, daß die dem Volk abgepreßten Steuern mehr für das Volk ausgegeben werden, obwohl die Tatsachen beweisen, daß dieser Staat eben der Staat der Kapitalisten ist, der solchen frommen Wünschen nicht folgen kann.

Allen bürgerlichen Parteien gemeinsam ist das Ziel, die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu erhalten. Und das heißt eben, daß das Volk herhalten muß.

Das Volk kann und wird aber nicht immer dafür herhalten. Es wird den Kampf dagegen aufnehmen, daß der bürgerliche Staat seine Mittel aus der Ausplünderung des Volkes bezieht. Gegen den bevorstehenden Raubzug des Staates gilt es für folgende Forderungen einzutreten:

- o keine Erhöhung der Mehrwertsteuer
- o keine Einführung neuer indirekter Steuern
- o Löhne und Gehälter bis S 10.000,-- monatlich steuerfrei
- o keine Streichung der Wohnungsbeihilfe.

Haben wir diese Forderungen schon jemals auf den teuren Werbeplakaten der bürgerlichen Parteien gesehen oder hat sie jemals ein bürgerlicher Politiker unterstützt? Nein, diese unterstützen die Forderungen und Interessen der Kapitalisten und halten deshalb die Ausplünderung des Volkes durch den bürgerlichen Staat für gerechtfertigt.

Die Arbeiterklasse und das Volk müssen daraus ihre Schlüsse ziehen:

- Erstens, daß nur im Klassenkampf gegen den Staat, ohne, ja gegen die bürgerlichen Parteien, die Arbeiterklasse und das Volk dem ungeheuren staatlichen Raubzug entgegentreten wird können, der nach den Wahlen mit voller Wucht einsetzen wird.
- Und zweitens, daß den bürgerlichen Parteien keine Stimme gegeben werden darf, denn sie werden in den nächsten vier Jahren jede einzelne Stimme dazu verwenden, ihre volksfeindliche Politik zu rechtfertigen.

Artikel, basierend auf der gemeinsamen Erklärung, beschlossen auf der Wr. Konferenz von allen anwesenden Gruppen.
Dem Artikel selbst haben nur die kommunistischen Bünde in Wien, Linz, Graz, Tirol, Salzburg/Hallein, sowie die Kommunistische Gruppe Klagenfurt zugestimmt.

Was zahlt eine Arbeiterfamilie an indirekten Steuern ?

Das Ehepaar hat ein Bruttoeinkommen von 11.327,--
Der Mann verdient 6.27o,--
Lohnsteuer 219,9o
Die Frau verdient 3.955,3o
Lohnsteuer 121,7o

AUSGABEN		PROZENTSÄTZE/ Anmerkungen	MEHRWERT- und VEBRAUCHSTEUERN
Brot etc.	3ol,lo	8 %	22,3o
Fleisch, Wurst	655,lo	8 %	48,5o
Fisch	45,5o	8 %	3,4o
Speiselöl etc.	79,7o	8 %	5,9o
Butter	49,--	8 %	3,6o
Milch	217,3o	8 %	16,lo
Käse, Topfen	7o,lo	8 %	5,2o
Eier	71,3o	8 %	5,3o
Gemüse	168,lo	8 %	12,5o
Obst	165,2o	8 %	12,3o
Zucker etc.	99,4o	8 %	7,--
Kakao, Schokolade	59,5o	8 %	4,5o
Gewürze	57,5o	8 %	4,3o
Kaffee, Tee	63,--	8 %	4,7o
Alkoholfreie Getränke	55,--	8 % plus lo %	8,4o
Alkoholische Getränke		8 % plus lo % plus lo % plus 2,12 % (Wein)	4o,8o
Mahlzeiten ausser Haus	4o2,6o	8 %	3o,--
Verschiedenes	57,3o	8 %	4,2o
Tabakwaren	132,2o	55 % plus lo (bzw. 2o)% plus 16 %	59,--
Wohnungszins	777,8o	8 %	57,6o
Wohnungseinrichtung	7ol,5o	16 %	96,8o
Heizung (geschätzt)	4oo,--	8 % plus derzeit 62,14 %	164,9o 1)
Strom (geschätzt)	84,5o	8 %	6,2o
Kleidung	968,5o	16 %	133,6o
Reinigungsmittel	141,5o	16 %	19,5o
Gesundheitspflege	343,3o	16 %	47,3o
Unterricht, Bildung	272,6o	12 % (geschätzt)	29,3o
Unterhalt	472,5o	16 % plus 25 %	137,4o
Urlaub 2)	194,5o!	2o % (geschätzt)	32,4o
Verkehrsausg.	1214,8o	16 %	167,6o
Verschiedenes	695,8o	16 %	96,--
Private Versicherungen	118,lo	8 %	8,7o
Kreditabzahlung	343,6o	0 %	-,--
Spareinlagen	571,lo	0 %	-,--
Gesamte Ausgaben = Nettoeink.	lo225,3o	davon: gesamte indirekte Steuern	1295,3o
gemeins. Lohnsteuer	341,6o		
gemeins. Sozialversicherungsabg.	76o,4o		
Gemeins. Bruttoverdienst	11327,3o	davon S 1637,-- Steuern!	

Sozialversicherung: Honorarverträge auf Kosten der Versicherten

Unter Hinweis auf die Ko

stenexplosion und einen 3%igen Reallohnzuwachs

für die "armen" Ärzte (Jahreseinkommen ca. eine Million Schilling) versuchen die Ärztebosse Piaty, Daume, Sacher & c.o., nicht ohne wachsenden Widerstand aus ihren eigenen Reihen, den Kassen horrende Honorarforderungen aufzutischen. Bis zu 20% gehen die Honorarforderungen, um die die Kassen erleichtert werden sollen. Das wäre eine runde Milliarde Schilling, die die Kassen zusätzlich für "ärztliche Hilfe" ausgeben müssten. (1974: 4,5 Milliarden)

Dabei kommen jene, die sich noch nie hinter die berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse gestellt haben, sofort mit den schärfsten Repressionen, die sie zur Verfügung haben. So kündigten die Ärzte der Bezirke Spittal, St.Veit und Hermagor in Kärnten bereits ihre Verträge mit der Gebietskrankenkasse, da diese die Forderungen der Ärzte nicht sofort erfüllte. Weitere Kündigungen

werden angedroht. Für die betroffene Bevölkerung droht ab 1.Oktober ein vertragsloser Zustand mit allen nachteiligen Folgen, wie wir sie vom "Vertragslosen" der Zahnbehandler von vor zwei jahren kennen. Kaum jemand konnte sich damals eine anständige Behandlung leisten.

Ein neues Vorbild sehen nun die Kärntner Ärzte in der Wiener Ärztekammer, der es gelang, mithilfe von SPÖ-Gebietskrankenkassenobmann Sekanina die Versicherten in einer noch nie dagewesenen Form aufs Kreuz zu legen. "Versichertenvertreter "Sekanina und sein Freund Daume von der Wiener Ärztekammer haben sich nämlich bereits hinter verschlossenen Türen auf Kosten der Versicherten geeinigt.

Das "Verhandlungsergebnis", das bis 11. September geheim gehalten werdenn soll, wird so aussehen: Die Kassen gewähren eine 12 %ige Erhöhung der Honorare und zusätzliche "Treueprämien" an die Vertragsärzte. Diese Prämie ist nichts anderes als ein Pensionszuschuß aus Versicherungsgeldern für die Herren Doktoren. Hat ein Arzt mindestens 15 Jahre einen Kassenvertrag, so soll er einen Betrag von ca, 5000 Schilling monatlich von der Versicherung erhalten, wenn er sich im Ruhestand befindet.

Selbst jene, die unter dem Banner der Kostenexplosion ins Feld gezogen sind, zünden also das Dynamit, mit dem die Sozialversicherung in die Luft gesprengt werden soll.

Angesichts solcher Mauscheleien und Machenschaften ist es kein Wunder, wenn in der Bevölkerung das Vertrauen in die Kassen immer mehr schwindet und einem Unmut über die Kassenbosse Platz macht.

Solche Schandabschlüsse sind heute möglich, weil die Sozialversicherten von den Kapitalistenvertretern und ihren Spezis aus Arbeiterkammer und Gewerkschaft in den oberen Organen der Sozialversicherung politisch und finanziell übertölpelt werden. Eine Krähe hackt da der anderen die Augen nicht aus.

Heute sind die Versicherungen einMittel der Kapitalisten und ihres Staates, die arbeitende Bevölkerung zu schröpfen. Ihr Einfluss auf die Versicherung der Werktätigen ist im ASVG (Allgemeines Sozialversicherungsgesetz) festgelegt. Im vorigen Jahr zahlten die Lohnabhängigen mehr als 35 Milliarden Schilling für die Sozialversicherung, davon etwa ein Drittel für die Krankenversicherung.

Die Arbeiter und Angestellten brauchen eine Versicherung, die in ihrem Interesse arbeitet. Denn unsere Gesundheit und unsere Arbeitskraft sind unser einziger Besitz, von dem wir leben müssen.

Daher brauchen wir eine einheitliche Sozialversicherung für alle Lohnabhängigen, deren Leitung von den Versicherten selbst gewählt undauch wieder abgewählt werden kann.

4.9.75 W.K.

"Freie Honorarvereinbarung"

Vor kurzem mußte ich wegen starker Schmerzen zum Zahnarzt. Grund war ein Zahn, der in den letzten beiden Jahren bereits dreimal "repariert" worden war.

Als ich mit aufgebohrtem Backenzahn und Zungenklemme sowie Speichelsauger im Behandlungsstuhl saß, erklärte mir der Arzt, daß es keine andere Möglichkeit gäbe, "den Zahn zu retten", als mir eine Kunststofffüllung zu verpassen. Er sagte auch, daß es "leider" keine Versicherung gäbe, die die Kosten dafür übernehme und daß ich die 700,-- Schilling (für eine Plombe!) aus eigener Tasche zu zahlen hätte.

Da ich aufgrund der Geräte in meinem Mund nicht sprechen konnte und auch nicht mit einem schmerzhaft aufgebohrten Zahn wieder weggehen wollte, gab ich ihm durch Handzeichen zu verstehen, daß er mir diese teure Plombe hineinmachen sollte. Er füllt und ich bezahlte- konnte aber noch drei Tage danach nicht richtig beißen.

Die Schmerzen haben sich in der Zwischenzeit gelegt, ich aber habe drei Tage später erfahren, daß bei einem anderen Arzt dieselbe Plombe nur S 200,--- gekostet hätte.

nms

Ein SP-Mitglied über SP-Politik

Wir drucken im folgenden das Konzept einer Rede ab, die ein Eisenbahner für eine Gewerkschaftsversammlung geschrieben hat. Aus verschiedenen Gründen ist der Kollege nicht dazugekommen, die Rede wirklich zu halten. Er hat uns gebeten, die Rede abzudrucken. Wir kommen dem nach, weil wir glauben, daß die dort ausgedrückten Gedanken über die Politik der SPÖ in ähnlicher Form sich vielen Arbeitern aufdrängen, daß diese für jeden Sozialdemokraten von Bedeutung sind. Wir sind der Ansicht, daß die in dieser Rede niedergelegten Gedanken zum Bruch mit der Sozialdemokratie hindrängen, auch wenn der Kollege heute noch Mitglied der SPÖ ist.

Werte Kolleginnen!
Werte Kollegen!

Ich möchte zur Ausgabe unseres Fraktionsblattes "das Signal" (SPÖ) vom Dezember 1974 und zur SPÖ-Politik Stellung nehmen.

Im Signal steht auf Seite vier unter dem Titel "Am 3. Dezember wurden die Weichen gestellt!" (für die Änderung des Gehalts-, Dienst- und Besoldungsrechts). Diese "Weichenstellung" gewinnt nun durch die Verhandlungsaufnahme mit 17. Juni 75 an besonderer Bedeutung. "Die Gewerkschaft mußte bei Erstellung dieses Arbeitskataloges von der Voraussetzung ausgehen, daß alle diese Fragen wenn sie einer Lösung zugeführt werden sollen, bedeutende Mittel erfordern und daß diese nicht in unbegrenzter Höhe zur Verfügung stehen".

Ja stehen diese bedeutenden Mittel nicht unseren Genossen Habringer und Fridl zur Verfügung, denen man auf unsere Kosten eine bürgerliche Existenz geschaffen hat. Allein in Oberösterreich be-

Fortstzg. nächste S.

Forts. SP-Politik

kommen die Unternehmer 50 Mill. Schilling geschenkt (sprich Subventionen). Alle Bürokraten, Bonzen, Aufsichtsratpostensammler und Kapitalisten bereichern sich auf unsere Kosten. Aber fürdie Eisenbahner ist nie das nötige Kleingeld vorhanden.

Weiters steht: "Nach wie vor muß betont werden, daß die sozialistische Regierung gesprächsbereit ist." Soll etwa die sozialistische Regierung nicht gesprächsbereit sein, wo wir "SIE" doch gewählt haben - auf einmal will sie vielleicht nicht mehr mit uns reden und überheblich sein wie gewisse Funktionäre. Ja wenn das so ist, und die Regierung nicht mehr mit uns reden will - ja dann dürfen wir eine sozialdemokratische Partei wie es die Sozialistische Partei ist, überhaupt nicht mehr wählen!!

Weiters steht: "Andererseits muß man zur Kenntnis nehmen, daß auch ein sozialistischer Finanzminister - nur weil es sich um die Eisenbahner handelt - nicht zu allen Forderungen ja sagt."
Dazu möchte ich sagen: Wir haben keineswegs einen sozialistischen Finanzminister - wir haben einen Neoklassiker - ein Mann, der am Steuersystem nichts grundlegendes ändern will - er operiert mit Steuerermäßigungen, die alle nur eine Augenauswischerei sind. Und bei der nächsten Teuerungsabgeltung trifft uns dann die Progression umso härter. Der Genosse Dr. Kubka berichtete uns in der Arbiterkammer, daß laut Durchrechnung des Statistischen Zentralamtes von 1913 bis 1967 der Anteil der Werktätigen am Bruttonationalprodukt gleichgeblieben ist. Da sieht man wieder einmal deutlich, wie es mit unserer Gewerkschaftspolitik ausschaut.

Im SPÖ-Parteiprogramm steht wörtlich: "Direkte Steuern sind der Einkommenshöhe entsprechend progressiv festzusetzen. Verbrauchersteuern auf unentbehrliche Gegenstände des Massenkonsums sind zu beseitigen, weil sie die sozial Schwächeren, vor allem die Familien, besonders hart treffen."
Dazu möchte ich sagen: Progressiv heißt erst eine Versteuerung ab einem Einkommen von S 10.000,--. Dieser Punkt wurde von unseren Bonzen bis jetzt nicht verwirklicht. Soll sich doch der Finanzminister das Geld von den Steuerhinterziehern holen.

Auf Seite fünf des eingangs zitierten "Signal" steht: "Wie schon eingangs erwähnt, ist der Topf aus dem alles das, was gefordert wird, bezahlt werden muß, nicht unerschöpflich." Der Topf, aus dem all das, was gefordert wird, auch bezahlt werden muß, ist nicht unerschöpflich!!! Darum müßten sich unsere Bonzen eben mit einem Nettogehalt von S 5.000,-- zufrieden geben. Man kann eben nicht Wasser predigen und Wein trinken.

Im zweiten Untertitel auf Seite 5 steht: Die Konsequenz - "Denken wir vor allem daran, daß eine Durchsetzung dieser Forderungen, welche sowohl von den Kommunisten (KPÖ) wie auch vom ÖAAB aufgestellt wurden, zwangsläufig dazu führen würde, das derzeitig bestehende Gehaltsübereinkommen in Frage zu stellen. Und das gerade zu einem Zeitpunkt, wo im Jahr 1975 das Gehaltsübereinkommen in seine ergiebigste Phase - eine Erhöhung der Bezüge um fast 12 % treten wird!"
Dazu möchte ich sagen: Von einer Erhöhung der Bezüge um fast 12 % kann nicht gesprochen werden, da dies lediglich eine Inflations- bzw. Teuerungsabgeltung ist, von der uns nach Abzug der Steuern (höhere Progression), der Sozialversicherung und des Gewerkschaftsbeitrages höchstens 8 % bleiben. Das bedeutet, daß wir einen Reallohnverlust von mindestens 4 % haben. Die Gewinner dieser prozentuellen Abgeltungen sind wieder nur die Beamten, die in der Gehaltsgruppe IX und X sind. Von einer Mindestabgeltung bzw. einem Sockelbetrag haben ja unsere Gewerkschaftsbonzen bisher nichts gehört.

Auf Seite 6 steht: "Jeder Eisenbahner möge nun selbst überlegen, was ihm wichtiger erscheint: Die Politik der Kommunisten und des ÖAAB, welche von parteipolitischen Erwägungen bestimmt ist, aber keineswegs dazu beiträgt, die wichtigen Probleme der Eisenbahner auch in Zukunft zu lösen - oder aber eine verantwortungsvolle Politik der sozialistischen Eisenbahner."
Dazu möchte ich sagen: Wir Eisenbahner wollen weder eine staatskapitalistische Parteipolitik der revisionistischen KPÖ, noch eine volks- und gewerkschaftsfeindliche Politik des ÖAAB in unserer Gewerkschaft; wir wollen aber auch keinesfalls eine Bremserpolitik, wie sie unsere karrieresüchtigen Funktionäre und unsere bürgerlichen Bonzen machen.

Im letzten Absatz auf Seite 6 steht: "Durch Lizitieren und Popularitätshascherei haben die Eisenbahner noch nie mehr Gehalt oder Lohn bekommen."
Es stimmt; Durch Lizitieren und Popularitätshascherei haben die Eisenbahner noch nie mehr Lohn oder Gehalt bekommen, aber durch Angstmacherei, Beschwichtigungsversuche und Bremserpolitik unserer Bonzen ebenfalls nicht!

(aus: KLASSENKAMPF, KB Linz, Aug. 75)

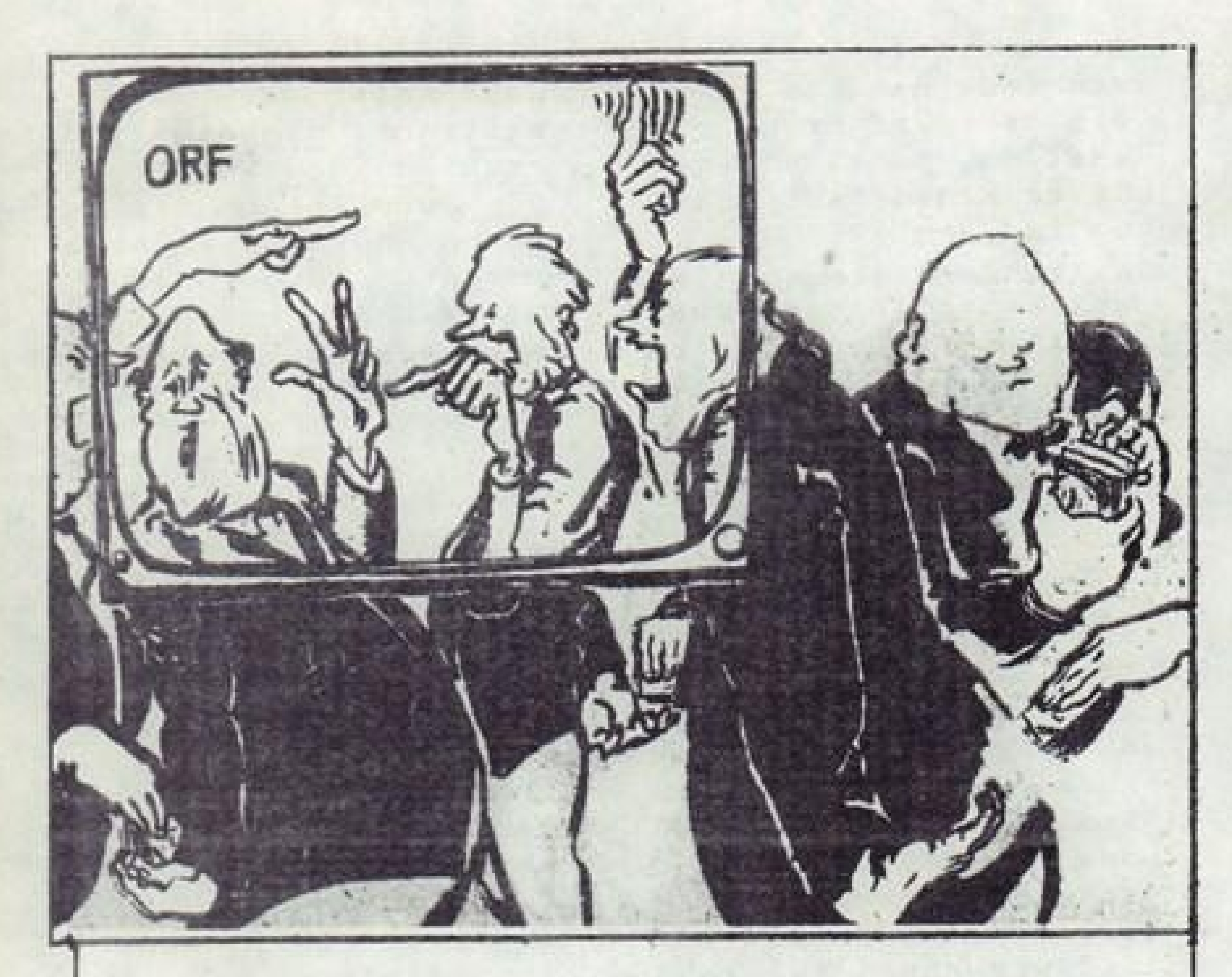
SP - Brantl will Sozialismus verscheuern

Als Rechtfertigung für die nicht gerade vielsagenden Plakate, die auch seine Partei zu diesen Nationalratswahlen aufhängen läßt, sagte der SPÖ-Werbeleiter Brantl: "Sozialismus kann ich nur in einer politisch viel bewußteren Gesellschaft verkaufen. Aber die herzustellen, ist nicht einmal den Nazis gelungen." (aus:Profil, 6.8.75)

Daß die Terrorherrschaft der Nazis alles andere als sozialistisch war, und mit diesem Markenzeichen bloß besser verkauft werden sollte, ist wohl unbestritten.

UNbestritten auch, daß die SPÖ und mit ihr sämtliche bürgerlichen Parteien danach trachten müssen, dem Volk ihre Politik als seriös zu verkaufen, denn geschenkt will sie ohnehin niemand. Bloß zahlen die Volksmassen einen hohen Preis, wenn sie sich auf derartige Geschäfte einlassen, auch dann, wenn irgendeine Partei ihr abgestandenes Bier unter dem Firmenschild des Sozialismus verkaufen will. Denn Sozialismus können sich die Arbeiter und Volksmassen von niemandem kaufen, sie müssen ihn sich vielmehr im Kampf aneignen und haben das bis jetzt noch immer getan. Sie brauchen ihn auch gar nicht zu kaufen, denn er entspringt ihrer Mitte.

Es gibt trotzdem einen Grund, warum Brantl von Sozialismus so gern in Zusammenhang mit Verkauf redet. Weil es in der Geschichte schon öfter vorgekommen ist, daß sozialistische Führer den Sozialismus verkauft haben - selbstverständlich nicht an die Massen, sondern an die herrschende Klasse.
Während die Führer der KPÖ noch nicht ganz zwei Jahrzehnte auf ihren Judaslohn vergeblich warten, und ziemlich unbegründete Hoffnungen hegen, ihn bei diesen Wahlen endlich einzustreichen, wurden die SPÖ-Führer bereits reich mit Silberlingen belohnt.
ZU solchen Führern zählt Brantl, weshalb er den Sozialismus bei Gelegenheit noch einmal verscheuern möchte . Aber die Volksmassen wollen ihn nicht und brauchen ihn nicht, seinen "Sozialismus". Weswegen Brantl im Profil abfällig die Nase rümpft.



VORNE STREITEN - HINTEN SCHMIEREN

Fall Helbich

Das System ist der Skandal

"Relativ viel Geld" sollte dem "Krönen-Zeitungs"-Schreiber Novotny dafür geboten werden, eine ÖVP-freundliche Berichterstattung in seinem Blatt unterzubringen: Der "Bautensprecher" und Abgeordnete der ÖVP Helbich hatte ihm 100.000 Schilling für "Vorschläge auf ein paar Blättern" zur ÖVP-Wahlwerbung gegeben.

Novotny nahm das Geld und gab es seinem Anwalt. Dann deckte er diesen "einzigartigen Skandal" in der "Kronen-Zeitung" auf.

Sofort trat Helbich zurück, beeilte sich die ÖVP-Führung, sich selbst reinzuwaschen und gleichzeitig die ÖVP - als besonders "gereinigt" - als besser wählbar hinzustellen.
Die SPÖ bekam vor lauter "Skandal!"-Geschrei den Hals nicht voll.

Derartige Praktiken sind aber unter den bürgerlichen Parteien alles andere als "einzigartig": Können sie doch erst auf dem Dung der parlamentarischen Demokratie gedeihen; wo Abgeordnete alle vier Jahre gewählt werden und inzwischen tun und lassen können, was ihr käufliches Gewissen verantworten kann. Offenbar kann es verantworten, sich mit Hunderttausenden Schreiberlinge zu kaufen, oder, wie in der BRD, Abgeordnete anderer Parteien. Oder sich selbst kaufen zu lassen, um für die Kapitalisten einzutreten.

Weshalb wohl konnte die "Kronen-Zeitung" den "Skandal" aufdecken - verdankt sie doch ihre Existenz Geldern, die von der SPÖdurchtränkten ÖGB-Spitze locker gemacht wurden?
Für Novotny selbst sind 100.000 Schilling <u>relativ</u> viel Geld - wieviel muß er dann für seine Dienste bei der "parteifreien Kronen-Zeitung" einstreichen?

Hinter dem ganzen Gewäsch von "Skandalen" können die klassenbewußten Arbeiter nicht vergessen, was in den Hinterstübchen von <u>allen</u> bürgerlichen Parteien bereits ausgehandelt wird: Reallohnkürzungen, Abbau der Sozialleistungen, Rationalisierungen usf.: <u>wir</u> sollen den Gürtel enger schnallen, damit <u>sie</u> um ihren Gürtel keine Sorgen zu haben brauchen.

Wenn also die SPÖ "Skandal" ruft und die ÖVP: "ist schon vorbei", so haben sie Angst davor, daß das Volk den eigentlichen Skandal sieht und bekämpft: das System des parlamentarischen Volksbetrugs, wo solche Bestechungen gang und gäbe sind.

Red.

Plakatieren darf, wer genügend Geld, Beziehungen und Staatstreue hat!

Während die vier zum Nationalrat kandidierenden Parteien einen Gutteil ihrer Wahlkampfausgaben für Plakate, Aushänge und Stelltafeln verbrauchen, werden gleichzeitig Polizisten und Richter vorgeschickt, um alle mißliebige Plakatpropaganda auszuschalten.

In Wien läuft ein Prozeß gegen drei Organisationen, darunter der KB Wien, denen boshafte Sachbeschädigung vorgeworfen wird, weil sie an Straßenbahnhaltestellen Plakate aufgehängt haben.

Der Magistrat Salzburg hat den Presseverantwortlichen des KB Salzburg/Hallein zu S 200,- Strafe oder 12 Stunden Arrest verurteilt, weil Anfang April dieses Jahres in der Stadt Plakate aufgehängt worden waren. Auf ihnen wurde zu einer Demonstration unter der Devise "Jeder Tag US-Einmischung ein weiterer Tag Krieg in Indochina" aufgerufen.

Wegen dieses Plakats haben sich auch ein paar Reinigungs- und Werbefirmen mit Geldforderungen (1.781,24 öS) angemeldet. Mit großem Eifer gehen die verschiedenen Stellen vor.

Am 11. Juli schrieb der Post- und Fernmeldeinspektor an den Verantwortlichen des KB Salzburg/Hallein eine Schadensverständigung und Ankündigung zivilrechtlicher Bestrafung.

Grund: "wildes Plakatieren politischer Studentenorganisationen von der Universität Salzburg" auf "Fernsprechzellen anläßlich der Hochschulwahlen am 14. und 15. Mai 1975". Kleiner Schönheitsfehler: Der Kommunistische Bund ist keine Studentenorganisation, hat natürlich zu jenen Wahlen nicht kandidiert und auch kein Plakat herausgegeben. Wir stellen fest, daß mit dieser aus der Luft gegriffenen Schadensverständigung die Willkür und Ignoranz der staatlichen Behörden aktenkundig geworden ist.

FREIE POLITISCHE BETÄTIGUNG WIRD EINGESCHRÄNKT

Besonders abgesehen haben es die Behörden bei ihren Nachstellungen auf diekommunistischen Gruppen, die in den letzten Jahren in mehreren Städten Österreichs entstanden sind. Die Behinderung der freien politischen Betätigung geht noch viel weiter. Von Erschwernissen bei der Anmeldung von Druckschriften bis hin zu tausenderlei Gebühren undVerordnungen. Es ist eine ganz bestimmte Sorte von Demokratie, in der wir leben. Während wir ein Flugblatt in der Nacht nur direkt anmelden können, wenn die Gunst des Polizei--journaldienstes es so will, gelten für die "Salzburger Nachrichten" beispielsweise Sondervereinbarungen. Bei einem Flugblatt mit den Forderungen nach Auflösung der Polizei und Bewaffnung des Volkes meinte der Staatsanwalt, das ginge langsam zu weit. Offenbar ist den Herrschenden die freie Meinungsäußerung und das demokratische Streben der Massen sehr zuwider. Dementsprechend groß ist die Palette der Schikanen.

Während wir jede Versammlung extra anmelden müssen, brauchen die seit 1945 bestehenden Parteien SPÖ, ÖVP und KPÖ das nicht tun (laut "Presse" vom 7.6.75).

Für die Aufstellung eines Informationstisches zum heurigen 1. Mai mußte der KB Graz über S 1.000,-- bezahlen - für die Parteien herrscht hier meist gegenseitig geduldeter Nulltarif, und das, was sie bezahlen, holen sie sich mit einstimmigen Beschlüssen von den Steuergeldern der Werktätigen zurück.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Forts. Plakatierverbot

Nun soll mit Strafen für sogenanntes "wildes Plakatieren" der Startschuß zur weiteren Einschränkung demokratischer Rechte gegeben werden. Am 19. August meinte der Wiener SPÖ-Rechtsanwalt Schächter gegenüber der "Presse": "Nicht zuletzt wegen des Wahlkampfes muß man hart durchgreifen und ein Exempel statuieren." Das sind offene Worte. Mit Androhung von Geldstrafen und Gefängnis soll mundtot gemacht werden, wer es wagt, die Vorstellung (genannt Wahlkampf) zu stören.

Wir erleben das nicht zum ersten Mal. Bei den Gemeinderatswahlen im Herbst 74 hat der Halleiner Bürgermeister Brandauer dem KB Salzburg/Hallein die Aufstellung von Plakatständern während des Wahlkampfes kurzerhand verboten. Begründung: Es seien eh schon so viele Plakate der kandidierenden Listen da.

Es ist schon merkwürdig: Gerade jene wollen das Ortsbild schützen, die selbst von Reklameindustrie und örtlichen Kapitalisten abhängig sind und oft aufs engste damit verbandelt. Aufschlußreich ist die Sonderbestimmung, die Brandauer dann bekanntgab: Für jede Stelltafel kassiert die Gemeinde pro Tag öS 5,- - wem der Bürgermeister geneigt ist, kann die Gebühr erlassen bekommen.
Solche Verordnungen sind dazu angetan, daß man sich nicht daran hält.

Der Salzburger Magistrat schreibt in seiner Straferkenntnis unter Berufung auf § 4 Abs. 1 des Ortsbildschutzgesetzes von unerlaubter Reklame (!). Gerade jene wollen die Informationsplakate kommunistischer Gruppen als Reklame bezeichnen, deren eigene Parteipropaganda tatsächlich immer mehr zu billiger Polit-Reklame wird.

Handelt es sich also beim Gerede von Ortsbildschutz und Reklame um Vorwände von Behörden, bürgerlichen Politikern und deren Winkeladvokaten? Ja, es handelt sich um Vorwände, unter denen die Ausschaltung revolutionärer Propaganda vollzogen werden soll. Zu dem Zweck soll nun in Wien ein Exempel statuiert und eine saftige Strafe verhängt werden.

Lassen wir noch einmal den Anwalt aus dem zu Beginn zitierten Zeitungsartikel zu Wort kommen: "Falls die eine oder andere Gruppe nicht in der Lage sein werde, die eingeklagte Summe zu bezahlen, wird bei der Vereinsbehörde ein Konkursantrag eingebracht werden, der sicherlich eine Auflösung des Vereines nach sich ziehen würde, erklärte Schächter. 'Die einzige Lösung des Problems wäre, bei einem künftigen Mediengesetz einen für das Plakatieren Verantwortlichen zu installieren.'"

Gut ausgedacht hat sich das der Herr Anwalt. Wer genügend Geld hat, wie etwa die Parteien, die sich auch noch mit Steuergeldern gegenseitig füttern, wer die entsprechenden Beziehungen zu den Behörden hat und wer sich zum Staatsapparat, dem Beschützer der Ausbeutungsverhältnisse und des Privateigentums an Produktionsmitteln bekennt, der hat auch volle Rede-, Meinungs- und Plakatierfreiheit.
Die Meinungsfreiheit für das Volk geht gerade soweit, als es den Herrschenden nicht weh tut. Offenbar ist das bei den Plakaten der verfolgten Gruppen bereits irgendwie der Fall.

Um sich Geltung zu verschaffen, greift der Staat auf seine hohen Beamtenbüttel, auf seine Polizeigarden und auf seine Richterkittel zurück, die allesamt abgehoben vom Volk tätig sind.

Demgegenüber stützen wir Kommunisten uns auf die werktätigen Massen, auf die große Mehrheit der Bevölkerung. Ein Arbeiter, dem "Vier weitere gute Jahre" oder ein "Miteinander, nicht gegeneinander" von den Plakaten der Großparteien zugerufen wird, wird am besten wissen, wieviel er von der kommunistischen "Reklame" zu halten hat, die über die verschärfte Ausbeutung in den Betrieben und über die dringendsten Aufgaben der Arbeiterklasse informiert.
Wenn die herrschende Klasse nicht Angst vor der Wahrheit und Angst vor dem Erwachen des Selbstbewußtseins der unterdrückten Klassen hat, weshalb dann die Hektik und die Angst vor ein paar Plakaten?

J.R.

SP und VP wollen Einfluß der Kirche im Halleiner Krankenhaus zementieren !

Bekanntlich hat die Kongregationsoberin gedroht, die zehn geistlichen Krankenschwestern vom Halleiner Krankenhaus abzuziehen, falls dort Abtreibungen durchgeführt würden. Rechtlich war aber nicht klar, ob sie in einem solchen Fall die sechsmonatige Kündigungsfrist einzuhalten hat oder nicht.

Diesem Zustand wollen die vier Mitglieder des Rechts- und Wirtschaftsausschusses Posch (ÖVP), Pitzler, Müller und Zambelli (alle SPÖ) ein Ende setzen und zwar zugunsten der Oberin. Sie haben beschlossen, folgenden Antrag auf der wahrscheinlich erst nach den Nationalratswahlen stattfindenden Gemeindevertretersitzung einzubringen:

"Der Vertrag zwischen Kongregation und Stadtgemeinde wird ergänzt durch den Zusatz: 'Sollten im a.ö. Krankenhaus der Stadt Hallein Schwangerschaftsabbrüche innerhalb der ersten drei Monate nach Beginn der Schwangerschaft im Sinne der Straffreiheit nach § 97 (1) Pkt 1 Strafgesetzbuch durchgeführt werden, ist die Kongregation der Schulschwestern von Hallein berechtigt, ohne die Pkt 12 vereinbarte Kündigungsfrist diese Vereinbarung per sofort mittels eingeschriebenem Brief aufzulösen'".

Damit soll die Drohung mit dem sofortigen Abzug der Schwestern nicht nur Drohung bleiben, sondern vertraglich abgesichert werden. Das ist das <u>offene</u> Nachgeben der Halleiner SPÖ-Fraktion den Schwestern gegenüber (wobei die Schwestern allerdings immer nur als Vorwand herhalten mußten, um die Absicht der SP zu verdecken, im Halleiner Krankenhaus alles beim alten zu lassen). Und haben damit den Beweis geliefert, wieviel die Abtreibungsreform der SPÖ-Regierung wirklich wert ist: nämlich genau so viel, daß selbst SP-Mehrheiten im Gemeinderat das mißgestaltige Fristenlösungsgesetz jedem beliebigen Verein von Pfaffen zum Fraß vorwerfen dürfen!

Schauen wir uns die Männer an, die diesen Antrag einbringen werden: Posch und mit ihm die ganze ÖVP haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß sie den staatlichen Gebärzwang für die werktätige Bevölkerung weiterhin aufrechterhalten wollen. Anders die SPÖ, die vorgab, mit dem Fristenlösungsgesetz eine Reform verwirklicht zu haben. Der Charakter dieses Gesetzes entpuppt sich aber immer deutlicher: nichts hat sich geändert, außer daß jetzt ein Privatarzt seine S 15.000,-- nicht mehr heimlich, sondern legal kassieren kann. SP-Fraktionsobmann Müller und Gewerkschaftssekretär Zambelli denken gar nicht daran, die Möglichkeiten zur Abtreibung im Halleiner Krankenhaus zu schaffen. Ebenso Landtagsabgeordneter Pitzler nicht. Bei diesem ist besonders bezeichnend, daß er dort, wo er weiß, daß er nicht durchkommt - nämlich im ÖVP-dominierten Landtag - progressiv auftritt mit der Forderung, in allen Landeskrankenanstalten sollten Abtreibungen durchgeführt werden, beim Halleiner Krankenhaus sich aber nicht einmal eingesetzt hat, die zehn geistlichen Schwestern endlich durch weltliche zu ersetzen.

Ganz im Gegenteil: hier unterstützt auch er den Dreh mit den Kongregationsschwestern. -B.Ö-

Wohnungsnot in Salzburg: "Die Dinge ihrem Selbstlauf überlassen"

Vor nicht allzu langer Zeit hatte ein gewisser Herr Hofmann, Chef des Salzburger Immobilienmarktes, im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung der Katholischen Hochschulgemeinde Gelegenheit, zu der Wohnsituation in Salzburg Stellung zu nehmen. Gleich anfangs betonte er, er wolle hier nicht politisch diskutieren (was das hieß, wurde erst etwas später so richtig klar!). Obwohl er krampfhaft versuchte, den Realitätenbüros sowie den Baugewerbekapitalisten und Wohnungsbesitzern zu unterstellen, sie alle seien doch dazu da, um der Salzburger Bevölkerung zu dienen, redete er die meiste Zeit über die Absatzprobleme der Kapitalisten und ihre Vermittler, die Realitätenbüros, die pro Vermittlung Provisionen in der Höhe von zwei bis drei Wohnungsmieten einkassieren!

7.5oo Wohnungssuchende stehen mehr als 4.5oo leerstehende Wohnungen in Salzburg gegenüber (SN, 8.8.75)

So läßt sich das Wohnungselend in Zahlen ausdrücken. Dabei ist die Zahl der leerstehenden Wohnungen eine vorsichtige Schätzung, denn eine lückenlose Erhebung ist nicht möglich: "zu groß sind die Angstgefühle der Befragten vor eventuellen Enteignungen oder Zwangseinweisungen." (lt.Amt für Statistik)

Sehr gut ist hier die Rolle des Staats (in diesem Fall der Magistrat Salzburg) zu sehen.

Der Staat schützt die Besitzer leerstehender Wohnungen, während Wohnungssuchende jahrelang in elenden Wohnverhältnissen leben müssen, weil angeblich nicht genug Wohnungen vorhanden sind.

So sieht die Wirklichkeit aus. Wie sieht das einer, dessen Geschäft es ist, mit Wohnungen zu handeln? Von einem Anwesenden gefragt, wie er sich denn die Lösung des Wohnungsproblems vorstelle, meinte er zuerst, er wolle nicht "politisch diskutieren" und vertrat dann überhaupt die Meinung, "daß sich die meisten Dinge ja von selbst erledigen, wenn man sie sich nur ihrem Selbstlauf überläßt"!

Doch die versammelten Studenten gaben sich damit nicht zufrieden und bedrängten ihn weiter, worauf er dann seine Schweigsamkeit bezüglich der Lösung des Wohnungsproblems damit erklärte, daß er "darüber nicht sprechen will und auch nicht sprechen kann", weil er sonst "hochstehende Politiker" beleidigen müßte!

Das Mädchen, das in Vertretung der Katholischen Hochschulgemeinde die Diskussion geleitet hatte, schloß die Diskussion mit der Feststellung ab, daß das Wohnungsproblem im Rahmen des Privateigentums an Produktions- mitteln, Wohnungen etc. nicht gelöst werden kann - und das ohne weitere Widerrede des Herrn Hofmann.

Mit den Wohnungen ist es im Kapitalismus wie mit allen anderen Waren: wenn sie um den diktierten Preis nicht abgesetzt werden können, werden sie vernichtet oder müssen eben leer stehen; genauso wie Arbeitskräfte entlassen werden, wenn die Herren Unternehmer keine Nachfrage mehr nach ihnen haben.

Dagegen hilft nur der Zusammenschluß der betroffenen werktätigen Bevölkerung, wie das heute in Ländern wie der BRD, Holland Frankreich z.B. schon erfolgreich gemacht wird, wo die ständigen Miet- und Betriebskostenerhöhungen nicht mehr hingenommen werden.

Auch in Salzburg sind die Mieter nicht mehr bereit, die ständigen Erhöhungen hinzunehmen und setzen richtige Initiativen dagegen.



Objektschutz – Schutz für wen?

Unlängst ist einem gewissen Reserve-Oberleutnant Hödl (Zivilberuf: Personalleiter des Elektrokonzerns Philips) etwas sehr Peinliches passiert: Es ist ihm unversehens die Wahrheit über den Zweck der Objektschutz-Kompanien herausgerutscht: Dass sie nämlich durchaus auch für den Einsatz gegen das Volk bestimmt sind.

Die Mannschaft des Ausbildners Hödl hatte eingewandt, dass sie etwa gezwungen sein könnte, auf österreichische Demonstranten zu schiessen. Der Oberleutnant daraufhin: "...Was wollen S' denn, das haben wir auch schon in der ersten Republik gehabt, damals ist ja auch das Heer zum Einsatz gekommen!" (Aus: profil, 16.7.)

Zu diesem Ausspruch haben eine Reihe kompetenter Leute Stellung genommen. Während Staatspolizeichef Peterlunger so etwas für "völlig ausgeschlossen" und "horrenden Blödsinn" hält, sehen das Brigadier Holina und Armeechef Spanocchi [illegible] etwas anders. Holina: Die [illegible]mulierung sei unglücklich, aber sicher hätten diese Kompanien auch "Recht und Ordnung im Inneren" aufrechtzuerhalten. Spanocchi: "Beides stimmt und stimmt nicht. Aber: Den Einsatz zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung scheuen wir wie der Teufel das Weihwasser!"

1967 dachte der Herr Spanocchi noch anderes. Da wollte er rechtzeitig mit seinen Panzern in Wien und Wiener Neustadt sein können, wenn die Arbeiter rebellieren. Ob er sich so stark geändert hat?

Das Bundesheer bemüht sich inzwischen fieberhaft, den Beamten einer Ergänzungsabteilung zu finden, der versucht hatte, mehr als die Hälfte der Einberufungsbefehle für die Objektschutztruppe an Mitglieder kommunistischer Organisationen zu adressieren.

J.R.

Inzwischen sind weitere Einzelheiten über den geplanten Einsatz von Objektschutztruppen bekannt geworden.

Die "Kronenzeitung" vom 10.8.75 weiß zu berichten, daß Gebiete rund um die "schutzwürdigen Objekte im Krisenfall zu Sperrzonen erklärt und entsprechend abgesichert" werden. Dazu gehört auch eine Erweiterung des Schußwaffengebrauchs bei verdächtigen Personen, die innerhalb der Sperrzone zu fliehen versuchen.

Weiter schreibt die "KZ", daß "im Arbeitsausschuß Zivilverteidigung 7 000 solcher schutzwürdiger Objekte festgestellt " wurden, sich darunter auch das Atomkraftwerk Zwentendorf.

Es sind dies sehr nützliche Informationen etwa für die Menschen rund um Zwentendorf, sollten sie darangehen, sich zum Schutz gegen die Gefährdung durch Atomkraftwerke zusammenzuschl .ßen.

Für solche "Krisenfälle" baut dieser Staat schon heute seine bewaffneten Banden aus; - zum Schutz gegen die Bevölkerung. Man wird sich beizeiten darauf einstellen müssen.

red

Nach dem berechtigten Protesten der Itzlinger Mieter versammelten sich kürzlich Mieter aus Morzg, um Schritte zu unternehmen gegen Miet- und Betriebskostenerhöhungen, die dort schon fast regelmäßig alle 6 Monate erfolgen.

fr/mm

Zwei Konferenzen kommunistischer Gruppen zur Nationalratswahl

Die Bemühungen zum Zusammenschluß der österreichischen kommunistischen Bewegung sind in ein entscheidendes Stadium getreten. Das zeigen die Diskussionen und Vereinbarungen auf den kürzlich abgehaltenen Konferenzen zur Nationalratswahl und die Entwicklung einer gemeinsamen Broschürenliteratur. Vor dem gemeinsamen Bericht über die Konferenzen noch ein paar Zeilen darüber, mit welchen Vorstellungen wir die Vereinheitlichung in Angriff nehmen.

Ohne eigene Partei kann die Arbeiterklasse den Kapitalismus nicht bezwingen

Dies lehrt die Geschichte der Arbeiterbewegung. Die Arbeiterklasse braucht nicht irgendeine Partei, sondern eine revolutionäre Partei. Diese Notwendigkeit läßt sich heute besser erkennen als noch vor ein paar Jahren, wo aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs die materiellen Köder und die ideologische Vergiftung sogar bei vielen Arbeitern den Sinn und das Empfinden für die ureigensten Ziele ihrer Klasse auslöschten. Heute werden die Arbeiter immer entschiedener zur Aktion gedrängt, wenn sie der Lohnsklaverei nicht noch erbarmungsloser ausgeliefert sein wollen. Doch auch das Sperrfeuer der herrschenden Klasse wird heftiger. Und es ist nicht nur propagandistisches Sperrfeuer.

Jeder selbständige Schritt, den die Arbeiter unternehmen, wird auf scharfe Reaktionen der Kapitalisten und ihrer Bannerträger stoßen. Bestehen und siegen kann die Arbeiterklasse nur, wenn sie sich im Kampf zur selbständigen politischen Partei bildet. Diesen Prozess zu fördern und zu organisieren ist die Aufgabe der Kommunisten unseres Landes.

Ohne in Bewegung zu geraten, kann die Arbeiterklasse keine Vorhut ihrer aktivsten und entschlossensten Kämpfer hervorbringen. Und ohne diese Bewegung durch richtige Vorschläge und Forderungen zu verbreitern und mit sozialistischem Bewußtsein zu erfüllen, werden die kommunistischen Gruppen heute keinen nennenswerten Beitrag zum Aufbau einer neuen kommunistischen Partei leisten.

Wir haben in der KAZ vom Oktober 1974 anhand der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung dargestellt, warum die Arbeiterklasse ihre eigene Partei braucht, um sich und das ganze Volk zu befreien, und warum SPÖ und KPÖ dafür nicht mehr taugen.

Nun soll durch einen Bericht über die zwei Konferenzen kommunistischer Gruppen zur Nationalratswahl und über die Reaktionen auf einen Vorschlag des KB Salzburg/Hallein zur gemeinsamen Ausarbeitung eines Programms gezeigt werden, welche Möglichkeiten zur Vereinheitlichung der kommunistischen Bewegung bestehen. Denn der nationale Zusammenschluß auf klarer politischer Grundlage ist die wichtigste Vorbedingung dafür, daß wir unseren Aufgaben im Parteiaufbau einigermaßen nachkommen, unsere politische Linie weiterentwickeln und an den verschiedenen Fronten des Klassenkampfes erfolgreich eingreifen können.

Vertreter jener sechs Gruppen, die Anfang Februar 75 in Salzburg eine Beratung über die nächsten Schritte zum Zusammenschluß der österreichischen kommunistischen Bewegung abgehalten haben (siehe KAZ vom März dieses Jahres), trafen Anfang und mitte August in Wien und Linz neuerlich zusammen. Neben KB Wien, Linz, Graz, Tirol, Salzburg/Hallein und VRAÖ(ML) nahmen auch die KG Klagenfurt und der MLB Tirol teil. Die MLPÖ (Marxistisch- Leninistische Partei Österreich) war ebenfalls beide Male eingeladen und hatte ihr Kommen zugesagt, schickte aber dann keine Vertreter.

Worum ging es bei diesen Konferenzen?

Anlaß waren die bevorstehenden Nationalratswahlen. Ziel der Treffen sollte sein: Festlegung unserer Haltung gegenüber dem Parlament und die Abfassung unserer Aufforderung an das Volk, den bürgerlichen Parteien nicht länger Vertrauen zu schenken und bei diesen Wahlen keine der kandidierenden Parteien zu wählen.

Darüberhinaus sollte ein gemeinsames Auftreten in den zur Zeit dringendsten politischen Fragen erreicht werden. Als diese wurden bei der 1. Konferenz genannt: Die Herstellung der Einheit der Arbeiter gegen die Kapitalisten unter den Bedingungen der hereinbrechenden Krise; die Mobilisierung des Volkes gegen die Plünderungsabsichten des Staates, dessen ganzes Sparprogramm darin besteht von den Armen mehr zu nehmen, um die Reichen besser zu schützen und großzügig zur Investitionstränke zu locken; schließlich verstärkte Aufklärung über die Ursachen der ständig wachsenden Kriegsgefahr und über den einzig revolutionären Weg in eine lichte Zukunft des Sozialismus und des Friedens

VERLAUF UND ERGEBNISSE DER KONFERENZEN

Es zeigte sich, daß ernstzunehmende Differenzen unter den teilnehmenden Gruppen bestehen. das sieht man schon daran, daß von drei verabschiedeten Dokumenten nur eines mit den Stimmen aller Gruppen beschlossen wurde und zwar die Resolution, auf deren Grundlage wir im Wahlkampf die staatliche Ausplünderung mit gleicher Stoßrichtung anprangern wollen. Schwieriger waren die Beratungen zu den anderen Punkten. In der Frage der Auswirkungen der Krise und welchen Weg, welche Forderungen wir als Kommunisten der Arbeiterklasse in dieser Situation vorschlagen, wurden unterschiedliche Positionen zu zwei Punkten klar, die die VRAÖ und den MLB Tirol von den übrigen Gruppen in diesen Fragen trennen: Müssen wir in den bestehenden Gewerkschaften für die Durchsetzung einer klassenkämpferischen Politik kämpfen oder nicht? Sind allgemeine Schutzforderungen gegen ungezügelte Ausbeutung der Arbeiter und zur Einschränkung der Konkurrenz unter den Lohnabhängigen nötig und richtig, oder schaden sie dem Klassenkampf, dienen sie also von vornherein und in jedem Fall der reformistischen Fesselung der Arbeiter?

Jeder wird erkennen, daß das Fragen sind, an denen wir nicht vorbeikommen auf dem Weg zur Vereinheitlichung.

Die in manchen Punkten noch unzulängliche Resolution über unsere Ausrichtung in einer Zeit wachsender Kriegsgefahr wurde von den KBs und der KG Klagenfurt unterzeichnet. Die VRAÖ hatte einen Aufruf vorgeschlagen, der mit der Losung endete: "Für die Unabhängigkeit Österreichs von den beiden Supermächten - Zusammenarbeit mit der Dritten Welt!" Wir stellen diese Losung heute nicht auf. Denn tatsächlich unabhängig (wirtschaftlich, diplomatisch, politisch und militärisch) vom Imperialismus und somit auch von den Supermächten kann nur ein sozialistisches Östorreich sein. Die Losung bringt das im ersten Teil nicht klar genug zum Ausdruckund geht im zweiten Teil noch mehr in die Richtung, der Bourgeoisie Vorschläge für ihre Außenpolitik zu machen. Das aber ist der Revolution nicht dienlich, denn Zusammenarbeit mit der Dritten Welt pflegt die österreichische Bourgeoisie ohnehin schon zusehends mehr, zwecks Ausplünderung der Rohstoffe und Arbeitskräfte. Unsere Aufgabe ist die Unterstützung der um Befreiung kämpfenden Völker und Arbeiter aller Länder, und dahingehend müssen wir auch Druck auf unsere Regierung ausüben. Außenpolitik kann die Arbeiterklasse aber erst machen, wenn sie selbst an der Macht ist.

WARUM KEIN GEMEINSAMER AUFRUF ZU DEN WAHLEN?

Der Kern unseres Auftre-

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Fortsetzung:
Konferenzen ...

tens zu den Wahlen sollte sich in einem gemeinsamen Aufruf niederschlagen. Dazu ist es nicht gekommen. Schon die unterschiedlichen konkreten Vorschläge zum Verhalten bei der Wahl weisen auf tiefer liegende Differenzen in einer wichtigen taktischen Frage hin: Sollen wir das Parlament in der heutigen nicht revolutionären Situation nutzen für die Propaganda des Klassenkampfes und der sozialen Revolution oder nicht? Die VRAÖ fordert zum "Wahlboykott" auf, die meisten anderen Gruppen haben diese Losung abgelehnt und rufen auf, die Stimmzettel ungültig zu machen, indem man "Für die sozialistische Revolution" draufschreibt. Letzteres ist nicht mehr als ein schlechter Behelf, solange wir für eine ernsthafte Kandidatur zu schwach sind. Das sind wir nicht zuletzt infolge der Zersplitterung der Kommunisten. Zu einem ernstgemeinten gemeinsamen Aufruf zu den Wahlen hätte eine genauere Einschätzung der politischen Lage im Lande gehört. Das war ein großes Versäumnis unsererseits, einen solchen Aufrufentwurf den Konferenzen nicht vorgelegt zu haben.

Demgegenüber steuerte der KB Wien ständig eine minimal mögliche Erklärung zu Wahl und Parlament an. Wir bezeichneten diese Orientierung als falsch angesichts der unterschiedlichen politischen Ausrichtung verschiedener Gruppen in den wichtigsten Fragen des Klassenkampfs. Ungeachtet dessen strebte der KB Wien eine 'Aktionseinheit zu den Wahlen' an. Die VRA hatte am Beginn der Konferenz erklärt: "Wir stehen hier vor der Tatsache, daß die vielen ungeklärten Fragen, die es unter den österreichischen Marxisten-Leninisten gibt, ohne Diskussion ganz einfach als Grundlage oder Plattform eines gemeinsamen Auftretens zu den Nationalratswahlen durchgedrückt werden sollen. Mit 'Rechenschaftspflicht der Volksvertreter' im Kapitalismus schürt man Illusionen über die Diktatur der Bourgeoisie in der Form der bürgerlichen Demokratie. Dahinter steckt ein 'demokratisches Programm' und sogenannte 'Arbeiterschutzforderungen' die die schlimmsten Opportunismus zum Kern haben, nämlich, daß es möglich sei, Institutionen des bürgerlichen Staates -über die Sozialversicherung und den ÖGB bis hin zum 'Volksbildungswesen'- 'in die Hände der Arbeiterklasse' zu bringen. Alles im kapitalistischen System, denn von der sozialistischen Revolution ist in diesem Zusammenhang nirgends die Rede. Gemahnt eine solche Linie nicht schon bedenklich an den 'friedlichen Weg der 'K'PÖ-Revisionisten?"

Es war eine falsche Vorstellung vor allem des KB Wien, solche Vorwürfe im Hinblick auf eine minimal mögliche Erklärung zu den Wahlen einfach ausklammern zu wollen.

WIE STEHT ES MIT DER VEREINHEITLICHUNG EIN HALBES JAHR NACH DER SALZBURGER BERATUNG?

Schlecht. Mit den Konferenzen zur Nationalratswahl ist der letzte der Punkte, die wir auf der Salzburger Beratung für aktuelle Zusammenarbeit vorgesehen haben, erfüllt. Nur ein Teil der Gruppen konnte sich hier einigen und das muß uns zu denken geben. Wir brauchen heute nicht mehr sagen, daß die wichtigen Fragen der politischen Linie auf den Tisch müssen. Unserer Ansicht nach liegen sie auf dem Tisch. Auch wenn die Polemik darum oft noch sehr versteckt, häufig indirekt und nicht intensiv genug geführt wird. "Die Ausarbeitung eines revolutionären Programms ist der wichtigste Schritt um das Zirkelwesen aus den Angeln zu heben." Unter diesem Titel hat die Leitung des KB Salzburg/Hallein am 7.7.75 die KB's und die KG Klgf. den Vorschlag gerichtet, gemeinsam Genossen zur Ausarbeitung eines Programmentwurfes zu beauftragen. Wir haben das damit begründet, daß diese Gruppen nach allen bisherigen Erfahrungen imstande sein müßten, sich auf gemeinsamer politischer Linie zusammenzuschließen. Das wird auch durch die Ergebnisse der Wiener und Linzer Konferenz bestätigt. Und dieser Schritt ist höchst notwendig in Anbetracht der seit Versumpfung der KPÖ größten Anforderungen, die die objektive Lage an die Kommunisten stellt. Wir haben in zwei offenen Briefen erstmals und ehrlich erklärt, daß wir uns momentan nur mit den erwähnten Gruppen ein Zusammengehen vorstellen können.

Das respektiert auch die VRA, die mit jedem ernsthaften Schritt näher zur Schaffung einer neuen nationalen kommunistischen Organisation noch stärker in die politische Auseinandersetzung hineingezogen werden wird.

Keine Rede kann davon sein wie der KB Wien vermutet, daß durch die gemeinsame Programmausarbeitung durch einen Teil der Gruppen etwa die VRA von der Vereinheitlichung ausgeschlossen wäre.

In Beantwortung der Stellungnahme des KB Wien haben wir MitteAugust im zweiten Offenen Brief als Zusammenfassung geschrieben: "--Insgesamt gesehen führte nicht eine Programmfixiertheit, sondern die offenbar auch nach der Salzburger Beratung unterschiedlichen Auffassungen der einzelnen Gruppen über den konkreten Weg zum Zusammenschluß zu nur zähen Fortschritten, wozu noch die allgemeine theoretische Schwäche der Bewegung und die immer noch geringe politische Ausgereiftheit der einzelnen Gruppen und ihre geringe politische Verankerung unter den Arbeiter- und Volksmassen kommen.

--Wir betonen die Wichtigkeit, daß jede Gruppe ihre Politik nach besten Kräften entwickelt, weisen aber die Ansichten des KB Wienzurück, daß momentan zwar vielleicht ein brauchbares Programm, aber "keine ausreichenden taktischen Grundlagen" einer nationalen Organisation geschaffen werden können.

--Wir unterstützen alle Bestrebungen zur Vereinheitlichung der Politik unter allen marxistisch-leninistischen Gruppen in Einzelfragen, sofern diese entscheidende Fragen der politischen Linie sind und uns besser beurteilen lassen, mit wem wir uns zusammenschließen können, und sofern es sich um dringende Fragen des Kampfes der Massen handelt.

--Soweit bisher zur VRA kontroverse Standpunkte aufgetaucht sind, kann man sagen, daß wir ohne weitreichende Positionsänderung auf einer oder beiden Seiten mit ihrer Politik keine Übereinstimmung herstellen können, dies nach gegenwärtigem Ermessen und Erfahrungen der vergangenen Jahre am ehesten mit den KB's und der KG Klgf. möglich ist.

--Deshalb haben wir auch an diese Gruppen den Vorschlag zur gemeinsamen Programmausarbeitung gerichtet und fordern den KB Wien auf, seine halbherzige Vorgangsweise entsprechend unserem Vorschlag zu korrigieren. (Der KB Wien schrieb, daß er "evtl. in Zusammenarbeit mit dem einen oder anderen Genossen eines anderen Zirkels" ein Programm ausarbeiten will. Bis heute hat der KB Wien nicht bekanntgegeben, ob er damit alle oder nur bestimmte Zirkel meint und warum.)

--Welche Gruppen im Parteiaufbau eine vorwärtstreibende Rolle spielen und berücksichtigt werden müssen, darf nicht von vornherein auf jene eingeschränkt werden, die sich im Zuge der jetzigen Vereinheitlichungsbestrebungen zusammenschließen."

J.R.

PORTUGIESISCHE REVOLUTION VOR ENTSCHEIDUNG:

Kein weiterer Schritt vorwärts ohne Entfaltung der Machtorgane des Volkes

Die seit Wochen schwelende politische Krise in Portugal dauert weiter an. Die Lage verschärfte sich seit der Ablösung Concalves als Regierungschef und seine umstrittene Beförderung zum Generalmajor der Armee. Gerade dort kommt es jetzt zu immer heftigeren Widerständen seitens der "gemäßigten Offiziere" um Melo Antunes. In einzelnanen Armeeabteilungen herrscht "Alarmzustand", manche Einheiten verweigern immer öfter die Loyalität gegenüber dem Kommandanten. Das Tauziehen innerhalb der MFA (Bewegung der Streitkräfte) spitzt sich zusehends auf eine Spaltung zu. Auf der geplanten Vollversammlung der MFA am 5.September wird es zu einem offenen Kräftemessen und zu scharfen Auseinandersetzungen über den weiteren Weg der Revolution kommen.

Gleichzeitig führen die revolutionären Landarbeiter im Süden die Agrarreform selbstständig weiter und im Norden nutzt die Reaktion die Unzufriedenheit der Bauern nach wie vor für sich aus: die portugiesische Revolution befindet sich damit an einer der entscheidensten Klippen seit den rechten Putschversuchen vom September 74 und März 75, es kommt jetzt auf die Entschlossenheit des Volkes an, weitere Schritte zu setzten und sich dabei vollends auf die Machtorgane der Arbeiter, Bauern und Soldaten zu stützen.

DIE PCP TREIBT EINEN KEIL ZWISCHEN ARBEITER UND BAUERN

Eine der wesentlichsten Faktoren der gegenwärtigen Krise bildet zweifellos das Wiederauftreten der offenen Reaktion in Portugal. Die Bedingungen dafür haben ihnen die Revisionisten von der PCP geschaffen. Sie haben viel dazu beigetragen, aus dem Mißtrauen der Bauern im Norden gegen alles, was mit Kommunismus zusammen hängt, erbitterte Generschaft zu machen. Die Empörung richtet sich zwar nahezu ausschließlich gegen die revisionistische PCP und die mit ihr verbündete MDP - während die kommunistischen Organisationen verschont bleiben - doch haben sie mit ihrer Politik genau die Luft geschaffen, die die Konterrevolution zum Leben braucht.

So haben sich Mitglieder und Sympathisanten der revisionistischen PCP nach dem Putsch vom 25. April in vielen Orten einfach die Stelle der alten faschistischen Verwaltungen gesetzt und deren Posten in den Gemeinden bezogen. Diese Pseudokommunisten beschränken sich in ihrer Tätigkeit darauf, in den Gemeindestuben "Politik" zu machen, statt auf Dorfversammlungen die kleinen und mittleren Bauern zur Lösung ihrer Probleme zu organisieren. Nur auf diese Art wäre es möglich, sie der Bevormundung durch die Großbauern zu entziehen und für die Revolution zu gewinnen.

Hinzu kommt noch, daß sich große Teile der Bauern im Norden in einer elenden wirtschaftlichen Lage befinden und sich daran seit dem 25.April nicht viel geändert hat. Das hat seine Ursache darin, daß sie immer noch vom Großkapital abhängig sind und vor allem die ausländischen Betriebe alles tun, um die wirtschaftliche Lage der Bauern zu verschlechtern. Damit beabsichtigen sie, die Reaktion im Land zu unterstützen. So erhöhen Firmen wie Bayer, Höchst und BASF ständig die Preise für Saatgut und Düngemittel. Auf der anderen Seite müssen die Bauern ihre Produkte wieder ans Großkapital verkaufen und hier haben die englischen Besitzer der Portweinindustrie und die Eigentümer der Kühlhäuser ihren Ankauf gestoppt.

DIE REAKTION NÜTZT DIE EXISTENZANGST UND DIE EMPÖRUNG DER BAUERN AUS

Unter diesen Bedingungen haben Dorfbonzen, Klerus und Faschisten leichtes Spiel.
Wo die Revisionisten in den Buergermeistersesseln residieren, dort sagen sie: "Seht, so wird eure Zukunft ausschauen, wenn die Kommunisten an der Macht sind. Darum kämpft mit uns gegen sie."
Die Schuld an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten können sie auch den "Kommunisten" in die Schuhe schieben, weil bis jetzt keine entschiedenen Maßnahmen zur Besserstellung der Bauern von ihrer Seite kamen. Mit dieser Volksverhetzung schaffen sie sich einen Rückhalt für ihre Aktionen. Ausgeführt werden sie aber von organisierten Banden.

Der Erzbischof von Braga hat zu einer Kundgebung "Zur Unterstützung unseres Bischofs" aufgerufen. Die Pfarrer der Umgebung haben dazu 30.000 Leute angekarrt, die sich anhörten, wie der Bischof den Haß gegen die Kommunisten predigte. Als jedoch am selben Abend das Parteilokal der "Kommunisten" in Braga in Flammen aufging, waren daran nur 500 beteiligt. Die Parteibüros in Porto, Penafiel, Moncao und anderen Orten gingen auffallenderweise genau in den Abständen in Flammen auf, die man benötigt, um mit dem Auto von einem Ort zum nächsten zu fahren.

Für die Welle des faschistischen Terrors, während der ca. 50 Parteilokale der PCP und der mit ihr verbündeten MDP zerstört wurden, zeichnet in der Hauptsache die faschistische "Volksbefreiungsarmee" ELP verantwortlich, die von Spanien aus operiert. Sie kann aber nur deshalb so erfolgreich operieren, weil die armen Bauern in der Revolution noch keine



Immer mehr Soldaten stellen sich auf die Seite des Volkes im Kampf um Volksherrschaft und Sozialismus

bessere Zukunft für sich selbst sehen. Dort, wo sie diese Grundlage für ihre Aktionen nicht findet, verzichtet die Reaktion auf die einleitenden Massenversammlungen. Die Bombe, die im Landwirtschaftsministerium in Lissabon explodierte, wurde vom Zimmermann Resende gelegt. Er "war früher Mitglied der faschistischen 'Portugiesischen Legion'; anscheinend explodierte ihm die Bombe, die er legen wollte, in den Händen. Resende soll häufig nach Spanien gefahren sein, und dort Kontakt gehalten haben mit dem unter dem Vorwurf des Betrugs und Devisenvergehens für kurze Zeit verhafteten und dann wieder freigelassenen portugiesischen Großbankier und Finanzier Brito." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.8.75)

Die offene Reaktion wittert wieder Morgenluft in Portugal. Damit ihre Hoffnungen auf ein Portugal unter der Herrschaft der Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer nicht in Erfüllung gehen, müssen ihr die fortschrittlichen und revolutionären Kräfte entschieden entgegentreten. Das können sie allein dadurch, daß sie die Mißstände, die die Reaktion gegenwärtig noch ausnützen, revolutionär beseitigt. Nur dann kann die Revolution wieder an Schwung gewinnen, so wie nach den vereitelten rechten Putschversuchen im September 74 und im März.

VERSCHÄRFTES TAUZIEHEN UND KRÄFTEMESSEN IN DER MFA

Unter dem Druck der politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten traten in den letzten Wochen auch aus der MFA drei Offiziersgruppen mit ihren Programmen an die Öffentlichkeit. Das "Dokument der Neun", verfaßt von einer Gruppe "gemäßigter" Offiziere um den ehemaligen Außenminister Melo Antunes, schließt sich einem weitverbreiteten Unmut über die undemokratischen Praktiken der PCP an und brandmarkt sie als "bürokratischen Dirigismus". Sie erklären, daß sie das "Modell der sozialistischen Gesellschaft Osteuropas" und das "Modell der sozialdemokratischen Gesellschaft, das in vielen Ländern Westeuropas in Kraft ist" ablehnen. Zur Behebung der Wirtschaftskrise schlagen sie eine verstärkte Zusammenarbeit mit EFTA und EWG vor und zur Lösung der politischen Krise eine Stärkung der Autorität der Regierung und der MFA. Darüber hinaus enthält das Dokument jedoch keine konkreten Vorschläge. Einer der Unterzeichner, Costa Neves, sprach selbst davon, daß die Zielvorstellungen der Unterzeichner teilweise sehr verschieden seien und daß Einigkeit nur im Negativen bestanden habe.

Genau wie diese Gruppe von Offizieren setzen auch die Revisionisten von der PCP nicht auf die Kraft des Volkes. Während jene sich an das EWG-Kapital um den Preis der politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit anbiedern, setzt die PCP alles daran, in Regierung und MFA mit Vasco Goncalves bzw. dessen Nachfolger Azevedo und einigen Generälen die entscheidenden Posten zu halten. Ihre Revolution will sie per Erlaß einführen: "Die Bauern im Norden folgen eben leider zur Zeit den Faschisten und wir haben nicht die Zeit zu langwieriger Aufklärung. Deshalb brauchen wir eine starke Regierung, die die Autorität der Revolution im Norden durchsetzt." Dieser Standpunkt eines PCP-Mitglieds deckt sich mit der Aussage seines Parteichefs Cunhal. Als vorrangige Aufgaben bezeichnet dieser die Verhinderung konterrevolutionärer Gewalttätigkeiten, Säuberung des Staatsapparats sowie Zentralisierung und Effektivierung des Machtsystems. Dazu müsse das Problem der Regierung

---

Auszüge aus dem COPCON-Papier

KRITIK AM "DOKUMENT DER NEUN"

1. Die Lösung der gegenwärtigen Lage, für die das MFA in hohem Maße verantwortlich ist, kann nicht mit rechtsgerichteten Heilmitteln gefunden werden, wie es das Dokument vorschlägt, das zu dieser Stellungnahme geführt hat. Es ist sicher nicht die Aufrechterhaltung von Bündnissen in derRegierung, die ein Voranschreiten beim Aufbau des Sozialismus gestatten wird. Nicht die gleichzeitige Ablehnung der Sozialdemokratie, des Staatskapitalismus, der Volksdemokratie und der Errungenschaften der werktätigen Klassen wird es diesen erlauben, die Führung des Prozesses zu übernehmen oder auch nur die schon erreichten Positionen zu festigen.

Der vorgelegte Vorschlag führt zum Bodengewinn der Rechten, indem er ihr ein Manövrierfeld zur Zerstörung der Revolution öffnet – ungeachtet der demokratischen und patriotischen Absichten derjenigen, die das Dokument unterschrieben haben.

2. Die vorgelegte wirtschaftliche Perspektive der Stärkung der Verbindungen mit der EG und EFTA würde die Unterwerfung des Landes unter eine schändliche wirtschaftlich-finanzielle und politische Abhängigkeit verstärken; wer noch Illusionen über ihre Absichten hatte, verlor sie völlig angesichts der letzten Forderungen, die zur Konkretisierung der „Finanzhilfe für Portugal" gestellt wurden. Die Wiederbelebung der Privatinitiative mittels massenhafter Investitionen des ausländischen Finanzkapitals führt zum schlichten Verlust der nationalen Unabhängigkeit. Es reicht nicht zur Maskierung dieses Unheils, wenn man sagt, daß man auch mit der Dritten Welt und den Ländern des Ostens Handel treiben müsse. Nicht indem man dem Imperialismus die Tore öffnet, kann es gelingen, eine korrekte Entkolonialisierung der noch unter portugiesischer Verwaltung befindlichen Gebiete, die gleichfalls Opfer der imperialistischen Ausbeutung sind, zum Abschluß bringen.

3. Nicht indem man einePosition über den Parteien einnimmt, ohne Abgrenzung gegenüber den Rechtsparteien, kann man die Glaubwürdigkeit wiedergewinnen ... Wie kann sich ein Plan links nennen, der die Rolle der Massen verschwinden läßt und der die Aktion ihrer Avantgarden ablehnt?

Wie kann man das Tempo der Nationalisierung „kritisieren"?

Soll es durch den Verbleib des Besitzes an den Produktionsmitteln in den Händen der Bourgeoisie sein, daß diese in den Dienst am Volk gestellt werden?

Wie kann man das Kazikentum (ländliches Bonzentum) und die Rolle des Klassenkampfs zu seiner Zerstörung ignorieren?

Wie kann man zur Eintracht aufrufen, ohne zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten zu unterscheiden?

VORSCHLÄGE DES COPCON

7. Ein revolutionäres Programm zur Lösung der Lage muß vor allem über die Verwirklichung des Bündnisses MFA-Volk laufen, dessen Garant die Führung der Arbeiter bei der Lösung ihrer Probleme ist. Ohne diese Beteiligung ist der Sozialismus unmöglich. Also muß man eine Organisationsstruktur der Volksmassen auf die Beine briggen, mit der Bildung und Anerkennung von Dorf-Fabrik- und Stadtteilräten; das müssen die Organe sein, mit denen die Werktätigen Entscheidungen treffen können, um ihre eigenen Probleme zu lösen. Diese Machtorgane der Werktätigen müssen ein Instrument für wirtschaftliche Lözungen, für gesellschaftliche Planung (Schulen, Krankenhäuser, Wohnungspolitik, Verkehrsmittel) sein. Sie müssen schiießlich die wahrhaften Organe der politischen Macht sein – die einzige Barriere, die fähig ist, sich siegreich der faschistischen und imperialistischen Aggression entgegenzustellen.

4. Portugal muß mit der Abhängigkeit vom Imperialismus Schluß machen – eine Abhängigkeit, die der Gund für die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist. Es muß aufhören, finanziell und technologisch von den imperialistischen Ländern abzuhängen, selbst wenn man dazu Industrien vorübergehend einstellen oder umwandeln müßte, die in unserem Land errichtet wurden, um die billige Arbeitskraft der portugiesischen Werktätigen auszubeuten.

Zu diesem Zweck muß man auch mit der Unterwerfung unter EG und EFTA Schluß machen, die eine Politik der Erpressung gegenüber Portugal praktiziert haben. Für eine Wirtschaftspolitik wahrhafter nationaler Unabhängigkeit muß unser Land:

a) sich anlehnen an die Länder der Dritten Welt bevorzugt die Zusammenarbeit mit den alten portugiesischen Kolonien betreiben, in neuen Formen der Gleichheit und Brüderlichkeit;

b) Handels- und Kooperationsbeziehungen aufrechterhalten und herstellen mit allen Ländern der Welt auf Grundlage des gegenseitigen Vorteils.

Unter diesen Bedingungen wird unser Land in der Lage sein, über die Blockade des Imperialismus zu siegen, durch dessen innere Widersprüche, von denen einer die öffentliche Meinung der betreffenden Länder ist und vor allem die Solidarität der betreffenden werktätigen Klassen und der Völker der Dritten Welt, für die unser revolutionärer Prozeß eine enorme Hoffnung und einen Faktor von Einheit und Kampf darstellt.

Von den Vorschlägen der COPCON-Gruppe haben wir nur die zwei mit den wichtigen grundsätzlichen Positionen ausgewählt. Gerade in der Haltung zu diesen Problemen besteht der markanteste Unterschied zu den anderen Strömungen der MFA. Das Dokument enthält auch konkrete Vorschläge wie die Unterstützung der Landwirtschaft, die Verbesserung der Wohnungssituation unter der Kontrolle der Bewohnerkommissionen, die Unterstützung der Angolaflüchtlinge, die Verbesserung der Gesundheitsversorgung usw.

und die Koordinierung zwischen Regierung und Streitkräften neu untersucht werden. Von der notwendigen revolutionären Gegenoffensive des Volkes ist keine Rede. Nicht das Volk soll nach deren Vorstellungen der Aktivität der Faschisten ein Ende setzen, sondern der bestehende Machtapparat, der "starke Staat" soll der Regierung endlich auch im Norden Respekt verschaffen. Die inzwischen erfolgte Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Vizeadmiral Azevedo wird das Tauziehen der verschiedenen Lager in der MFA verstärken. Sollte es zur geplanten Vollversammlung der MFA dem "Soldatenparlament" kommen, wird es zu einem offenen Kräftemessen und zu scharfen Auseinandersetzungen um den weiteren Weg der Revolution kommen.

"MACHTORGANE DER ARBEITER MÜSSEN AUFGEBAUT WERDEN"

Außerdem gibt es in der MFA noch eine Gruppe von Offizieren, die sich in vielen Fragen auf die Seite des Volkes stellen. Sie greifen Initiativen der Arbeiterklasse und des Volkes auf und vertreten sie in der MFA. Das COPCON-Papier der Offiziersgruppe um den Sicherheitstruppenkommandanten Carvalho (siehe Kasten) ist das politische Manifest dieser Tendenz. Diese Gruppe ist zwar gegenwärtig noch nicht bereit, die Institution MFA anzutasten und die 'demokratischen und patriotischen' Absichten von MFA-Offizieren in Zweifel zu ziehen. Sie halten auch Illusionen aufrecht, daß die derzeitige Armee nie gegen das Volk vorgehen werde. Tatsächlich bildet aber dieArmee unter dem Kommando eines bürgerlichen Offizierskorps eine der wichtigsten Stützen der Bourgeoisherrschaft. Daß in Portugal gegenwärtig die MFA einigen Einfluß in der Armee hat, bedeutet nur, daß sie die Bourgeoisie nicht völlig unumschränkt einsetzen kann.

Nur wenn die Arbeiterklasse und das Volk Teile aus der bestehenden Armee herausbrechen und diese zusammen mit eigenen bewaffneten Formationen unter das Kommando von Organen der Volksmacht stellen, werden die entscheidenden Voraussetzungen für das weitere revolutionäre Vorgehen gesetzt.

Bei der Durchführung dieser immer dringenderen revolutionären Aufgabe hindern allerdings noch Illusionen über die "Volksfreundlichkeit" der derzeitigen Armee. Dennoch bedeutet die Anwesenheit dieser Offiziersgruppe des COPCON in der MFA und die Tatsache, daß die MFA die Staatsmacht noch inne hat, einen wesentlichen Zeitgewinn für die Arbeiterklasse und die revolutionären Kräfte. Die Revolutionäre unterstützen diese Fraktion, insoweit sie die Interessen des Volkes vertritt.

Das Dorf-, Fabrik- und Stadtteilrätesystem, für das die COPCON-Offiziere in ihrem Papier eintraten, und für das am 20. 8. in Lissabon 100.000 demonstrierten, ist zwar noch schwach entwickelt, dennoch gehen schon heute von klassenbewußten Belegschaften und ihren Räten wichtige Initiativen aus. So widersetzten sich die Arbeiter der Düngemittelfabrik Petrochimica einer vom Konzern geplanten Preiserhöhung für Nitrat, um die armen Bauern zu unterstützen. Als wichtige Aufgabe ihrer Fabrikkommission beschlossen sie die Preiskontrolle im Konzern. Der fortschrittliche Teil der MFA ist dieser Initiative gefolgt und hat verlangt, daß der Staat die gesamte Kartoffel- und Weinernte aufkauft, das Monopol für den Fleischaufkauf übernimmt und eine sofortige Preissenkung für Saatgut, Düngemittel und Schädlingsbekämpfungsmittel um bis zu 50 % durchsetzt.

Die Konsequenz aus diesen Maßnahmen und die einzig dauerhafte Verbesserung der elenden Lage der Bauern kann nur in der Enteignung des Kapitals und hier insbesondere der bisher verschonten ausländischen Unternehmen bestehen. Darauf spitzt sich der revolutionäre Prozeß in Portugal jetzt zu. Portugal kann sich aus der Abhängigkeit vom Ausland nur befreien durch Enteignung der ausländischen Konzerne und die Abwehr jeglicher Einmischungsversuche seitens der Imperialisten, welche immer mehr zunehmen.

-b-

„Das Land dem, der es bebaut!"

Aus einer port. Zeitung über Landbesetzungen



Reisaussaat in einer südportugiesischen Landwirtschaftsgenossenschaft

Im ganzen Alentejo versuchen faschistische Großgrundbesitzer alle möglichen Manöver und Sabotageakte, um die Landarbeiter zu spalten und sie abzuhalten von ihrem gerechten Kampf für bessere Lebensbedingungen und für das Recht auf das Land, das sie bebauen. Schon 2 mal haben sie sich bei der Regierung versammelt, um auf die Landarbeiter Druck auszuüben:
Das zeigt, daß sie organisiert sind und daß wir sie entweder hinfegen müssen oder daß sie wieder an Kraft gewinnen und sich wieder auf uns stürzen.
Den Weg, den wir gehen müssen, zeigen die Landarbeiter, die in der letzten Zeit die Höfe besetzt haben, auf denen Sabotage geübt wurde.
In Aguiar z.B. haben die Arbeiter von Casqueira, die der Großgrundbesitzer Sedas Pacheco nicht bezahlte, sich organisiert und den Hof besetzt. Die Regierung und die Streitkräfte haben die Besetzung zunächst nicht anerkannt, aber da die Arbeiter fest blieben, mußten sie es doch tun. Aber sie haben kein Geld geliehen, und das Volk selbst mußte das Geld geben, damit die ausstehenden Löhne bezahlt werden konnten. Daraus haben die Arbeiter aus Meceda auch gelernt, und als Antonio Torres sie drei Wochen lang nicht bezahlt hatte, haben sie den Landbesitz und die Maschinen für sich gefordert, zumal Torres das alles hätte bezahlen können, weil sie für ihn gearbeitet hatten. Durch starke Einigkeit und organisiertes Auftreten haben sie eine sofortige Ankerkennung der Gesetze erreicht; Die Besetzung wurde auch deshalb anerkannt, weil Torres ökonomische Sabotage getrieben hat, indem er das Heu verkommen ließ und die Bewässerungsanlage nicht benutze.
Auf dem Hof von Casoes, der dem Faschisten Brahquinho gehörte, wollte der Gutsbesitzer die ARbeiter nicht mehr bezahlen. Außerdem ließ er die Schweine nicht mehr füttern und erklärte gegenüber den Arbeitern, wenn die Schweine stürben, wäre es auch gut. Angesichts dieser Lage haben die ARbeiter im Hof mitsamt den Maschinen und dem Vieh besetzt und warten jetzt auf die Anerkennung. Hunderte von Arbeitern haben schon erkannt, daß man auf die Agrarreform nicht warten darf, sondern daß man sie sich erkämpfen muß. Wenn die Arbeiter des Hofes von Vale de Melao auf die Agrarreform gewartet hätten, hätten sie erlaubt, daß der Großgrundbesitzer Barroso seine letzten 400 Kühe von

Volksjustiz: Landarbeiter freigelassen

Die revolutionäre Bewegung des portugiesischen Volkes gewinnt an allen Fronten an Stärke. In dem Prozess gegen den Landarbeiter Jose Diogo ist die Furcht der bürgerlichen Klasse vor der Volksbewegung offen zu Tage getreten. Das Gericht hat es nicht gewagt, die bürgerlichen Gesetze anzuwenden. Jose Diogo war seit einem Jahr im Gefängnis. Er war angeklagt, seinen Großgrundbesitzer ermordet zu haben. Dieser Großgrundbesitzer war als Faschist bekannt und als Unterdrücker der Arbeiter und als Feind des Volkes in Castro Verde verhaßt. Unter der Caetano-Herrschaft hat er die Landarbeiter geprügelt und sie hinterher noch ins Gefängnis und zur Geheimpolizei gebracht. Unter der neuen Regierung beachtete er die neu festgesetzten Mindestlöhne und die neu festgesetzten Wochenstunden nicht. Als Jose Diogo sich weigerte, über die vorgeschriebene Stundenzahl zu arbeiten, wurde er entlassen. Da er Frau und Kinder hat und nicht wußte, wie er sie ernähren sollte ging er nach einer Woche wieder zum Gr-oßgrundbesitzer, um ihn um Arbeit zu bitten. Dieser warf ihn brutal hinaus, und im Zorn und aus Verzweiflung zog Jose Diogo das Messer. Das Volk hat erkannt, daß es eine Verurteilung von Jose Diogo verhindern und für seine Befreiung kämpfen mußte. Denn mit einer Verurteilung würde die alte Ordnung der Feudalherren, die das Volk bis aufs Blut aussaugen, bestätigt, während das Volk noch vergeblich darauf wartet, daß die alten Faschisten vor Volksgerichte gestellt werden. Das Ziel war, den Prozess umzuwandeln in ein Tribunal gegen die alte Ordnung und eine VErurteilung der Unterdrücker des Volkes.

Eine breite Solidaritätsbewegung für Jose Diogo forderte seine Befreiung. Nach dem Vorschlag der Vereinigung der ehemaligen politischen antifaschistischen Gefangenen wurde ein Volkstribunal gebildet, das sich aus acht Delegierten aus acht Fabriken und zehn Landarbeitern aus dem Gebiet von Castro Verde zusammensetzt. Dieses Volkstribunal wird im Interesse des Volkes urteilen und wird Jose Diogo freisprechen. Die Vertreter des Volkstribunals werden nach dem Urteilsspruch sofort nach Lissabon fahren und ihre Entscheidung der Versammlung der MFA mitteilen. Sie werden die MFA auffordern, ihr Urteil anzuerkennen.

Am 25.7. sollte das bürgerliche Gericht über Jose Diogo urteilen, doch die breite Solidarität der Massen erreichte, daß das Gericht vor der Entscheidung zurückschreckte. Das GEricht beschloß, die VErhandlung auf den 1. Oktober zu verschieben, und auf Antrag des Verteidigers, Jose Diogo gegen eine Kaution von 5o.ooo Escudos freizulassen. Die Summe wurde nach einem Aufruf im Radio innerhalb kürzester Zeit von der Bevölkerung Lissabons zusammen gebracht.
Diese Entscheidung des Gerichtes ist ein vorläufiger Sieg des Volkes auf dem Weg, der bürgerlichen Klasse das Recht streitig zu machen, über das Volk zu urteilen, und ein Schritt hin zur Errichtung von Volksgerichten, die vom Volk gewählt werden und im Interesse des Volkes urteilen.

---

den 18oo, die er vorher hatte, auch noch verkauft hätte und daß er alles hätte verderben lassen: Die Tomaten, den Rest der Düngemittel, den Mais und das Viehfutter

Aber die Arbeiter haben es nicht erlaubt, sie haben den Hof besetzt. Jetzt spricht man wieder davon, daß es verboten ist, die Höfe zu besetzen. Aber wir können nicht die Hände in den SChoß legen, während die Großgrundbesitzer Sabotage betreiben; die Antwort kann nur sein: Besetzung.

DAS LAND SOLL DEM GEHÖREN, DER ES BEARBEITET.

Die Regierung und die Streikräfte können nur 2 Positionen einnehmen: Entweder sie sind auf der Seite der Großgrundbesitzer und erlauben Sabotage, oder sie sind auf der Seite der Landarbeiter und unterstützen die Besetzungen.
VORWÄRTS MIT DER AGRARREFORM! DAS LAND DEM, DER ES BEBAUT!
(Aus Voz de Povo, Organ der UDP, vom 22. Juli)

Nach Vietnam jetzt Angola:

"Humanitäre Evakuierung"

Die USA und die Sowjetunion lassen nichts unversucht, sich in die Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, um sie in ihre Abhängigkeit zu bringen. Beide wenden zu diesem Zweck die verschiedensten offenen und versteckten Mittel an. Ein solches stellt die "humanitäre Evakuierung" dar.

Durch den Bürgerkrieg in Angola, den die beiden Supermächte und andere Imperialisten kräftig anfachen, gibt es dort eine ständig wachsende Zahl von Auswanderwilligen. Aus diesem Flüchtl-ingselend wollen nun die beiden Großmächte einen weiteren Vorteil ziehen. So erklärten sich die Vereinigten Staaten bereit, eine Luftbrücke zwischen Luanda und Lissabon zur Evakuierung der Flüchtlinge einzurichten. In einer Aussprache mit dem portugisischen Staatspräsidenten "präzisierte" der amerikanische Botschafter Frank Carlucci, daß ein mögliches Abkommen "strikt auf humanitärer und nicht politischer Grundlage" geschlossen werden würde. Wenig später lag auch ein Angebot der Sowjetunion im portugisischen Außenministerium vor, rein humanitär - versteht sich - "bei der Evakuierung der Flüchtlinge behilflich zu sein". (Le Monde, 28.8. u. 1.9.'75)

Fast kommen einem angesichts dieses Gerangels um Hilfeleistung die Tränen der Rührung. Und man würde weinen, hätte es soetwas nicht schon einmal gegeben - in Vietnam. Dort hat die USA "Flüchtlingshilfe" betrieben nach dem Motto: "Babys raus und Bomben rein"- die Eva-

Für die Rückkehr der in Angola stationierten Truppen und gegen die Entsendung weiterer Soldaten in die ehemalige Kolonie demonstrierten in Lissabon Angehörige von Armee-Mitgliedern. Gleichzeitig weigerten sich zahlreiche Soldaten, an Bord der Flugzeuge zu gehen, die sie nach Angola bringen sollten.

Spanien: NEUE TERRORGESETZE

Nur äußerster Terror kann das Regime noch halten

Am 29.8. hat ein Militärgericht in Burgos die zwei baskischen Antifaschisten Antonio Garmendia und Angel Otaegui zum Tode verurteilt. Noch einen Tag vor dem Prozessbeginn hat der spanische Ministerrat ein Sondergesetz beschlossen, das über ganz Spanien den faktischen Ausnahmezustand verhängt und selbst für Sympathisanten von "Terroristen" die Todesstrafe vorsieht. Weiters können nach diesem Gesetz die faschistischen Bluthunde von der Gardia Civil und BPS (Brigada Politico Social- polit. Spezialtruppe) ohne gerichtliche Anordnung willkürliche Festnahmen auf unbegrenzte Zeit und Hausdurchsuchungen jederzeit durchführen.

Aus Protest gegen den Prozess und das Sondergesetz beteiligten sich in Euzkadi (Baskenland) über 15o.ooo am Generalstreik.

Das faschistische Franco-Regime weiß, warum es zu Todesurteilen und Ausnahmegesetze greifen muß:

Es kann nur noch durch äußersten Terror die Macht halten.

So wurden seit der Verhängung des Ausnahmezustandes hunderte Personen verhaftet, an die 5o gefoltert, mehrere davon fast bis zum Tod, tausende Personen bei Straßenkontrollen gefilzt und mehr als 1o Personen auf Polizeiwachstuben oder auf offener Straße erschossen. Hinzu kommen zahllose Attentate mit Maschinenpistolen und Bomben, die von halblegalen faschistischen Schergen auf Sympahtisanten der antifaschistischen Bewegung tagtäglich durchgeführt werden.

In Madrid ist die BPS seit Juli dazu über gegangen, des nachts Regimegegner zu entführen und stundenlang unter Folter zu verhören; mehrere Entführte sind nicht mehr zurückgekommen.

Die Verhöre und Folterungen werden von der Polizei fast nur noch vermummt durchgeführt, um der Rache des Volkes zu entgehen. Doch immer häufiger werden Polizisten, die als Folterknechte erkannt und entlarvt werden, auf offener Straße verprügelt und berüchtigte Schergen des Regimes erschossen.

Die Massenaktionen gegen das Terrorregime nehmen zu, fast jede Woche werden Streiks, Kundgebungen und Demonstrationen in verschiedenen Städten organisiert. Die Todesurteile gegen Garmendia und Otaegui haben im spanischen Volk große Empörung hervorgerufen und zugleich den Willen gestärkt, sich im Kampf gegen den Faschismus und zur Befreiung aller politischen Gefangenen zusammenzuschließen. Nach dem Streik vom 11. Juni 1975, an dem sich über 1oo.ooo Basken beteiligten, war der Generalstreik Ende August wieder ein bedeutender Schritt im Kampf gegen die Terrormaßnahmen des faschistischen Franco-Regimes!

FREIHEIT FÜR GARMENDIA UND OTAEGUI!
NIEDER MIT DEM FRANCO-REGIME , TOD DEM FASCHISMUS!

OHZ.

Forts. von "Humanitäre Evakuierung"

kuierungsflugzeuge hatten auf dem Hinflug Waffen geladen. Und auch in Angola wird die sogenannte "Luftbrücke" von den beiden Großmächten benutzt werden, um sich bessere Interventionsmöglichkeiten zu verschaffen. Dabei geht es nicht nur um Angola. Die Flugzeuge landen in Lissabon...

Apropos:"humanitär" - Wie die Evakuierungen in Vietnam vonstatten gingen, kann man im Artikel auf Seite 32 lesen.



In ganz Spanien reissen die Widerstandsaktionen gegen das faschistische Franco-regime nicht mehr ab.

Kinderarbeit in Italien

Oft begegnet man dem Argument, daß die Theorien von Marx und Engels zu ihrer Zeit - im vorigen Jahrhundert - ja richtig waren, aber heute veraltet seien, weil sich ja alles geändert habe. Die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus haben anschaulich die elenden Verhältnisse derARbeiterklasse im vorigen Jahrhundert beschrieben, die Zerrüttungen der Familien, die Kinderarbeit usw. und die Ursache für all dieses materielle und geistige Elend in der Ausbeutung der ARbeiterklasse durch die Kapitalisten gefunden. Und wie sieht es heute aus?

"Eine Million Kinder - vorwiegend Buben - arbeiten in Italien durchschnittlich 6 - 1o Stunden pro Tag. Nach Ermittlungen der Regierung stehen beispielsweise allein in der reichen norditalienischen Region, Lombardei (wer ist hier wohl reich?) 27.000 Kinder ganzjährig im Arbeitsprozess. Zwei Drittel sind noch nicht 14 Jahre alt. Im wirtschaftlich schwachen Süden ist die Zahl der Kinder, die gezwungen sind, durch irgendeine Tätigkeit zum Familienunterhalt beizutragen , noch größer. Viele üben eine solche Tätigkeit neben der Schule aus, viele entziehen sich überhaupt der Schulpflicht, die den Besuch einer fünfklassigen Volks- und einer dreijährigen Mittelschule vorschreibt. Ihre Zahl wird auf etwa 400.000 geschätzt . In Rom stehen mehr als 35.000 Jungen von 11 bis 14 Jahren bereits im Erwerbsleben. Der Süden des Landes stellt mit 17 % die weitaus größte Zahl der"Schuldeserteure", während der Norden nur (!) rund 7% aufweist. Im 'Messogiorno' (d.h. im Süden) ist die Not oft so groß, da die Familien nicht nur auf die Einkünfte aus der Arbeit ihrer Kinder angewiesen sind, sondern auch nicht einmal das nötige Geld haben, um ihren Sprößlingen die vorschriftsmäßigen schwarzen oder blauen Schulkittel zu kaufen."

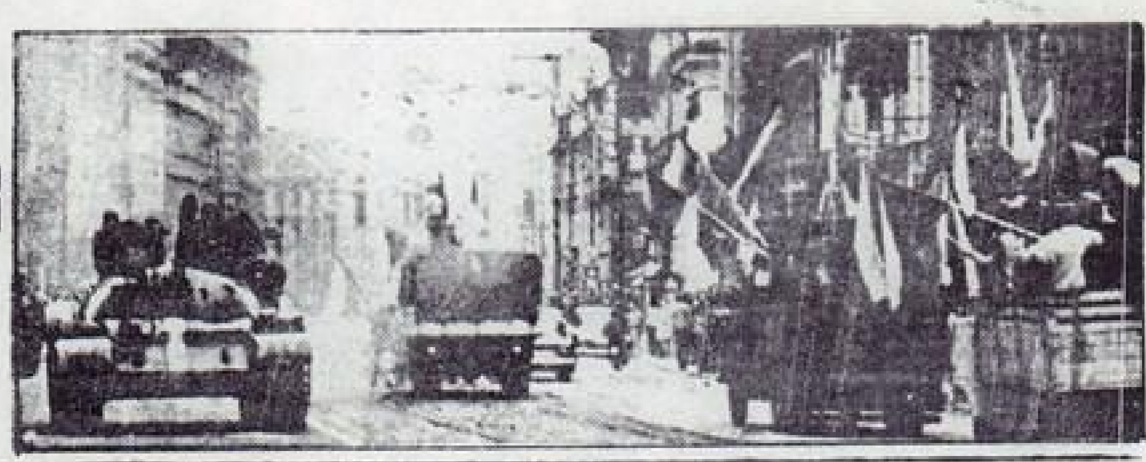
(Aus Münchner Merkur vom 18.7.1975).

GR.

Ganz Laos ist befreit

Mit einer Massenkundgebung, an der über 100 000 Menschen teilnahmen, feierte am Samstag, den 23.August, das laotische Volk in Vientiane die Errichtung der Volksmacht in der Hauptstadt Vientiane. Sie ist das Ergebnis der breiten Erhebung der Volksmassen in der Stadt unter Führung des Pathet Lao für die Entmachtung aller Reaktionäre und Lakaien des US-Imperialismus. (nach: Neue Zürcher Zeitung vom 25.August.).

August 1968: MIT "SOZIALISMUS" GETARNTER IMPERIALISTISCHER ÜBERFALL.
Einmarsch der Sowjetunion in die CSSR



Die sowjetische Intervention in die CSSR jährte sich am 2o. Aug. zum 7.Mal. Sie sagt mehr aus über Frieden und Sicherheit in Europa als ganze Bündel von papierenen Absichtserklärungen.

Als großen Erfolg des Kampfes um Frieden bezeichnete die KPÖ-Zeitung "Volksstimme" den Abschluß der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Daß nach dem Abschluß der Konferenz jedoch genausowenig Sicherheit wie vorher bestehen wird, bestätigten sowjetische Politiker schon 1973 auf der Außenministerkonferenz der KSZE. Dort fragten Journalisten die sowjetische Delegation auf einer Pressekonferenz, ob die Anerkennung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einen solchen Schritt wie den Einmarsch in die CSSR ausschließe: Dies wurde verneint - der Einmarsch hätte die Prinzipien nicht verletzt.

Als eine Hilfeleistung auf tschechoslowakischen Wunsch wurde und wird der Einmarsch von Truppen des Warschauer Pakts am 2o. August 1968 dargestellt. Das sind seltsame"Freunde" des tschechoslowakischen Volkes, die nachts und überraschend kommen mußten. Die als Begründung sogar noch die Doktrin von der "beschränkten Souveränität" erfinden mußten. Mit den Worten der sowjetischen Presseagentur APN: "Die Gefahr der Lostrennung eines Staates wie der CSSR von der sozialistischen Gemeinschaft ist keine interne Angelegenheit. Sie gefährdet nicht nur die sozialistischen Errungenschaften der Tschechen und Slowaken, sondern berührt auch die ureigenen Interessen aller Mitglieder der Gemeinschaft. ("Sowjetunion heute", 1.9.1968)

Das aber ist nichts als echte imperialistische Gangsterlogik. Die CSSR ist reich an Uranerzen. 9o % davon gehen in die UdSSR, wo es für die Nuklearaufrüstung verwendet wird. Weiters ist die CSSR ein bedeutender Abnehmer sowjetischen Erdöls, dessen Preis im heurigen Frühjahr auf das Doppelte erhöht wurde. Klar, daß die imperialistische Sowjetunion nicht tatenlos zuschauen wollte, wie die CSSR sich aus ihrem Einflußbereich zu lösen begann, um sich westlichen imperialistischen LÄndern anzunähern.

In der CSSR selbst herrschen heute kapitalistische Zustände. Ein aktuelles Beispiel für die Entrechtung der Arbeiterklasse ist das neue"Gesetzbuch der ARbeit". Die Neufassung enthält neben einigen kleineren sozialen VErbesserungen etwa im Bereich des Mutterschutzes als politischen Kern den Abbau des Kündigungsschutzes für die Arbeiter.

Sang- und klanglos (mit Zustimmung der "Gewerkschaften") wurden z.B. die Bestimmungen aus dem alten Gesetzbuch betrichen, wonach ein Betrieb, der einen Arbeiter entlassen will, diesem eine etwa gleichwertige Stelle in einer anderen Firma nachweisen muß. Heute kann die Betriebsleitung allein über eine Kündigung entscheiden.

Eine neue bürgerliche Klasse hält vermittels des Staatseigentums an Produktionsmittel die Macht inne und beutet die werktätige Bevölkerung aus.
Aber die revolutionäre Tradition der tschechischen Arbeiterklasse und des Volkes ruht nicht. Schon 1968 haben sie sich vereinzelt in Fabriksräten gegen das neue Regime zusammengeschlossen. Sie werden diesen Weg weitergehen, die Bürokratenklasse stürzen, die Sozialimperialisten verjagen und mit dem Aufbau des Sozialismus von Neuem beginnen.

Menschenraub in Südvietnam aufgedeckt

Als die Ära Thieu zu Ende ging und der endgültige Sieg der südvietnamesischen Befreiungsbewegung kurz bevor stand, konnten die bürgerlichen Zeitungen gar nicht genug schreiben über die "humanen Evakuierungsmaßnahmen" von vietnamesischen Männern, Frauen und Kindern.

Wie diese Evakuierungen allerdings wirklich ausschauten und wie freiwillig sie waren, das verschwiegen sie allerdings. Die Zeitschrift "Spiegel" enthüllte jetzt ein Beispiel unter vielen: Ende April, in der allgemeinen Panik auf dem Saigoner Flughafen sprangen Südvietnamesen in ein südvietnamesisches Evakuierungsflugzeug und "waren davon überzeugt, innerhalb des eigenen Landes umgesiedelt zu werden - ins relativ sichere Mekong-Delta, wie es ihnen die Crew auch erklärt hatte", um aus der unmittelbaren Kampfzone zu flüchten. "Doch sie landeten in Utapao (einem Stützpunkt der USA in Thailand, d. Verf.) und kamen - 65 Südvietnamesen, die gar nicht 'gerettet' werden wollten - der offiziellen Rettungsideologie ungelegen." Die Südvietnamesen beharrten auf der Rückkehr nach Südvietnam oder auf einem momentanen Verbleiben in Thailand. "Doch Thais wie Amerikaner lehnten ab. Die GIs, so erklärten die 13 nach Guam (ein US-Stützpunkt auf den Philipinen) Entführten später, drohten, 'sie würden uns erschießen. Wir knieten nieder und warteten auf die Exekution.'
Die GIs schossen nicht, sie hatten feinere Mittel. Mit Drohungen setzten sie die 65 so lange unter psychologischen Druck, bis 52 resignierten und sich 'freiwillig' nach Guam ausfliegen ließen. Den Willen der standhaften 13 brachen sie mit Gewalt und Injektionen von Penthotal (einem Anästhetikum/Narkosemittel) und Megaphen (einem Psychopharmakum)", um sie so leicht nach Guam schaffen zu können!
(Alle Zitate aus: "Spiegel" 34/75, S. 67)

g.r.

«Tropenfest»

Weil sie tropenfest seien, haben die US-Imperialisten vorgeschlagen, 40 000 Vietnamesen in die französische Kolonie Guayana zu exportieren. Nachdem die US-Imperialisten kurz vor ihrer NIederlage in Südvietnam viele Zehntausende der Vietnamesen gewaltsam außer Landes gebracht haben, um sie der Welt als Flüchtlinge zu präsentieren, deren Freiheit sie schützen würden, wollen sie nun diese geraubten Menschen an zwei amerikanische Zuckerkonzerne verschachern. Die Zuckerkonzerne Parsons und White more haben erklärt, sie könnten mit diesen 40000 Vietnamesen in Guayana eine Zuckerindustrie aufbauen. Guayana liegt in der sogenannten heissen Zone der Erde. Deshalb hat es dorthin niemals französische Siedler gezogen. Cayenne, die Hafenstadt, von wo aus die Franzosen das Gebiet beherrschen, war immer nur die Station für Strafversetzte und Verbannte. Es war der Vorletzte Aufenthaltsort für politische Häftlinge und Strafgefangene, bevor sie auf einer der Küste vorgelagerten Gefangeneninsel endeten.

So ein ähnliches Schicksal würde die Vietnamesen dort kaum erwarten, behaupten die US-Imperialisten, weil die Vietnamesen eben "tropenfest" seien.

CHILE - 2 Jahre nach dem Sturz der Volksregierung: Die Junta hat das Land ins Elend geführt

"Freiheit, Demokratie und Wohlstand" versprach General Pinochet der chilenischen Bourgeoisie, als er gegen die Volksfrontregierung Allendes putschte und rund 20.000 Chilenen ermorden ließ. Die Wirtschaftsphilosophie der Junta hieß Liberalismus und brachte die absolute "Freiheit" für die Reichen und Monopole, die chilenische Arbeiterklasse grenzenlos auszubeuten. "Wohlstand" brachte Pinochet nur für die obersten 4% der Bevölkerung - für Schieber, Parasiten und Monopolkapitalisten.
Vor allem in der petrochemischen und in der Nahrungsmittelindustrie im Versicherungswesen und in der Bauindustrie wuchsen riesige Monopole heran, bisher unabhängige Klein- und Mittelbetriebe gingen pleite oder gerieten unter Kontrolle der Monopole. Gleichzeitig schrumpfte auf drastische Weise der Konsumentenmarkt und die Nachfrage einfach deshalb weil man mit den staatlich kontrollierten Löhnen immer weniger kaufen konnte. 1974 betrug die Inflationsrate über 300 Prozent, und allein im ersten Halbjahr 1975 verloren die Löhne 40 % ihrer Kaufkraft. 20 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung erhalten überhaupt keinen Lohn mehr - sie sind arbeitslos.

Die Produktion ging und geht nach wie vor zurück, breite Sektoren der mittleren und Kleinbourgeoisie wurden in den Bankrott getrieben.

Auf der anderen Seite hat sich der breite Strom ausländischer Investitionen nicht eingestellt, den die Junta bei ihrem Regierungsantritt versprochen hatte, einerseits wegen der Weltkrise des Imperialismus, andererseits aber auch wegen der Außenpolitik der Junta und ihrem negativen Image, zu dem die internationale Solidarität wesentlich beigetragen hat.

HERAUSBILDUNG EINER BÜRGERLICHEN OPPOSITION

Bei der Bildung einer faschistischen Massenbewegung ist die Junta gescheitert. Das Kleinbürgertum, anfangs für die Junta, hatte sich vom Putsch erwartet, ihre sozialen Privilegien gegenüber der Arbeiterklasse halten zu können. Jetzt wächst mit der Verarmung die Unzufriedenheit. "Der Marxismus hat uns bis an den Rand des Ruins geführt, Pinochet hat uns dann in ihn hineingeführt", sagt man in den kleinbürgerlichen Stadtteilen von Santiago. Gleichzeitig wächst der politische Widerstand gegen die Unterdrückung und Folter, die heute bereits bis in die Reihen der Christdemokratischen Partei reicht. Heute steht selbst die größte Partei der Bourgeoisie, die Christdemokratische Partei (PDC) in scharfer Opposition zur Junta. Der demokratische und progressive Flügel der PDC arbeitet mit dem revolutionären Widerstand zusammen. Der größere Teil um Ex-Präsident Frei will jedoch nur einen Wechsel in der Führungder Junta. Pinochet soll geopfert werden, um dieHerrschaft der bürgerlichen Klasse wieder auf etwas festere Beine zu stellen. Frei will die Landwirtschaftsreform wieder einleiten, einige Betriebe wieder verstaatlichen. Es solle ihm eine Regierungszeit von zehn Jahren garantiert werden, anschließend würde er die Demokratie wieder einführen. Sein Plan soll die Volkskräfte spalten, die proletarischen und revolutionären Organisationen würden weiterhin verfolgt werden.

IM WIRTSCHAFTLICHEN UND GEWERKSCHAFTLICHEN KAMPF SAMMELN DIE ARBEITER KRÄFTE FÜR DEN STURZ DER JUNTA

Weder die Junta noch das Großkapital ist im geringsten an auch nur geringfügigen sozialen Verbesserungen interessiert. *Ihre "Sozialmaßnahmen" schauen so aus: Es wurde verfügt, daß Betriebe, welche zum monatlichen Mindestlohn zusätzlich Arbeiter einstellen, die Hälfte des Lohnes vergütet erhalten. Viele Betriebe entlassen nun höher bezahlte Arbeiter und stellen statt dessen neue zum Mindestlohn ein.*

Keine Verbesserungen bringen auch die "Notstandsarbeiten". Bei einer Ausschreibung durch die Stadtverwaltung von Santiago meldeten sich binnen 48 Stunden 17.000 Anwärter, obwohl der gebotene Lohn nur ausreicht, täglich 2 Kilo Brot zu kaufen. Von den 17.000 wurden 4.000 in die engere Wahl genommen, und von diesen 500 endgültig angenommen. Das tägliche Eßpaket der Notstandsarbeiter, für das 3 Millionen Dollar aus den USA gespendet worden sind, wurde nicht verteilt. Die Junta weigerte sich, gemäß dem Wunsch der Spender die Caritas verteilen zu lassen. Sie wollte die Notstandsarbeit und Essenspakete nur an ihr genehme Personen vergeben.

Die Arbeiter und alle Werktätigen sind heute gezwungen, sich gegen die katastrophale Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen zur Wehr zu setzen, wobei jeder Arbeitskampf, jede gewerkschaftliche Tätigkeit sofort zur Konfrontation mit dem faschistischen Staatsapparat führt.

In Chile gibt es heute kein Streikrecht, kein Verhandlungsrecht der Gewerkschaften. Die Junta hat neuerdings faschistische Betriebsgemeinschaften verordnet, in denen Arbeiter und Kapitalisten einmütig zusammenarbeiten sollen. Es wurde verordnet, daß Kapitalisten und Arbeiter nicht mehr als Klassen gegenüberstehen, sondern sich als Teile der Betriebs- und Volksgemeinschaft im "gemeinsamen nationalen Interesse" vereinigen sollen. In jedem Betrieb soll ein Unternehmensausschuß errichtet werden, in den auch Vertreter der Gewerkschaft entsandt werden. Dieser Ausschuß soll über die Geschäftsführung informiert werden und Vorschläge der Arbeiter entgegennehmen.

Forts. nächste S.

In einem Armenviertel von Santiago

"Da die Hälfte der Männer dieses Viertels ohne Arbeit ist und die Löhne derer, die Arbeit haben, knapp die Hälfte dessen ausmachen, was eine fünfköpfige Durchschnittsfamilie zum Leben braucht, sind die Hauptleidtragenden die Kinder: Unterernährung, rachitische Gliedmassen, aufgeriebene Bäuche sind keine Seltenheit mehr in diesem Stadtteil Santiagos, in dem schätzungsweise 200.000 Menschen leben. Im "Comedor" (Abfütterungsstelle einer kirchlichen Organisation) werden mir die drei Kinder einer alleinstehenden Nachbarin gezeigt, die schon vor Wochen nachts während der Sperrstunde von einem Wagen ohne M Nummernschild abgeholt wurde und seither nicht wieder aufgetaucht ist.

In einem der Nachbarhäuser wohnt ein kleiner Beamter, dessen Sohn zu den 16.000 Studenten gehört, die nach dem 11. September von der Universität verstoßen wurden. Nun arbeitet er bei der Müllabfuhr, und zusammen mit seinem Vater bringt er im Monat 300.000 Escudos, den Gegenwert von 50 Dollar, nach Hause. Für die elf Personen dieses Haushaltes ist an diesem Wochenende ein Liter Milch ein Kilo Mehl und etwas Zucker im Haus. Sonst nichts.

Unter dem Regime von Allendes *Unidad Popular* arbeiteten in dieser Zone mehrere poliklinische Ambulatorien. Deren Ärzte sind nach dem 11. September spurlos verschunden; eines der Gebäude wurde von der "Dina" (Geheimdienst) als Stützpunkt für ihre Detaktive requiriert. Freilich sind die Detektive nie eingezogen, aber das Ambulatorium bleibt geschlossen. Nur in einem der Ambulatorien tut neuerdings manchmal wieder ein 70jähriger Kinderarzt Dienst, in den anderen beschränkt sich eine Schwester darauf, die jedem Kind bis zu sechs Jahren zustehende Ration Tockenmilch auszugeben und eine Gewichtstabelle zu führen."

Södd.Ztg. 25.7.'75



Fachmann für Verwaltungsreform gesucht

UNTA/CHI-700-153-X
Berater für Verwaltungsreform. Dienstort: Santiago (Chile). Dauer: 21 Monate. Sprache: Spanisch. Bewerbungstermin: 12. September 1975

Das obige Inserat erschien am 23./24. August mit dem Vermerk "Interessenten werden gebeten, sich an das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, zu wenden," in der Presse. Abgesehen davon, daß die Bundesregierung auf diese Weise der Junta Verwaltungshilfe leistet, muß man sich fragen, wozu diese Verwaltungsreform dient. Im Mai dieses Jahres gab die die chilenische Regierung eine Budgetkürzung von 25% bekannt. Davon wurden fast alle Ministerien mit Ausnahme des Verteidigungsministeriums betroffen, und insbesondere alle Ministerien, die Funktionen für die soziale Wohlfahrt haben (Gesundheits-, Arbeits-, Sozial-, Erziehungs- und Ernährungsministerium). Hier wird gespart, während andererseits Polizei und Militär, zur Unterdrückung des chilenischen Volkes, immer mehr Geld ausgegeben wird. Die Verwaltungsreform der Junta soll den Widerspruch zwischen der notwendigen Kürzung des gewaltigen Budgetdefizits und der ebenfalls notwendigen Steigerung der Ausgaben für den Unterdrückungsapparat lösen, wobei die Ausgaben für den Unterdrückungsapparat nicht angetastet werden dürfen. Ein Verwaltungsfachmann, der sich der Junta zur Verfügung stellt, muß also praktisch der Junta dabei helfen, die Unterdrückung des chilenischen Volkes trotz ihrer finanziellen Schwierigkeiten aufrechtzuerhalten.

11. Sept.

Zum 2. Mal jährt sich der Putsch in Chile.

FORTS. CHILE

Trotzdem wurde und wird gestreikt. Die Streiks richten sich oft sowohl gegen die grenzenlose Ausbeutung und elende Bezahlung, als auch gegen die Verfolgung von Arbeiterführern. In der Elektronikfabrik RCA Victors begann organisierte Langsamarbeit. Die Militärs verhafteten Arbeiterführer. Das war das Signal für einen Streik, bei dem niemand zur Arbeit kam. Er dauerte so lange, bis die verhafteten Männer wieder da waren und die miserablen Löhne erhöht wurden.

In der Schuhfabrik Echepare hatte die Armee mehrere tausend Stiefel bestellt. Die Lederarbeiter werden im Stücklohn bezahlt. Da man für Stiefel mehr Zeit braucht als für Schuhe, verlangten sie eine Zulage. Als diese nicht gewährt wurde, legten die 250 Zuschneider ihre Arbeit nieder. Die Kapitalisten holten Militärs, die die ganze Abteilung mitnahm. Sofort streikte die ganze übrige Belegschaft - 1000 Mann. Die Drohungen mit Entlassung und Gefängnis schreckten die Arbeiter nicht. Schließlich gaben Kapitalist und Militärs nach. Die verhafteten Männer wurden wieder eingestellt, die Zulage wurde gewährt.

Immer häufiger werden selbst von der Junta eingesetzte Führer von Industriegewerkschaften gezwungen, die Forderungen der Arbeiter aufzugreifen und gegenüber den Kapitalisten zu vertreten. Im März wurde durch den Druck der Arbeiter die Gewerkschaft der Kupferarbeiter gezwungen, in einem Memorandum Lohnerhöhungen zu fordern. Weiters mußten sich in der letzten Zeit die Gewerkschaften der Arbeiter der Kohlengruben, der Arbeiter der Leder- und Schuhindustrie und der Hafenarbeiter für Lohnforderungen einsetzen.

Der Kampf für die Erhaltung der materiellen Existenz gegen die Hungerpolitik der Junta verbindet sich so mit dem Kampf für den Wiederaufbau von Industriegewerkschaften und einem nationalen Gewerkschaftsverband, für freie Wahl der Gewerkschaftsführer, für die Rückeroberung des Verhandlungs- und Streikrechtes.

NIEDER MIT DER JUNTA - VORWÄRTS ZUR VOLKSMACHT!

Gegen die Terrorherrschaft der Junta sind heute 97 Prozent der Bevölkerung - sämtliche Arbeiterparteien und revolutionäre Organisationen, auch die Christdemokraten. Die treibende Kraft des Widerstandes ist die Arbeiterklasse, die alleine die Perspektive angeben kann: Sturz der Diktatur der Monopolbourgeoisie, Zerschlagung des faschistischen Staatsapparates.

Als äußerst hemmend für die breite Entfaltung einer Arbeitereinheitsfront und einer antifaschistischen Volksfront erweist sich die Existenz von zwei strategischen Konzeptionen der chilenischen Revolution (siehe Dokument der MAPU), die Spaltung durch Reformismus und Revisionismus.

Überwunden werden kann die Spaltung nur durch einheitliche Organisierung des Volkes, wie es in den Widerstandskomitees geschieht. Alle, die bereit sind Widerstand zu leisten - Arbeiter, Bauern, Arbeitslose, Angestellte, Kleinproduzenten, die Angehörigen der verschiedenen antifaschistischen Parteien SP, KP, MIR, MAPU und der konsequent antifaschistischen Teile der Christdemokraten - alle können sich in einheitlichen Widerstandskomitees organisieren. Solche Komitees gibt es am Arbeitsplatz in den Fabriken, in den Wohnvierteln, in Kunst- und Sportinstitutionen, in Büros und Ämtern. Sie haben sich auf einen langandauernden Kampf eingerichtet, der immer stärker werden wird, bis er die faschistische Diktatur niedergerungen und zerschlagen haben wird.

FÜR DEN STURZ DER JUNTA!

FÜR FREIE POLITISCHE UND GEWERKSCHAFTLICHE BETÄTIGUNG FÜR DIE CHILENISCHEN ARBEITER UND DAS VOLK !

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGEN IN CHILE !

KEINE WIRTSCHAFTLICHE UND POLITISCHE UNTERSTÜTZUNG DER JUNTA DURCH DIE ÖSTERREICHISCHE BUNDESREGIERUNG!

UNEINGESCHRÄNKTE AUFNAHME CHILENISCHER FLÜCHTLINGE IN ÖSTERREICH !

FÜR DIE ERRICHTUNG DER BEWAFFNETEN VOLKSMACHT IN CHILE !

FÜR DEN SIEG DES SOZIALISMUS IN CHILE !

KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES (KB) SALZBURG/HALLEIN

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Kommunistischer Bund (KB) Salzburg/Hallein. Für den Inhalt verantwortlich: Gerhard Zschock. Druck: Eigenvervielfältigung. Alle: 5020 Salzburg, Müllner Hauptstraße 14. Telefon Sbg. 32 70 72 (17-19 Uhr).

Abonnement-Bestellungen (11 Nummern): S 50.- (inkl. Portoanteil von S 14.-) durch:

- Einzahlung des Betrages mit Angabe des Zahlungszweckes auf eines der Konten des "KB Salzburg/Hallein": - Österr. Postsparkasse 2391.968 - Landes-Hypothekenbank Salzburg 234 2184
- oder schriftlich an den KB Salzburg/Hallein, 5020 Salzburg, Müllner Hauptstraße 14
- oder telefonisch: 06222 / 32 70 72 (17 - 19 Uhr).

Erscheinungsdatum 6.9.1975